

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Die Entwicklung der Einkommen
und der Einkommensverteilung
in Oberösterreich**

Alois Guger, Thomas Leoni

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi,
Annamaria Rammel, Andrea Sutrich

Juli 2008

Die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Oberösterreich

Alois Guger, Thomas Leoni

Juli 2008

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich

Begutachtung: Peter Huber • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Annamaria Rammel, Andrea Sutrich

Inhalt

Wie in den meisten Industrieregionen hat auch in Oberösterreich im letzten Jahrzehnt die Ungleichheit in der funktionellen und personellen Einkommensverteilung zugenommen. Die funktionelle Verteilung, die Aufteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren, verlagerte sich zugunsten der Gewinne und Vermögenseinkommen: Die Lohnquote ist gesunken. Die personelle Verteilung der Einkommen ist wohl in Oberösterreich egalitärer, die Zunahme der Streuung und die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind aber größer als im Durchschnitt der anderen Bundesländer. Die Verteilung der Haushaltseinkommen blieb in Oberösterreich jedoch stabiler.

Rückfragen: Alois.Guger@wifo.ac.at, Thomas.Leoni@wifo.ac.at, Martina.Agwi@wifo.ac.at, Andrea.Sutrich@wifo.ac.at

2008/446-2/S/WIFO-Projektnummer: 4607

© 2008 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39955&typeid=8&display_mode=2

Die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Oberösterreich

Alois Guger, Thomas Leoni

Inhaltsverzeichnis	Seiten
Hauptergebnisse	VII
Einleitung und Problemstellung	1
Zielsetzung und Aufbau des Berichts	2
1. Die Einkommensentwicklung Oberösterreichs im Vergleich mit Österreich insgesamt	3
1.1 <i>Einkommensrelevante makroökonomische Kennzahlen der oberösterreichischen Wirtschaft</i>	3
1.1.1 Die Beschäftigungsentwicklung	3
1.1.2 Das Produktions- und Produktivitätswachstum	7
1.1.3 Das Produktivitätsniveau	12
1.2 <i>Die Entwicklung der funktionellen Verteilung</i>	13
1.2.1 Der Lohnanteil am Volkseinkommen – die Lohnquote	13
1.2.2 Der Lohnanteil an der Bruttowertschöpfung – die "Lohnquote" Oberösterreichs	15
1.3 <i>Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik</i>	19
2. Die personelle Verteilung der Einkommen in Oberösterreich – Entwicklung und Vergleich mit dem Österreich-Durchschnitt	20
2.1 <i>Der Einfluss der Wirtschaftsstruktur auf das relative Einkommensniveau in Oberösterreich</i>	23
2.2 <i>Einkommensunterschiede und Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen</i>	30
2.2.1 Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen	30
2.2.2 Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen	36
2.3 <i>Unterschiede nach Personengruppen</i>	40
2.3.1 Einkommensunterschiede nach Geschlecht und Alter	41
2.3.2 Altersspezifische Einkommensunterschiede	46
2.3.3 Einkommensunterschiede nach sozialrechtlicher Stellung	48

2.4	<i>Regionale Dimension der Einkommensverteilung (Bezirksebene)</i>	52
2.4.1	<i>Merkmale der oberösterreichischen Regionalstruktur</i>	52
2.4.2	<i>Regionale Einkommensverteilung und Einkommensunterschiede</i>	55
2.5	<i>Die Bedeutung von Niedriglohnbeschäftigung in Oberösterreich</i>	60
2.5.1	<i>Abgrenzungsprobleme und internationale Anhaltspunkte</i>	60
2.5.2	<i>Niedriglohnbeschäftigung in Oberösterreich</i>	62
3.	Die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Oberösterreich und in Österreich insgesamt	67
3.1	<i>Empirische Grundlagen und methodische Anmerkungen</i>	67
3.2	<i>Die Nettohaushaltseinkommen und ihre Verteilung</i>	68
3.2.1	<i>Verteilung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes</i>	72
3.3	<i>Armutsgefährdung in Oberösterreich</i>	74
	Literaturhinweise	76
	Anhang	78

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1.1:	Makroökonomische Entwicklung	4
Übersicht 1.2:	Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung im sekundären Sektor	5
Übersicht 1.3:	Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung im Dienstleistungssektor	6
Übersicht 1.4:	Produktivität	12
Übersicht 1.5:	Bruttoregionalprodukt je Einwohner	12
Übersicht 1.6:	Entwicklung von Arbeitsentgelt je Beschäftigten und Produktivität	20
Übersicht 2.1:	Arbeitskostenvergleich nach Strukturbereinigung	25
Übersicht 2.2:	Einkommensniveaus nach Bundesländern	26
Übersicht 2.3:	Entwicklung des Quartilsabstands der Bemessungsgrundlage 1995 und 2006 nach Sektoren in Oberösterreich und Österreich	29
Übersicht 2.4:	Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen, Österreich und Oberösterreich	32
Übersicht 2.5:	Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen, Oberösterreich	34
Übersicht 2.6:	Entwicklung der Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen	36
Übersicht 2.7:	Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen, Österreich und Oberösterreich	38
Übersicht 2.8:	Zerlegung der Einkommensentwicklung (Shift-Share-Analyse)	40
Übersicht 2.9:	Einkommensniveaus nach Bundesländern	42
Übersicht 2.10:	Medianeinkommen nach Geschlecht und Sektoren, 1995 und 2006	43
Übersicht 2.11:	Einkommensverteilung der ArbeiterInnen und Angestellten	49
Übersicht 2.12:	Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung, Arbeiter und Angestellte	51
Übersicht 2.13:	Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung, Beamte und Lehrlinge	51
Übersicht 2.14:	Unselbständig Beschäftigte – Aufteilung nach Industrieregionen	53
Übersicht 2.15:	Kennzahlen zu den regionalen Arbeitsmärkten 2007	54
Übersicht 3.1:	Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen	68
Übersicht 3.2:	Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen	69
Übersicht 3.3:	Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	70
Übersicht 3.4:	Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen	71

Übersicht 3.5:	Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes 2004/2005	73
Übersicht 3.6:	Einkommensbezogene Armutsgefährdung	74
Übersicht 3.7:	Erwerbs- und Sozialstruktur armutsgefährdeter Haushalte	75
Übersicht A1:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Braunau	79
Übersicht A2:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Eferding	80
Übersicht A3:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Freistadt	81
Übersicht A4:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Gmunden	82
Übersicht A5:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Grieskirchen	83
Übersicht A6:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Kirchdorf	84
Übersicht A7:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Linz-Stadt	85
Übersicht A8:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Linz-Land	86
Übersicht A9:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Perg	87
Übersicht A10:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Ried im Innkreis	88
Übersicht A11:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Rohrbach	89
Übersicht A12:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Schärding	90
Übersicht A13:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Steyr-Stadt	91
Übersicht A14:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Steyr-Land	92
Übersicht A15:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Urfahr-Umgebung	93

Übersicht A16:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Vöcklabruck	94
Übersicht A17:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Wels- Stadt	95
Übersicht A18:	Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Wels-Land	96

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.1:	Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung nach Bundesländern	9
Abbildung 1.2:	Entwicklung der aktiven unselbständigen Beschäftigung nach Bundesländern	10
Abbildung 1.3:	Produktivitätsentwicklung nach Bundesländern	11
Abbildung 1.4:	Gesamtwirtschaftliche Lohnquote für Österreich	14
Abbildung 1.5:	Die Entwicklung der funktionellen Verteilung der östlichen Bundesländer	16
Abbildung 1.6:	Die Entwicklung der funktionalen Verteilung der westlichen Bundesländer	17
Abbildung 2.1:	Durchschnittliches Bruttoeinkommen nach Bundesland	27
Abbildung 2.2:	Entwicklung der realen Einkommen nach Quartilen	41
Abbildung 2.3:	Geschlechtsspezifischer Einkommensunterschied der Vollzeit und ganzjährig beschäftigten ArbeitnehmerInnen	44
Abbildung 2.4:	Medianeinkommen der Frauen und Männer nach Altersgruppen	47
Abbildung 2.5:	Medianes Einkommen der Arbeiter und Angestellten nach Altersgruppen	48
Abbildung 2.6:	Auswirkung des Pendelns auf die regionale Einkommensverteilung	57
Abbildung 2.7:	Einkommen der ganzjährig beschäftigten männlichen Arbeitnehmer	58
Abbildung 2.8:	Einkommen der ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmerinnen	59
Abbildung 2.9:	Anteil der Niedriglohnbeschäftigung nach Bundesland und Geschlecht	63
Abbildung 2.10:	Anteil der Niedriglohnbeschäftigung nach Bezirk und Geschlecht	65

Hauptergebnisse

Auch in Oberösterreich hat – wie in den meisten Industriestaaten – die Ungleichheit in der funktionellen und personellen Einkommensverteilung zugenommen. Die funktionelle Verteilung, die Aufteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren, hat sich im letzten Jahrzehnt zu Gunsten der Gewinne und Vermögenseinkommen verschoben: Die Lohnquote ist gesunken. Die personelle Verteilung der Einkommen ist wohl in Oberösterreich egalitärer, aber die Zunahme der Streuung und die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind größer als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung bildet nicht nur einen wichtigen wirtschaftspolitischen Indikator für die Aufteilung des Produktionsergebnisses und der Konsummöglichkeiten, sondern auch eine bedeutende Determinante der Wirtschaftsentwicklung. Sowohl der seit drei Jahrzehnten anhaltende Trend einer sinkenden Lohnquote zu Gunsten von Vermögenserträgen und Gewinnen als auch der sprunghafte Anstieg der Spitzeneinkommen bedeuten eine Verlagerung der Kaufkraft zu Bevölkerungsschichten mit niedriger Ausgabenneigung. Die Folgen sind geringere Konsumnachfrage, Wachstumsschwäche und Beschäftigungsprobleme, die den Wirtschaftskreislauf weiter dämpfen. Nachdem in der Phase der Prosperität, in den sechziger und siebziger Jahren, der Lohnanteil am Volkseinkommen kräftig gestiegen war und sich die Einkommensungleichheit verringert hatte, sinkt seither die Lohnquote anhaltend und die Einkommensdifferenzen nehmen wieder zu. In Österreich – wie im übrigen Mitteleuropa – setzte dieser Prozess später ein als in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern. Der Rückgang der Lohnquote war aber in Österreich ausgeprägter. Denn Österreich ist durch seine enge Verflechtung mit den mittelosteuropäischen Ländern von der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung stärker betroffen als andere Industrieländer.

In **Oberösterreich** sind die Beschäftigung und die **funktionelle Einkommensverteilung stabiler** als in Österreich insgesamt: Gemessen an der Bruttowertschöpfung weist Oberösterreich heute mit 57,5% die höchste "Lohnquote" von allen Bundesländern aus; im Österreich-Durchschnitt liegt der Lohnanteil an der Bruttowertschöpfung mit 54,5% merklich darunter. Wie in den übrigen Bundesländern ist die Lohnquote auch in Oberösterreich seit 1995 gesunken. Insbesondere die um die Änderungen in der Beschäftigungsstruktur – also dem Anteil der Unselbständigen an den Beschäftigten insgesamt – bereinigte Lohnquote ist bemerkenswert stabil in Oberösterreich. Die wichtigste Ursache für diese Stabilität der funktionellen Verteilung dürfte in der relativ günstigen Arbeitsmarktlage zu finden sein. Sowohl der Beschäftigungszuwachs als auch das Lohnwachstum blieben in Oberösterreich dynamischer als im Bundesdurchschnitt. Die gute Auslastung am Arbeitsmarkt schlägt sich zum einen in stabilerer, weniger konjunkturabhängiger Beschäftigung und zum anderen in einer größeren Lohndynamik

nieder, die weniger durch die Umwandlung von "Normalarbeitsplätzen" in atypische Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist. Die geringere Konjunkturereagibilität der Beschäftigung findet allerdings in der Produktivitätsentwicklung ihren Niederschlag. Trotz einer starken industriellen Basis liegt das Produktivitätsniveau Oberösterreichs unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser Abstand hat sich im letzten Jahrzehnt um 2 Prozentpunkte vergrößert: 1995 war die Produktion je Erwerbstätigen rund 4% unter dem Bundesdurchschnitt, bis 2005 vergrößerte sich der Rückstand auf 6%.

Die funktionelle Verteilung steht in engem Zusammenhang mit der **Lohnpolitik**. Das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik hat zum einen eine konstante funktionelle Verteilung und zum anderen stabile Lohnstückkosten zum Ziel. Ein Vergleich der Determinanten zeigt, dass die Lohn- und die Produktivitätsentwicklung auseinanderlaufen. Über das ganze Jahrzehnt betrachtet blieb in Oberösterreich die Lohnentwicklung jährlich 0,3 Prozentpunkte hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, im Österreich-Durchschnitt 0,6 Punkte. Auch die Ungleichheit der **personellen Einkommensverteilung** nahm in Oberösterreich in den letzten 1½ Jahrzehnten deutlich zu. Diese Entwicklung ging vor allem von der hohen Dynamik an den Rändern der Verteilung aus. Ein Teil der steigenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung geht auf die steigende Teilzeitarbeit zurück, die zu einer Vermehrung von Beschäftigungsverhältnissen im unteren Einkommensbereich führte. Aus diesem Grund entwickelten sich die Bruttoeinkommen der unselbständig beschäftigten Frauen etwa doppelt so stark auseinander wie jene der Männer. Die starke Öffnung der Einkommensschere bei den Frauen ist auch maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Einkommensungleichheit in Oberösterreich seit 1995 tendenziell schneller vergrößerte als im österreichischen Durchschnitt. Doch auch bei den Männern, wo das Phänomen der Teilzeitarbeit kaum eine Rolle spielt, stiegen die Einkommen der Unselbständigen in der obersten Einkommensgruppe deutlich stärker als in der untersten: Zwischen 1995 und 2006 nahmen die realen Einkommen im 3. Quartil um 10,4%, im 1. Quartil aber nur um 6,2% zu.

Die oberösterreichischen **ArbeiterInnen und Angestellten** weisen im Bundesländervergleich ein hohes Medianeinkommen auf, nur Vorarlberg und Wien stehen in der Einkommenshierarchie weiter oben. Die relative Position Oberösterreichs blieb in der Periode 1995/2006 weitgehend unverändert, demnach liegen die monatlichen Bruttoeinkommen der OberösterreicherInnen im Median um 2% über dem österreichischen Niveau. Eine Untergliederung nach sozialrechtlicher Stellung zeigt, dass sich die industrielle Prägung der oberösterreichischen Wirtschaft besonders stark auf die Einkommen der Beschäftigten in Arbeiterberufen auswirkt: Arbeiterinnen und Arbeiter stehen mit einem Medianeinkommen, das fast 8% höher als im nationalen Durchschnitt ist (2006), unter den Bundesländern an erster Stelle; die Angestellten befinden sich hingegen nach Wien und Vorarlberg an dritter Stelle. Während das Medianeinkommen in Oberösterreich vergleichsweise hoch ist, liegen die durchschnittlichen Einkommen, auch bei einer Betrachtung der Bundesländer ohne Wien, unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Bei den Angestellteinkommen sind es vor allem die Frauen, die das Niveau im Bundesvergleich drücken. Die Kombination aus hohem Medianeinkommen und rela-

tiv niedrigen Durchschnittseinkommen schlägt sich in Form einer geringeren Streuung der Einkommen nieder. Der Abstand zwischen dem obersten und dem untersten Quartil der Einkommenspyramide ist in Oberösterreich geringer als im österreichischen Durchschnitt.

In Oberösterreich sind – nicht anders als in Österreich insgesamt – ausgeprägte **intersektoralen Einkommensunterschiede** beobachtbar. Allgemein gilt, dass in fast allen Wirtschaftsklassen im produzierenden Bereich die Medianeinkommen überdurchschnittlich hoch sind. Ausnahmen sind in dieser Hinsicht die Bereiche der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, der Nahrungsmittelindustrie sowie der Herstellung von Möbeln und anderen Gütern. Sieht man von der Energie- und Wasserversorgung ab, die nur eine geringe Anzahl an Beschäftigten zählt, liegt das mittlere Einkommen im Fahrzeugbau und in der Chemieindustrie, zwei der Kernbereiche des oberösterreichischen Industriesektors, am höchsten. Beschäftigte in diesen Branchen verdienen rund 50% mehr als im gesamtwirtschaftlichen Schnitt, in diesen Bereichen besteht auch ein klarer Einkommensvorsprung gegenüber den restlichen Bundesländern. Unter den Dienstleistungsbranchen verzeichnen Kredit- und Versicherungswesen das höchste Lohn- und Gehaltsniveau, während Beschäftigte im Beherbergungs- und Gaststättenwesen die geringsten Einkommen haben. Diese intersektoralen Unterschiede vergrößerten sich in Oberösterreich in der jüngsten Vergangenheit, was an der Streuung der Medianeinkommen zwischen den einzelnen Branchen abzulesen ist. Im Sachgüterbereich konnten die Beschäftigten ihr nominelles Einkommen im Zeitraum 1995/2006 jährlich im Schnitt um 3,1% und somit stärker als im übrigen Österreich verbessern. Im oberösterreichischen Dienstleistungssektor stiegen die Einkommen dagegen merklich langsamer als in Österreich insgesamt (+1,8% gegenüber +2,1% p. a.).

Oberösterreich befindet sich unter den Bundesländern in der einzigartigen Position, überdurchschnittliche Männereinkommen und gleichzeitig unterdurchschnittliche Fraueneinkommen aufzuweisen. Daraus ergibt sich ein starkes **geschlechtsspezifisches Einkommensgefälle**; der Unterschied im (nicht um die Arbeitszeit bereinigten) Erwerbseinkommen liegt bei fast 39% (in Österreich: 33%). Dieser Geschlechterunterschied stieg in den letzten Jahren in Oberösterreich stärker als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Die Teilzeitbeschäftigung kann nur einen Teil dieser Entwicklung erklären, Oberösterreich weist auch bei einer Betrachtung der Einkommen von Vollzeitbeschäftigten einen sehr ausgeprägten Gender Pay Gap auf. Ganzjährig und in Vollzeit beschäftigte Frauen verdienten 2006 in Österreich 73,4% des entsprechenden Männereinkommens, die oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen kamen allerdings nur auf durchschnittlich 69,4% der Einkommen ihrer männlichen Kollegen, ein Wert der nur von den Vorarlbergerinnen unterschritten wurde (66,2%). Ein nach Geschlecht unterschiedliches Muster ist auch bei den Einkommen der Lehrlinge beobachtbar: Während die männlichen Lehrlinge in Oberösterreich ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen haben, liegen weibliche Lehrlinge nur im bundesweiten Durchschnitt. Der beträchtliche Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern – weibliche Lehrlinge erreichten in Oberösterreich im Schnitt nur 75% des Nettoeinkommens der männlichen Lehrlinge – verdeutlicht die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Segmentierung nach Branchen und Berufen.

Bei der Betrachtung der Einkommensverteilung spielt neben der sektoralen Dimension auch die **regionale Komponente** eine entscheidende Rolle. Die Medianeinkommen der Beschäftigten in den einkommensstarken Bezirken (wie z. B. Linz-Stadt und Kirchdorf) liegen um 20% bis 30% über dem Niveau in den einkommensschwachen Bezirken wie Freistadt, Eferding und Rohrbach. Das starke Pendeln innerhalb des Bundeslandes ermöglicht es vielen OberösterreicherInnen, in benachbarten Regionen ein höheres Einkommen als am Wohnort zu erzielen und führt somit zu einer starken Nivellierung der regionalen Einkommensunterschiede. Einwohner in den Randgebieten und im Umland der Städte profitieren am stärksten von diesem Ausgleichsmechanismus. In Freistadt, Urfahr-Umgebung und Rohrbach stieg das Bruttomedianeinkommen 2006 durch das Pendeln respektive um 390 €, 330 € und 290 €, was gemessen an den Einkommen, die im Bezirk erwirtschaftet wurden, einem Plus von 15% bis 20% entspricht. Eine längerfristige Betrachtung der Einkommensentwicklung führt zur Feststellung, dass die Streuung der Einkommen an den Wirtschaftsstandorten gegenüber der Vergangenheit zunahm. Dafür verantwortlich ist vor allem die Entwicklung in einigen einkommensschwachen Bezirken (vor allem Eferding und Rohrbach), die in der Periode 1994/2006 noch stärker hinter den anderen Standorten zurückblieben.

Oberösterreich hat einen durchschnittlich hohen Anteil an **Niedriglohnbeschäftigten**; im Jahr 2006 verdienten 5,3% der in Vollzeit beschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten brutto monatlich weniger als 1.000 € (ohne Sonderzahlungen). Wie auch in den restlichen Bundesländern liegen Frauen viel öfter als Männer mit ihrem Einkommen im Niedriglohnbereich: In Oberösterreich waren 2006 rund 72% der 16.100 Personen mit einem Niedriglohnjob Frauen, was in relativen Größen ausgedrückt bedeutet, dass nur 2,1% der Männer, jedoch fast 13% der Frauen in diese Kategorie fielen. Angestellte hatten in Oberösterreich einen Niedriglohnanteil von 4,3%, ArbeiterInnen von 6,5%. Die regionalen Unterschiede innerhalb der Bundesländer sind erwartungsgemäß stärker ausgeprägt als die Unterschiede zwischen den Bundesländern: Schärding zählte 2006 zusammen mit Jennersdorf und Zwettl zu den drei österreichischen Bezirken mit dem höchsten Anteil an Niedriglohnbeschäftigten (7,2%). In Steyr-Stadt (4,3%), Gmunden (4,8%) und Linz-Land (4,8%) war der Anteil an niedrig entlohnten Arbeitsplätzen um bis zu zwei Drittel geringer: Diese Bezirke nahmen auch im Österreich-Vergleich eine Spitzenposition ein. Die Unterschiede zwischen den Bezirken sind bei den weiblichen Beschäftigten viel stärker ausgeprägt als bei den männlichen.

Für die Beurteilung der ökonomischen Situation der Bevölkerung und ihrer Konsummöglichkeiten sind die **verfügbaren Haushaltseinkommen** ausschlaggebend. Nach den Daten der Konsumerhebung sind die Nettohaushaltseinkommen in Oberösterreich – bedingt durch die größere Zahl an Haushaltsmitgliedern – höher als im Österreich-Durchschnitt. Mit 2.700 € im Monat stand den oberösterreichischen Haushalten im Durchschnitt um gut 6% mehr Nettoeinkommen zur Verfügung als den österreichischen (2.550 €). Die Nettoeinkommenszuwächse waren seit Beginn des Jahrzehnts sehr moderat, aber in Oberösterreich mit einem Zuwachs von +7,6% dynamischer als in Österreich insgesamt (+4,8%). Nach diesen Einkommensdaten aus

den Konsumerhebungen, deren Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben ist, blieb die Einkommensentwicklung damit erheblich hinter der Preisentwicklung (+8,5%) zurück.

In Oberösterreich sind die Haushaltseinkommen gleicher verteilt als im Bundesdurchschnitt. Im untersten Quartil sind die Nettohaushaltseinkommen in Oberösterreich um gut 13½% höher als in Österreich insgesamt, im obersten Viertel nur um schwach 2½%. Obwohl Einkommensvergleiche zwischen den Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/2005 nur mit Einschränkungen möglich sind, dürfte die Verteilung seit dem Jahr 2000 eher ungleicher geworden sein.

Berücksichtigt man auch die Struktur und Größe der Haushalte und vergleicht die Nettoäquivalenzeinkommen – gewichtet nach der EU-Skala, die der ersten erwachsenen Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person ab dem Alter von 14 Jahren 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren 0,3 zuordnet –, so verfügen die Haushalte in Oberösterreich im Durchschnitt mit 1.608 € monatlich über etwa 1% weniger Einkommen als im bundesweiten Durchschnitt (1.623 €). Diese Äquivalenzeinkommen sind gleicher verteilt als die ungewichteten Haushaltseinkommen und in Oberösterreich gleicher als im Bund. Die Ginikoeffizienten der Äquivalenzeinkommen sind mit 0,225 für Oberösterreich und 0,248 für Österreich jeweils um rund 1/5 niedriger als jene der Haushaltseinkommen.

Die **egalitäre Verteilung in Oberösterreich** kommt vor allem in einer günstigeren Einkommenslage der niedrigen Einkommensschichten zum Ausdruck. Bei fast gleichem bzw. marginal niedrigerem Durchschnittseinkommen als in Gesamtösterreich verfügen die 10% mit den niedrigsten Einkommen in Oberösterreich über gut 9% mehr Einkommen als im bundesweiten Durchschnitt, das unterste Viertel um 7¼% mehr, während das oberste Viertel in Oberösterreich 5% weniger Einkommen bezieht als im Bundesdurchschnitt. Die Verteilung der Einkommen wird nicht nur durch die Haushaltsgröße und Haushaltsstruktur mitbestimmt, sondern auch durch die Sozialstruktur einer Gesellschaft, wie beispielsweise dem hohen Arbeiteranteil in Oberösterreich. Global, über alle sozialen Gruppen betrachtet, liegen die Äquivalenzeinkommen in Oberösterreich leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich nach sozialen Gruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige und Pensionisten) zeigen sich aber merkliche Unterschiede.

In den Haushalten, in denen ein unselbständig Erwerbstätiger Haushaltsvorstand ist, liegen die gewichteten Pro-Kopf-Einkommen in Oberösterreich fast auf dem Bundesniveau, nur im untersten Quartil darüber (+5%), im obersten Quartil 3% unter dem Bundesdurchschnitt. Seit 2000 nahm die Ungleichheit sowohl in Oberösterreich als auch im Österreich-Durchschnitt zu, der Ginikoeffizient stieg seither in Oberösterreich von 0,182 auf 0,189 und in Österreich von 0,190 auf 0,202. Die größten Unterschiede zwischen Oberösterreich und Österreich insgesamt bestehen in den Einkommen der Arbeiter. Die Arbeiter verfügen in Oberösterreich über ein um fast 6½% höheres Nettoäquivalenzeinkommen als im Bundesdurchschnitt. Die geringsten Unterschiede zum Österreich-Durchschnitt weisen die Einkommen der Angestellten (-0,7%) aus. Nur das unterste Quartil der Angestelltenhaushalte verfügt in Oberösterreich über deutlich höhere Einkommen als in Österreich insgesamt. Die Einkommen der Beamten und Selbständi-

gen sind im Durchschnitt in Oberösterreich um rund 5% und die der Pensionisten um rund 3% niedriger als im österreichweiten Durchschnitt. Gemessen am Ginikoeffizienten ist aber die Ungleichheit der Einkommen in allen sozialen Gruppen in Oberösterreich geringer als im Bund und seit 2000 in den unselbständigen Haushalten weniger gestiegen.

Anhand der Äquivalenzeinkommen wird auch die **Armutsgefährdungsquote** berechnet. Der EU-Konvention folgend liegt die Armutsschwelle bei 60% des Median-Äquivalenzeinkommens: Menschen die von weniger als dieser Armutsschwelle leben müssen, werden als armutsgefährdet bezeichnet. Der jüngste "Armutsbericht" (*Statistik Austria*, 2008) weist für das Jahr 2005 für Oberösterreich eine Armutsgefährdungsquote von 10,1% (Österreich 12,6%) und eine Armutslücke von 18% aus. Die Armutslücke Oberösterreichs liegt damit merklich über dem Österreichschnitt von 15%, nur Wien und Niederösterreich weisen höhere aus.

Nach den Daten der Konsumerhebung ergibt sich für 2005 für einen Ein-Personen-Haushalt eine Armutsschwelle von 895 € im Monat. Die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote beträgt danach in Österreich 14,8%. Der egalitäreren Verteilung der Äquivalenzeinkommen entsprechend war in Oberösterreich die Armutsgefährdungsquote mit 11,5% deutlich geringer. Zu Beginn des Jahrzehnts dürfte nach den Daten der beiden Konsumerhebungen sowohl in Oberösterreich als auch im Bundesdurchschnitt die Armutsgefährdung erheblich geringer gewesen sein: Die Armutsschwelle belief sich in Oberösterreich auf 10,1% und im Bund auf 12,3%. Die geringere Streuung der Einkommen und die günstigere Arbeitsmarktlage in Oberösterreich spiegeln sich auch in der Struktur der von Armut betroffenen Personen: In Oberösterreich sind nur 4,8% der Erwerbstätigen armutsgefährdet, in Österreich insgesamt 6,8%. Die Armutsbedrohung von arbeitslosen Personen ist generell hoch, mit 27% in Oberösterreich aber wesentlich niedriger als in Gesamtösterreich, wo sie bei 40,6% liegt. Auch die Armutsbedrohung von PensionistInnen (+3 Prozentpunkte) und von ArbeiterInnen (+4 Prozentpunkte) ist im Bund höher als in Oberösterreich.

Die Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Oberösterreich

Einleitung und Problemstellung

Nach einer Abnahme der Einkommensungleichheit in der Phase der Hochkonjunktur in den sechziger und frühen siebziger Jahren hat international die Streuung der Einkommen wieder deutlich zugenommen. In den USA und in Großbritannien war dieser Prozess steigender Ungleichheit besonders ausgeprägt und begann schon Ende der sechziger Jahre, in den skandinavischen Ländern in den neunziger Jahren. Auch in Mitteleuropa wurde die Verteilung wieder ungleicher, aber in viel geringerem Ausmaß.

Wichtige Ursachen bilden zum einen makroökonomische Faktoren wie die Verlangsamung des Wachstums, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit und die hohen Vermögenserträge im Gefolge der lange anhaltenden Hausse auf den Finanzmärkten, die in den meisten Industrieländern die funktionale Verteilung von den Lohn- zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen verschoben und die Lohnquote anhaltend senkten. Zum anderen vergrößern auch langfristige strukturelle Veränderungen, wie die Globalisierung und der technische Fortschritt, die Lohndifferenziale und damit die Ungleichheit der Einkommensverteilung, da beide Faktoren qualifizierte Arbeit begünstigen und geringere Qualifikationen belasten.

Das WIFO hat 2004 für Österreich eine Analyse der langfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung vorgelegt und kam zum Schluss, dass auch in Österreich in den letzten Jahrzehnten die Verteilung ungleicher wurde. Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der unselbstständig Beschäftigten als auch zwischen den Lohneinkommen und Einkünften aus Besitz und Unternehmung. Die dynamische Entwicklung der Vermögenserträge und die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit der Zunahme von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung, spielen für die Ausweitung der Einkommensunterschiede eine wesentliche Rolle.

Die Zunahme der Ungleichheit der individuellen Einkommen schlug sich allerdings bis Ende der neunziger Jahre kaum in einer Zunahme der Disparitäten der Nettohaushaltseinkommen nieder, da einerseits Teilzeitbeschäftigte zu einem großen Teil früher nicht beschäftigt waren und nun das Haushaltseinkommen aufbessern, und andererseits den öffentlichen Transferleistungen in Haushalten mit niedrigen Erwerbseinkommen deutlich größere Bedeutung zukommt.

Zielsetzung und Aufbau des Berichts

Das Ziel dieses Projekts bildet die Darstellung und Analyse der Entwicklung und der Verteilung der Einkommen in Oberösterreich auf funktionaler und personeller Ebene im Vergleich mit Österreich insgesamt. Die funktionelle Verteilung und die Einkommensentwicklung werden nach der regionalen Verfügbarkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die personelle Verteilung nach der regionalen Verfügbarkeit der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsstatistiken einerseits und der Konsumerhebung andererseits umfassend analysiert.

Im ersten Teil des Berichts werden die Wirtschafts- und Einkommensentwicklung Oberösterreichs anhand der Beschäftigungsentwicklung, des Bruttoregionalprodukts, der Bruttowertschöpfung und der Arbeitnehmerentgelte aus der regionalen VGR dargestellt. Da ein regionales Volkseinkommen fehlt, wird versucht, die funktionelle Verteilung auf Basis der Bruttowertschöpfung näherungsweise abzuschätzen. Der relativ starke und anhaltende Rückgang der Lohnquote in Österreich wurde im jüngsten Employment Outlook der OECD thematisiert; die Entwicklung der funktionalen Verteilung in Oberösterreich soll dazu vergleichend dargestellt und analysiert werden.

Im zweiten Teil wird die personelle Verteilung der Bruttolohneinkommen auf Basis der Lohnsteuer- und der Sozialversicherungsstatistiken untersucht. Die Lohnsteuerdaten erfassen das ganze Einkommensspektrum und ermöglichen eine Unterscheidung nach Geschlechtern, sozialer Stellung, Brutto- und Nettoeinkommen sowie zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Weiters wird auf Basis der Daten aus der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsstatistik die Einkommenssituation nach Bezirken dargestellt.

Schließlich werden im dritten Teil anhand der Konsumerhebung die Entwicklung und die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen Oberösterreichs im Vergleich mit Österreich insgesamt dargestellt und analysiert, um zu einem umfassenden Bild über die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen und deren Verteilung zu kommen. Auf Basis dieser Haushaltseinkommen wird für die Jahre 2000 und 2005 auch die Armutsgefährdung in Oberösterreich untersucht.

Das WIFO hat sich in der jüngsten Vergangenheit eingehend mit dem Wirtschaftsstandort Oberösterreich und insbesondere mit dem oberösterreichischen Arbeitsmarkt befasst. Die Ausführungen, die in diesem Bericht ausgearbeitet werden, knüpfen deshalb an früheren Studien von *Palme et al. (1999)*, *Biffi – Leoni (2005)*, *Fritz – Huber – Huemer (2006)* und *Huber (2007)* und den darin ausgeführten Analysen an.

1. Die Einkommensentwicklung Oberösterreichs im Vergleich mit Österreich insgesamt

1.1 Einkommensrelevante makroökonomische Kennzahlen der oberösterreichischen Wirtschaft

Die Einkommensentwicklung eines Landes wird wesentlich durch das Beschäftigungs- und Produktionswachstum bestimmt. Oberösterreich entwickelte sich im letzten Jahrzehnt¹⁾ (1995 bis 2005) insbesondere hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung günstiger als Österreich insgesamt. Auch in den letzten beiden Jahren (2006 und 2007), für die nur vorläufige Daten vorliegen, waren sowohl das Beschäftigungs- als auch das Produktionswachstum in Oberösterreich überdurchschnittlich dynamisch.

1.1.1 Die Beschäftigungsentwicklung

Die oberösterreichische Wirtschaft verzeichnet eine hohe Beschäftigungsdynamik: Die Zahl der Erwerbsverhältnisse (unselbständige und selbständige Beschäftigung) nahm zwischen 1995 und 2005 in Oberösterreich um 12,5% zu, um 4½ Prozentpunkte stärker als im Bundesdurchschnitt. Nur das Burgenland als europäisches Ziel-1-Förderland erreichte mit 11,7% Beschäftigungszuwachs einen ähnlichen Wert; auch in Tirol und Salzburg war der Beschäftigungszuwachs mit +9,3% bzw. +9,0% merklich stärker als in Österreich insgesamt, aber deutlich niedriger als in Oberösterreich.

Besonders dynamisch entwickelte sich sowohl im Bundesdurchschnitt als auch in Oberösterreich die selbständige Tätigkeit. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg in diesem Zeitraum in Oberösterreich mit +9½% und in Österreich insgesamt mit +4,6% deutlich schwächer als die Zahl der Erwerbstätigen. Im Burgenland, in Niederösterreich und in Tirol hat dagegen die unselbständige Beschäftigung stärker zugenommen als die selbständige. In Wien schrumpfte die Zahl der Unselbständigen sogar, während die Erwerbstätigkeit um über 6% stieg. Ein wesentlicher Teil der kräftigen Zuwächse an selbständiger Tätigkeit dürfte auf neue Selbständige zurückzuführen sein. Der Anteil Oberösterreichs an den unselbständig Beschäftigten Österreichs stieg seit Mitte der neunziger Jahre um fast einen Prozentpunkt von 16,7% auf 17,6% im Jahr 2007. Dabei war die oberösterreichische Beschäftigungsentwicklung sowohl im sekundären²⁾ als auch im tertiären Sektor deutlich günstiger als in den restlichen Bundesländern.

¹⁾ Während die Einkommens- und Beschäftigtendaten der Sozialversicherung und der Lohnsteuerstatistik bereits bis 2006 vorliegen, sind die Daten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher nur bis 2005 vorhanden.

²⁾ Sachgütererzeugung inklusive Bergbau, Bauwesen sowie Energie- und Wasserversorgung (ÖNACE Abschnitte C bis F), hier auch als produzierender Sektor bezeichnet.

Die hohe Beschäftigungsdynamik Oberösterreichs spiegelt sich auch in den Arbeitslosenzahlen wider: Mit 4,4% lag die Arbeitslosenrate Oberösterreichs zu Beginn der neunziger Jahre 1 Prozentpunkt unter dem gesamtösterreichischen Niveau (5,4%). Mit 3,6% war der letzte Jahreswert (2007) nur halb so hoch wie in Österreich insgesamt (6,2%). Kein Bundesland wies in den letzten Jahrzehnten eine niedrigere Arbeitslosenrate aus als Oberösterreich.

Übersicht 1.1: Makroökonomische Entwicklung
1995 = 100

	Arbeitsmarkt			Produktion	
	Aktive unselbständige Beschäftigte	Erwerbs- tätige	Arbeits- entgelte je Beschäftigten	Reale Wert- schöpfung	Produk- tivität
	2007	2005	2005	2007	2007
Wien	97,9	106,2	121,3	127,6	130,2
Niederösterreich	110,7	105,0	125,0	136,1	123,2
Burgenland	117,0	111,7	138,3	144,9	124,2
Steiermark	112,9	109,0	132,3	139,1	123,5
Kärnten	107,4	106,5	127,8	133,0	123,9
Oberösterreich	114,6	112,5	134,6	141,9	124,1
Salzburg	108,0	109,3	128,7	129,5	120,1
Tirol	116,2	108,3	132,1	136,0	117,3
Vorarlberg	110,9	106,9	125,9	142,1	128,5
Österreich	108,6	108,0	127,7	134,7	124,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Oberösterreich ist durch die Präsenz eines großen, dynamischen Industriesektors gekennzeichnet. Der Beschäftigungsanteil³⁾ des sekundären Sektors sank in der jüngeren Vergangenheit zwar von 40% (1995) auf 35% (2006), er liegt jedoch nach wie vor um fast ein Drittel über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt (27%). Berücksichtigt man nur die Sachgütererzeugung ohne Bauwesen sowie Energie- und Wasserversorgung (25%), so ist die Differenz zum Österreich-Durchschnitt (18%) noch ausgeprägter. Im Zuge des Strukturwandels, der in Oberösterreich schon in den achtziger Jahren ansetzte, kam es zwar zu einschneidenden Rationalisierungsprozessen. Neben den arbeitsintensiven Branchen des Textil-Bekleidung-Lederbereichs, wo ein starker Beschäftigungsabbau stattfand, erfuhren auch einige kapitalintensive Produktionsbereiche (z. B. die Papierindustrie) eine Redimensionierung. Insgesamt wurden zwischen 1995 und 2006 im produzierenden Sektor fast 8.000 Arbeitsplätze abgebaut (Übersicht 1.2), was einem Rückgang von knapp 4% entspricht. Der industrielle Charakter der ober-

³⁾ Hierbei werden nur Beschäftigungsverhältnisse und nicht Vollzeitäquivalente verglichen. Durch die starke Zunahme an Teilzeitarbeit und der hohen Konzentration dieser Beschäftigungsformen auf den Dienstleistungsbereich wird der Beschäftigungsanteil des produzierenden Sektors leicht untererfasst.

österreichischen Wirtschaft ist jedoch weitgehend erhalten geblieben, was sich auch daran zeigt, dass in Österreich im gleichen Zeitraum die Beschäftigung im produzierenden Bereich um mehr als 11% sank. Dabei muss berücksichtigt werden, dass über die Auslagerung von Tätigkeiten aus der Industrie in spezialisierte Dienstleistungsbetriebe (z. B. Reinigungsdienste, Essenszubereitung, Sicherheitsdienste usw.) zahlreiche Arbeitsplätze zwar nun dem Dienstleistungssektor zugerechnet werden, nach wie vor aber im industriellen Bereich angesiedelt sind. Auch die starke Zunahme von Zeitarbeit führt dazu, dass die Beschäftigungsentwicklung in den Sachgüter erzeugenden Betrieben tendenziell unterschätzt und der Zuwachs im tertiären Sektor überschätzt wird. Dennoch und entgegen dem allgemein rückläufigen Trend expandierten in Oberösterreich einzelne Industriebranchen im letzten Jahrzehnt und erzielten zum Teil signifikante Beschäftigungszuwächse. Vor allem in der Herstellung von Metallerezeugnissen sowie im Fahrzeug- und Maschinenbau konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch das Beschäftigungsniveau 2006 höher als Mitte der neunziger Jahre war. Wie aus Übersicht 1.2 ersichtlich ist, liegt der Beschäftigungsanteil in diesen Branchen auch deutlich über dem entsprechenden Vergleichswert für Österreich. Einen überproportionalen Anteil an der Beschäftigung insgesamt haben in Österreich auch die Unternehmen der Chemie-, Gummi- und Kunststoffindustrie und, in noch höherem Ausmaß, in der heterogenen Branche "Herstellung von Möbeln und sonstigen Gütern".

Übersicht 1.2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung im sekundären Sektor Oberösterreich 1995/2006

	1995	2006	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1995/2006	Beschäftigungsanteil Österreich = 100 (2006)
	Personen		In %	Index
<i>Zusammengefasste Wirtschaftsklassen</i>				
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	2.386	2.330	-0,2	104
Nahrungs- und Genussmittel, Tabakverarbeitung	16.708	15.988	-0,4	126
Textilien, Leder	7.790	3.635	-6,7	75
Holz, Papier, Verlagswesen	13.776	13.425	-0,2	99
Kokerei, Chemie, Gummi- und Kunststoffe	16.764	16.839	0,0	165
Glas, Waren aus Steinen und Erden	6.738	4.503	-3,6	90
Metall und Metallerzeugnisse	28.211	30.654	0,8	163
Maschinenbau	19.201	21.010	0,8	176
Büromaschinen, Rundfunk und Nachrichtenwesen, Messgeräte	8.485	9.830	1,3	92
Fahrzeugbau	10.986	11.690	0,6	186
Möbel und sonstige Güter, Recycling	17.785	13.712	-2,3	208
Energie- und Wasserversorgung	6.502	5.691	-1,2	125
Bauwesen	47.833	46.104	-0,3	109
<i>Insgesamt</i>	<i>203.165</i>	<i>195.411</i>	<i>-0,4</i>	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die günstige Beschäftigungsentwicklung in Oberösterreich kann in entscheidendem Ausmaß auf die starke Ausweitung der Beschäftigung in den Dienstleistungsunternehmen zurückgeführt werden. In der Periode 1995/2006 stieg die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor um rund 65.000, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von rund +2,0% entspricht. In Österreich nahm die Beschäftigung in derselben Zeit um durchschnittlich 1,3% pro Jahr zu. Man kann Übersicht 1.3 entnehmen, dass die Beschäftigungsdynamik in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich ausgefallen ist. Prozentuell gemessen fand die größte Steigerung im Bereich "Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung" statt, wo sich der durchschnittliche Beschäftigtenstand zwischen 1995 und 2006 vervielfachte. Allerdings handelt es sich hier in einer absoluten Betrachtung um eine kleine Branche, die auch nach dieser Entwicklung eine im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt geringe Bedeutung hat. Ein sehr starkes Wachstum (+7,1% p. a.) wurde ebenso wie im Rest Österreichs vom Wirtschaftsbereich der unternehmensnahen Dienstleistungen registriert. Sieht man vom Handel sowie vom Gesundheits- und Sozialwesen ab, so ist das auch der einzige Dienstleistungsbereich, in dem Oberösterreich einen überproportionalen Beschäftigungsanteil aufweist. Allerdings lässt sich die vergleichsweise hohe Beschäftigungskonzentration in dieser Branche nicht unmittelbar interpretieren. Da sich die unternehmensnahen Dienstleistungen, neben hoch qualifizierten Tätigkeiten, auch aus gering qualifizierten Aktivitäten (z. B. Reinigungsdienste), die von größeren Unternehmen ausgelagert werden, zusammensetzen, kann die Entwicklung in diesem Bereich auch direkt mit jener in der Industrie zusammenhängen.

Übersicht 1.3: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung im Dienstleistungssektor Oberösterreich 1995/2006

	1995	2006	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1995/2006	Beschäftigungsanteil Österreich = 100 (2006)
	Personen		In %	Index
Zusammengefasste Wirtschaftsklassen				
Handel	78.486	89.900	1,2	100
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	14.328	17.172	1,7	58
Transport	17.394	19.420	-1,0	80
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15.044	12.092	2,0	88
Kredit- und Versicherungswesen	15.425	15.438	0,0	81
Realitäten, Vermietung beweglicher Sachen	4.151	5.099	1,9	61
Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung	1.626	5.259	11,3	68
Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	20.278	42.924	7,1	103
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	63.512	70.892	1,0	87
Unterrichtswesen	24.448	27.086	0,9	104
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	17.706	27.583	4,1	90
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	17.138	21.978	2,3	83
<i>Insgesamt</i>	289.536	354.843	1,9	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

1.1.2 Das Produktions- und Produktivitätswachstum

Die oberösterreichische Wirtschaft wuchs seit Mitte der neunziger Jahre mit einem realen Zuwachs der Bruttowertschöpfung von +41,9% (1995 bis 2007) kräftiger als die österreichische Wirtschaft insgesamt (+34,7%). Der Wachstumseinbruch 2002 (-0,2%) war wohl in Oberösterreich stärker, aber sowohl in der Periode davor als auch danach war das Produktionswachstum in Oberösterreich dynamischer als im Bundesdurchschnitt. Kräftigeres Wachstum verzeichneten nur das Burgenland (+44,9%) und Vorarlberg (+42,1%). Der Anteil Oberösterreichs am Bruttoinlandslandsprodukt Österreichs zu laufenden Preisen stieg im Zeitraum 1995 bis 2005 leicht an, von 15,9% auf 16,2%⁴⁾. Der Anteil der Sachgütererzeugung⁵⁾ an der gesamten Wertschöpfung betrug 2005 30,4%, im bundesweiten Durchschnitt waren es nur 19,4%. Das Bauwesen hatte mit einem Anteil von 8,9% im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt (7,6%) ebenfalls einen überproportionalen Anteil am Output. Insgesamt stand der produzierende Sektor, der zusätzlich auch Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung umfasst, für 41,5% der oberösterreichischen Wirtschaftsleistung, über ein Drittel mehr als in Österreich (29,8%). Mit einem Anteil von 56,5% trug der Dienstleistungsbereich dagegen deutlich unterdurchschnittlich zur oberösterreichischen Wertschöpfung bei (der österreichische Durchschnitt lag bei 68,6%).

Durch die dynamische Beschäftigungsentwicklung blieb aber trotz überdurchschnittlicher Produktionssteigerung der Produktivitätszuwachs in Oberösterreich verhalten. Die reale Produktion je aktiv Beschäftigten stieg zwischen 1995 und 2007 mit 24,1% etwa gleich wie im Bundesdurchschnitt (+24,3%). Deutlich kräftiger waren die Produktivitätszuwächse nur in Wien (+30,2%) und in Vorarlberg (+28,5%), in Vorarlberg etwa gleich hoch (+24,2%). Die Produktivitätsentwicklung Oberösterreichs entsprach in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dem Österreich-Durchschnitt, blieb aber zwischen 2002 und 2004 deutlich zurück, als bei schwachem Wirtschaftswachstum die Beschäftigungsdynamik Oberösterreichs durch die "überdurchschnittliche Entwicklung in einigen marktbezogenen, insbesondere den "unternehmensbezogenen Dienstleistungen"⁶⁾ (Fritz et al., 2007, S. 24) deutlich größer war als im Bundesdurchschnitt. Insgesamt war seit Mitte der neunziger Jahre in Oberösterreich die Beschäftigungssituation sowohl in der Sachgütererzeugung als auch im Bauwesen deutlich stabiler als im Österreich-Durchschnitt und gleichzeitig die Dynamik in den Dienstleistungen größer. Die moderate Produktivitätszunahme resultiert daher im Vergleich mit den übrigen Bundesländern zum einen aus der "stabileren" Beschäftigungssituation in den Produktionssektoren und zum anderen aus dem relativ niedrigen Produktivitätsniveau in den expandierenden Dienstleis-

⁴⁾ Niveaus liegen nur in nomineller Rechnung und nur bis 2005 vor. Die vom WIFO durchgeführte reale Rechnung beschränkt sich auf Wachstumsraten und reicht bis 2007.

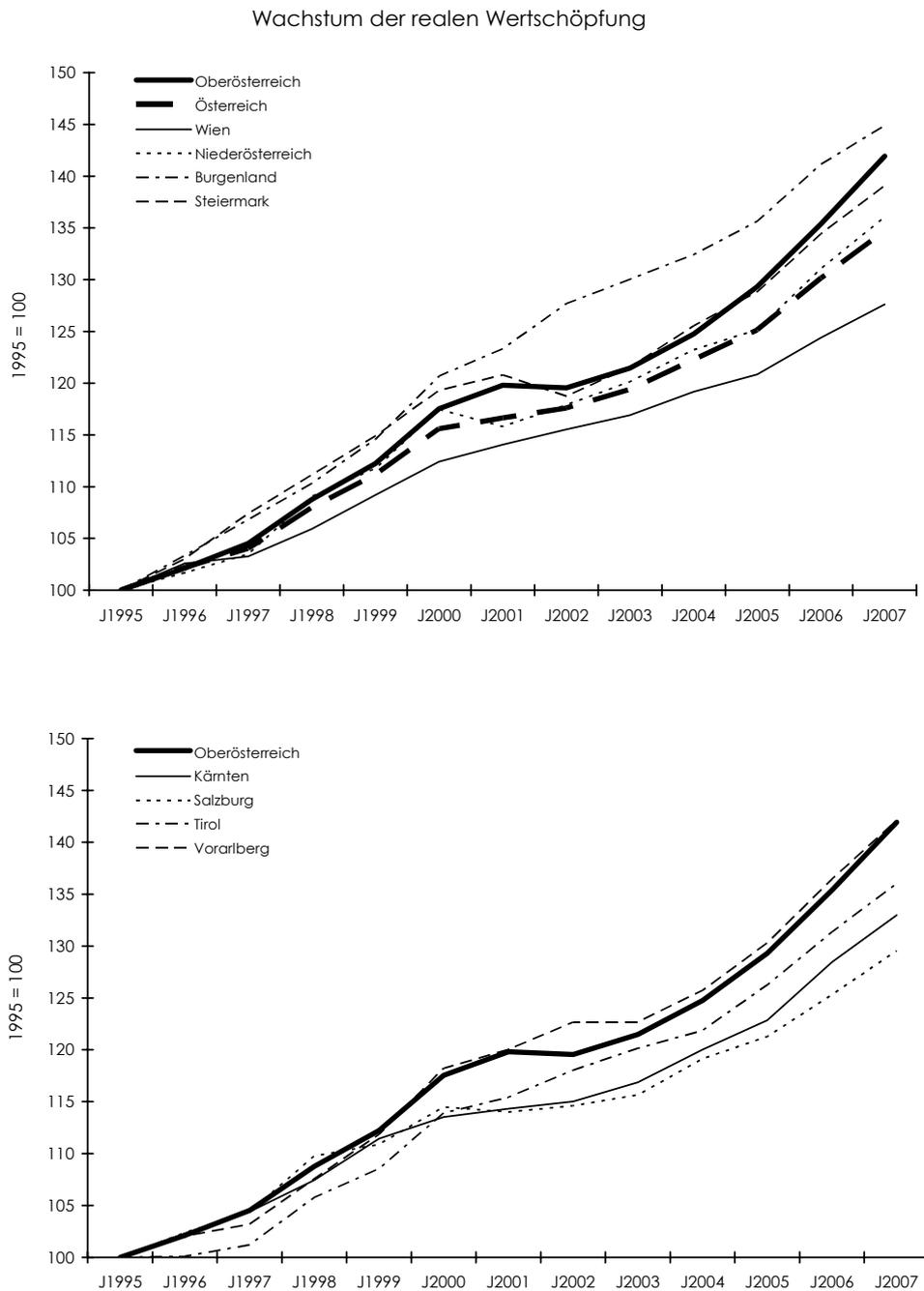
⁵⁾ ÖNACE Wirtschaftsklassen 15 bis 37.

⁶⁾ NACE 50 bis 74: Handel, Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Geld- und Kreditwesen sowie Versicherungen, unternehmensbezogene Dienstleistungen.

tungsbereichen. Seit 2005 war schließlich der Produktivitätszuwachs in Oberösterreich wieder einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt pro Jahr höher als im Österreich-Durchschnitt.

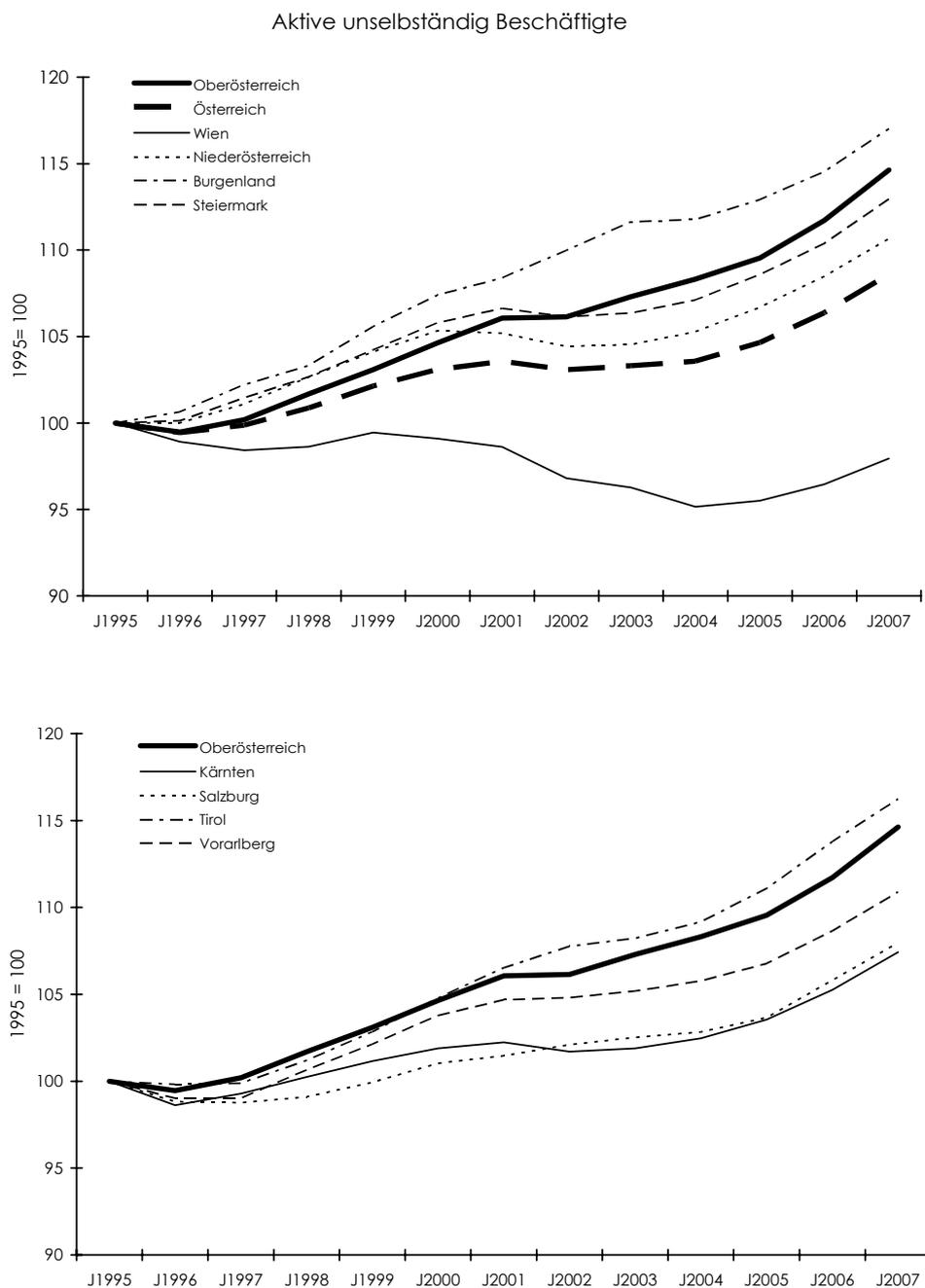
Auch Teilzeit- und atypische Beschäftigungsformen nahmen in Oberösterreich nicht stärker zu als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung ist in Oberösterreich mit 24,3% rund einen Prozentpunkt höher als im Bundesdurchschnitt, hat aber seit Mitte der neunziger Jahre mit gut 10 Prozentpunkten nicht stärker zugenommen als in Österreich insgesamt. Die Anteile an Freien Dienstnehmern und geringfügig Beschäftigten sind in Oberösterreich mit 0,5% bzw. 6,4% niedriger als im Bundesdurchschnitt (0,8% bzw. 7,3%) und sind schwächer gestiegen.

Abbildung 1.1: Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung nach Bundesländern



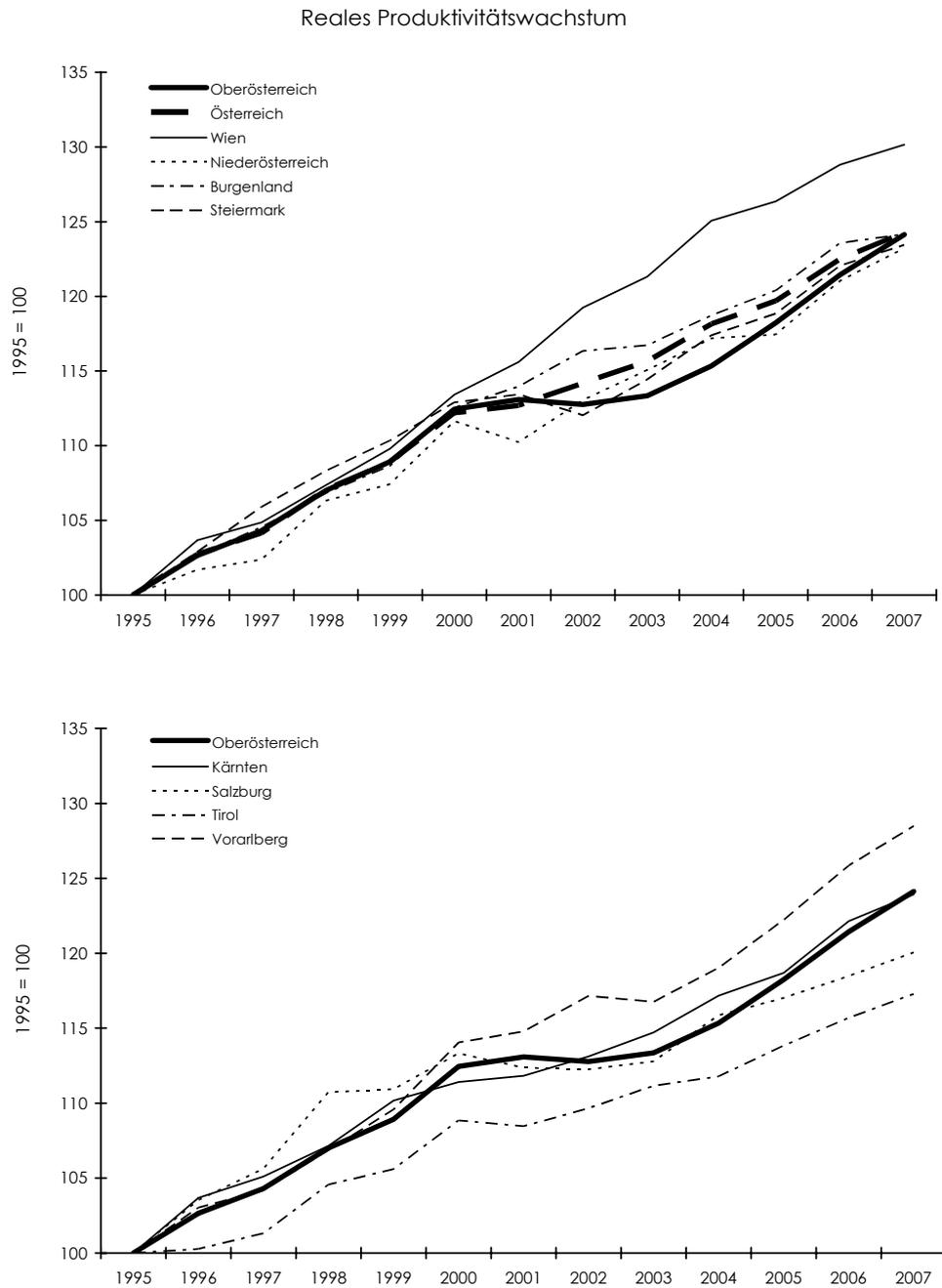
Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1.2: Entwicklung der aktiven unselbständigen Beschäftigung nach Bundesländern



Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1.3: Produktivitätsentwicklung nach Bundesländern



Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

1.1.3 Das Produktivitätsniveau

Zur Messung des absoluten Niveaus der Produktivität stehen nur nominelle Werte bis 2005 zur Verfügung: Das Bruttoregionalprodukt je Erwerbstätigen (unselbständig und selbständig Beschäftigte) zu laufenden Preisen. Trotz einer starken industriellen Basis liegt das Produktivitätsniveau Oberösterreichs unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser Abstand hat sich im letzten Jahrzehnt um 2 Prozentpunkte vergrößert: 1995 war die Produktion je Erwerbstätige rund 4% unter dem Bundesdurchschnitt, bis 2005 vergrößerte sich der Rückstand auf 6%. Nur Salzburg verzeichnete größere Produktivitätseinbußen. Mit Abstand am höchsten ist das Produktivitätsniveau in Wien – rund 18% höher als im Bundesdurchschnitt – gefolgt von Vorarlberg mit einem Abstand von gut 10 Prozentpunkten und Tirol, das im letzten Jahrzehnt zum Österreich-Durchschnitt aufgeholt hat.

Übersicht 1.4: Produktivität

Nominales Bruttoregionalprodukt je Erwerbstätigen

	1995	2005	1995	2005
	In Euro		Österreich = 100	
Wien	58.060	75.119	117,8	117,8
Vorarlberg	50.384	68.662	102,2	107,6
Tirol	48.135	64.018	97,6	100,4
Österreich	49.304	63.788	100,0	100,0
Salzburg	50.083	62.911	101,6	98,6
Oberösterreich	47.366	59.994	96,1	94,1
Niederösterreich	46.074	59.701	93,5	93,6
Kärnten	46.022	58.872	93,3	92,3
Steiermark	43.561	57.129	88,4	89,6
Burgenland	41.814	55.329	84,8	86,7

Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO.

Übersicht 1.5: Bruttoregionalprodukt je Einwohner

	1995	2005	1995	2005
	In Euro		Österreich = 100	
Wien	31.800	41.100	143,9	137,9
Salzburg	25.000	33.000	113,1	110,7
Vorarlberg	22.700	31.200	102,7	104,7
Tirol	22.800	30.800	103,2	103,4
Österreich	22.100	29.800	100,0	100,0
Oberösterreich	20.500	28.300	92,8	95,0
Steiermark	18.200	25.700	82,4	86,2
Kärnten	18.600	25.400	84,2	85,2
Niederösterreich	18.100	23.800	81,9	79,9
Burgenland	13.900	20.500	62,9	68,8

Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO.

Obwohl Oberösterreich im Produktivitätsvergleich (BRP je Beschäftigten) im Jahrzehnt 1995 bis 2005 leicht zurückfiel, hat sich im Bundesländervergleich das relative Wohlstandsniveau, gemessen am Bruttoregionalprodukt je Einwohner, leicht erhöht. Das oberösterreichische Regionalprodukt pro Kopf war 1995 gut 7% niedriger als im Bundesdurchschnitt, bis 2005 verringerte sich der Abstand auf 5%. Ausschlaggebend dafür war die demographische Entwicklung. Das Bevölkerungswachstum Oberösterreichs war geringer als im österreichischen Durchschnitt. In den neunziger Jahren war die Bevölkerung Oberösterreichs wie im österreichischen Durchschnitt gewachsen, fiel aber seither zurück. Vor allem in Wien hat sich nach einer Stagnation bis 1998 der Zuzug in diesem Jahrzehnt rapide beschleunigt. In den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg war dagegen schon in den neunziger Jahren das Bevölkerungswachstum überdurchschnittlich gewesen. Seit Mitte der neunziger Jahre nahm die österreichische Bevölkerung um 4,6% zu und die oberösterreichische um 3,4%. Deutlich dynamischer war das Bevölkerungswachstum in Wien (+8,4%) sowie in den westlichen Bundesländern (Tirol +7,7%, Vorarlberg +6,9%). Niederösterreich (+4,7%) und Salzburg (+4,5%) entwickelten sich etwa im Bundesdurchschnitt; Steiermark und Burgenland verzeichneten Zuwächse von gut 1% und Kärntens Bevölkerungszahl schrumpfte.

Gemessen am Regionalprodukt je Einwohner hat die Verteilung der Zuwanderungsströme im Jahrzehnt 1995 bis 2005 die Wohlstandsdifferenziale zwischen den Bundesländern merklich verringert. In den Regionen mit hohem Output je Einwohner war das Bevölkerungswachstum merklich größer als in den Bundesländern mit niedrigerer Wirtschaftskraft. Die Produktivitätsdifferenziale verringerten sich dagegen in diesem Zeitraum nicht, sondern nahmen eher leicht zu.

1.2 Die Entwicklung der funktionellen Verteilung

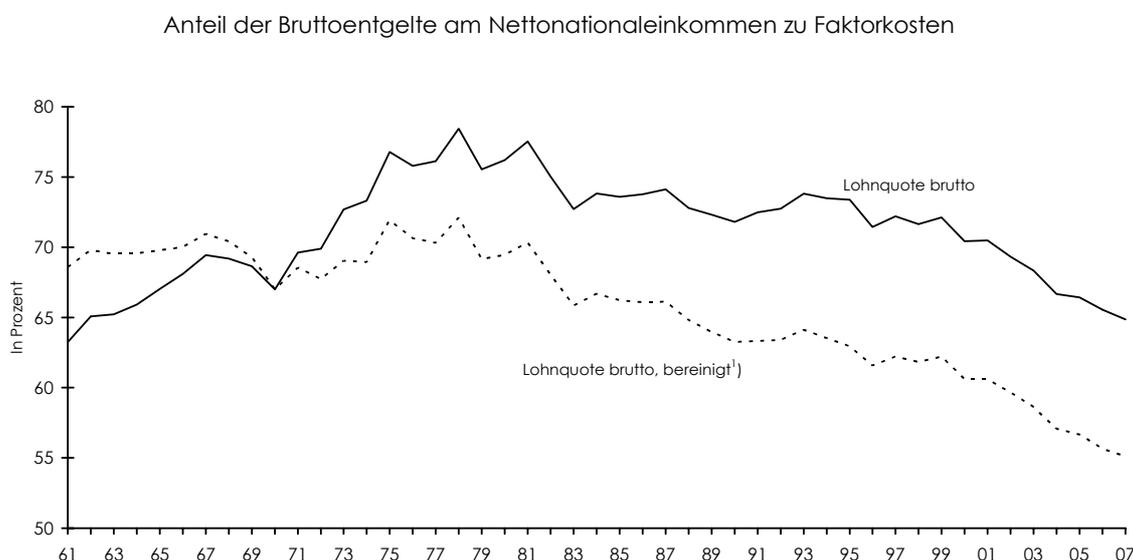
1.2.1 Der Lohnanteil am Volkseinkommen – die Lohnquote

Die funktionelle Einkommensverteilung, die Aufteilung des Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren, wird anhand der Lohnquote, dem Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen, beurteilt. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ist in den Perioden des raschen Beschäftigungswachstums und der Vollbeschäftigung tendenziell gestiegen. Seit nunmehr drei Jahrzehnten fällt die gesamtwirtschaftliche Lohnquote tendenziell; d. h. die Nicht-Lohneinkommen, Gewinne der Körperschaften und Gewerbebetriebe, die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus freiberuflicher Tätigkeit und die Vermögenserträge aus Kapitalbesitz, Vermietung und Verpachtung entwickeln sich dynamischer als die Lohn- und Gehaltseinkommen der Unselbständigen.

Die Ursachen für diese Umverteilung zulasten der Unselbständigen sind vielfältig: Die Wachstumsverlangsamung nach den beiden Erdölkrisen der siebziger Jahre ging mit einer anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit einher. Die Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Variable für die Entwicklung der Lohnquote. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den

Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfer-einkommen beziehen. Zugleich verlieren die Gewerkschaften an Einfluss auf die Lohnent-wicklung, die Lohnerhöhungen bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verringert die Lohnquote um gut 1 Prozentpunkt (vgl. Marterbauer – Walterskirchen, 2003). Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederungen, verstärktem Einsatz von Leiharbeit sowie die rasche Zunahme der Teilzeitbe-schäftigung und der atypischer Beschäftigungsformen drücken ebenfalls auf die Lohnent-wicklung. Die Beschäftigungszuwächse finden selbst bei guter Entwicklung der Güternach-frage in geringerem Ausmaß in der Sachgütererzeugung statt, dagegen expandiert die Ka-tegorie der Rechts- und Wirtschaftsdienste, die auch den Bereich der Leiharbeit umfasst. Die durchschnittlichen Stundenlöhne unterscheiden sich zwischen Industrie- und Dienstleistungs-sektor merklich. Lohndämpfend wirken auch neue Arbeitszeitmodelle, die über die Einführung von Zeitkonten oder Durchrechnungszeiträumen die Überstundenzahlungen deutlich verrin-gern. Darüber hinaus explodierten gleichsam die Vermögenserträge im Gefolge der Hausse auf den Finanzmärkten. Außerdem profitieren die Unternehmen im Zuge der Globalisierung von den niedrigeren Preisen der Vorleistungen aus China, Osteuropa usw., wenn sie diese Kostenvorteile zumindest im Inland nicht vollständig in niedrigeren Preisen weitergeben.

Abbildung 1.4: Gesamtwirtschaftliche Lohnquote für Österreich
Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Bereinigt um die Veränderung der Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist ein ausgeprägter und stetiger Abwärtstrend der Lohnquote festzustellen, der mit der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung der österreichischen Wirtschaft zusammenhängen dürfte. Gewinne und Vermögenseinkommen profitie-

ren in den hoch entwickelten Ländern generell stärker von der Globalisierung als die Arbeitseinkommen. In Österreich ist dieser Effekt wegen der engen Verflechtung mit den mitteleuropäischen Ländern noch markanter ausgeprägt als in den anderen Industrieländern (Breuss, 2007). Der Rückgang der Lohnquote erfolgte in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre deutlich rascher als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern.

Verschiebungen zwischen dem Anteil der Selbständigen und der unselbständig Beschäftigten spielen für die funktionelle Verteilung eine wichtige Rolle. Berücksichtigt man den langfristig gestiegenen Anteil an LohnbezieherInnen an den Erwerbstätigen, so zeigt die bereinigte Lohnquote in den sechziger und siebziger Jahren eine bemerkenswerte Konstanz des Lohnanteils am Volkseinkommen. Der Anstieg der unbereinigten Lohnquote von schwach 63% im Jahr 1960 auf 78% im Jahr 1978 war vor allem in den siebziger Jahren von der Abwanderung aus der Landwirtschaft und aus kleinen Gewerbebetrieben geprägt und durch Arbeitskräfteknappheit und gute Einkommenschancen in der Industrie motiviert. Abgesehen von kurzen konjunkturellen Unterbrechungen fällt die bereinigte Lohnquote seit dem Ende der siebziger Jahre, trotz einer ständigen Zunahme des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbstätigen⁷⁾.

Die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten überaus dynamisch entwickelnden Nicht-Lohnelemente des Volkseinkommens werden seit der Umstellung auf das ESVG 95 in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht mehr differenziert erfasst. Die Verteilungsanalyse ist damit um einen wirtschaftspolitisch bedeutenden Aspekt ärmer (vgl. Guger – Marterbauer, 2007).

1.2.2 Der Lohnanteil an der Bruttowertschöpfung – die "Lohnquote" Oberösterreichs

Da kein regionales Volkseinkommen, also Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, vorliegt, wird im Folgenden die funktionale Verteilung auf der Grundlage der Bruttowertschöpfung⁸⁾ analysiert, wie das seit dem Umstieg auf das ESVG 95 auch in internationalen Vergleichen üblich ist. Aus den im Rahmen der Regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria zur Verfügung stehenden Arbeitnehmerentgelten und der Bruttowertschöpfung nach Bundesländern wird die funktionelle Verteilung Oberösterreichs mit der in Österreich insgesamt und den übrigen Bundesländern verglichen.

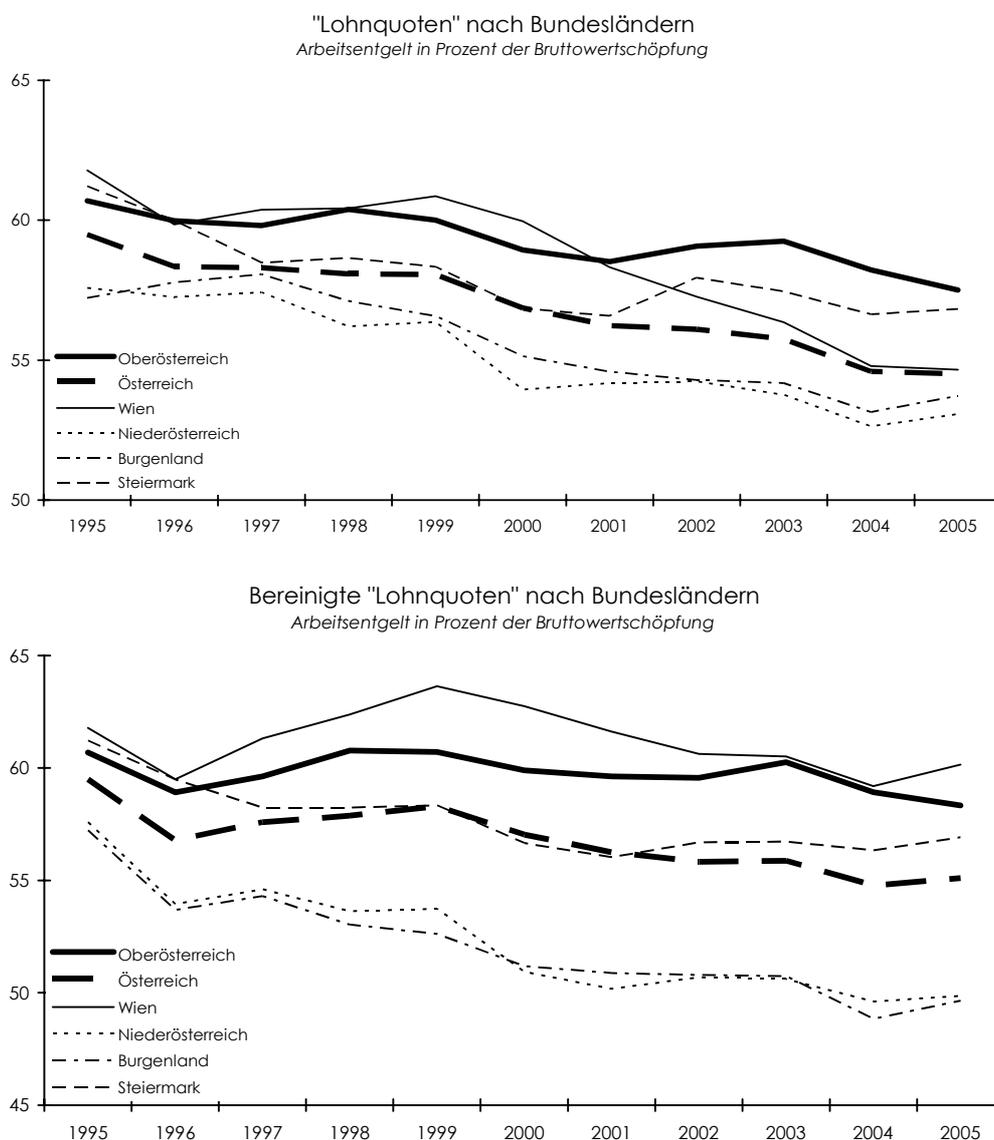
Abweichend von der gängigen Definition, die als Lohnquote den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen bezeichnet, wird in diesem Kapitel für den Bundesländervergleich die "Lohnquote" als Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung definiert. Darin sind im Unterschied zum Volkseinkommen auch die Abschreibungen enthalten,

⁷⁾ Zu Strukturveränderungen und Problemen der Lohnquotenanalysen vgl. Chaloupek et al. (2008), S. 37ff.

⁸⁾ Nicht bereinigt um die unterstellten Bankgebühren. Das Problem bildet die Bundesländeraufteilung: Die Aufteilung der indirekten Steuern und Subventionen nach Bundesländern erschwert auch die Berechnung eines regionalen Volkseinkommens; vgl. dazu die VGR-Definitionen im Anhang.

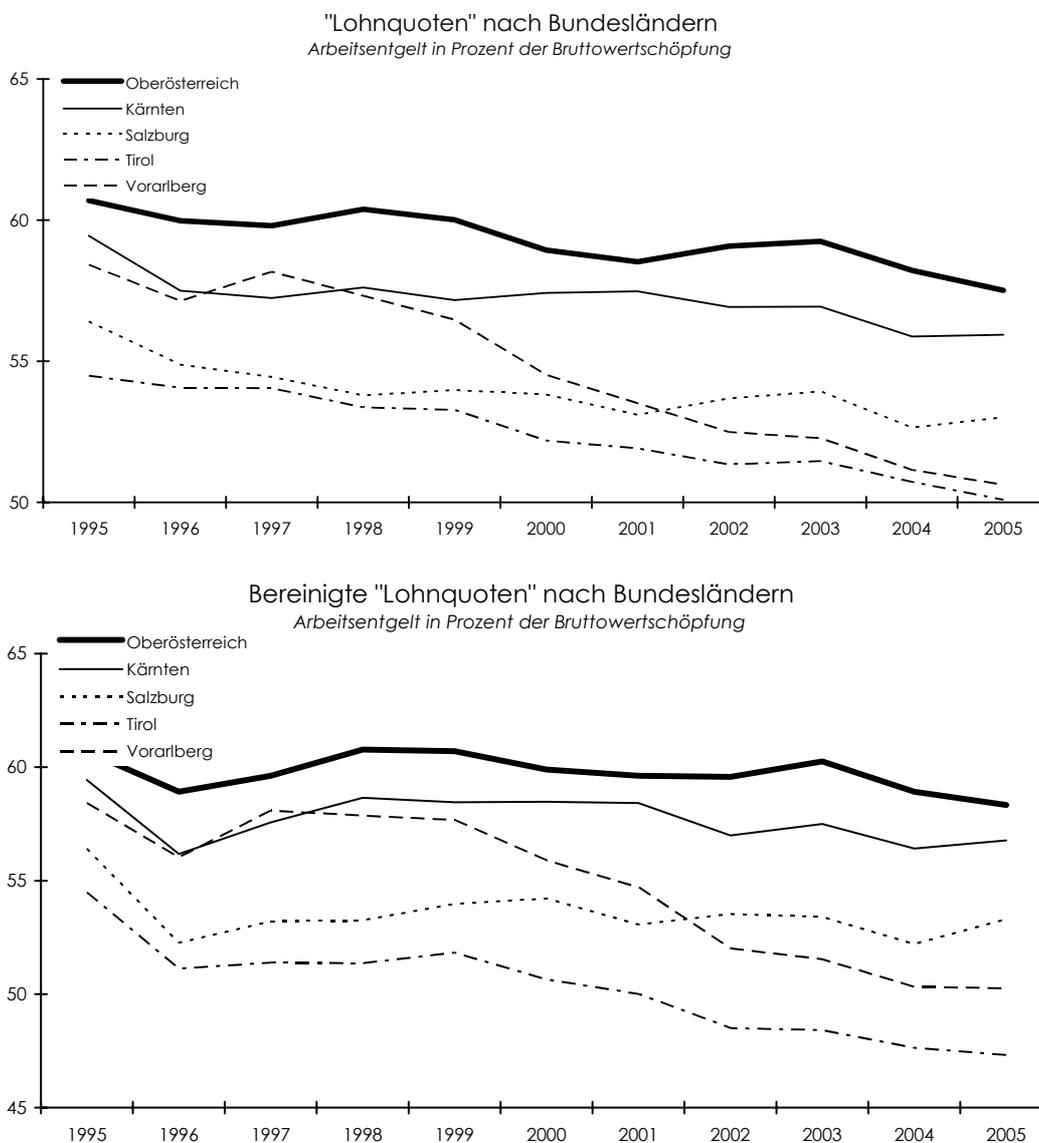
außerdem erfolgt die Bewertung zu Herstellungspreisen und nicht zu Faktorkosten. Durch die – vor allem um die Abschreibungen – größere Bezugsbasis im Nenner ist daher die für diesen Bundesländervergleich konstruierte "Lohnquote" wesentlich niedriger als die herkömmliche auf das Volkseinkommen bezogene Lohnquote. Im Jahr 1995 betrug die im obigen Abschnitt dargestellte traditionelle Lohnquote für Österreich 73,4%, die auf der Bruttowertschöpfung basierende "Lohnquote" 59,5%. Bis 2005 sank die herkömmliche Lohnquote für Österreich auf 66,3% und die hier für den Bundesländervergleich neu definierte "Lohnquote" auf 54,5% ab.

Abbildung 1.5: Die Entwicklung der funktionellen Verteilung der östlichen Bundesländer



Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 1.6: Die Entwicklung der funktionalen Verteilung der westlichen Bundesländer



Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Im Bundesländervergleich fallen sofort große Differenzen im Niveau der Lohnquoten auf, die sich seit Mitte der neunziger Jahre außerdem vergrößert haben. Wien und Oberösterreich wiesen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die höchsten "Lohnquoten" aus. Auch in der Steiermark war die "Lohnquote" in den neunziger Jahren etwas höher als im Bundesdurchschnitt. In Kärnten, in Niederösterreich, in Vorarlberg und im Burgenland lag der Arbeitnehmeranteil an der Bruttowertschöpfung etwas unter dem österreichischen Durchschnitt, in Salzburg und Tirol weit darunter. Die Unterschiede im Lohnquotenniveau zwischen den Bundesländern liegen in erster Linie in der Wirtschaftsstruktur und damit eng verbunden mit Unter-

schieden im Ausmaß an selbständiger Erwerbstätigkeit, der Kapitalausstattung, der Betriebsgrößen sowie der Beschäftigten- und Qualifikationsstruktur begründet. Nicht zuletzt spiegeln sich darin aber auch – unabhängig von strukturellen Gründen – regionale, geschlechtsspezifische und individuelle Lohnunterschiede wider.

Die hohen "Lohnquoten" Wiens und Oberösterreichs resultieren aus unterschiedlichen Ursachen: Wien weist einen großen Anteil an qualitativ hochwertigen und hoch entlohnten öffentlichen und privaten Dienstleistungen auf; dazu kommt, dass die Lohnquote im öffentlichen Dienst 100% beträgt. Mitte der neunziger Jahre war auch der Selbständigenanteil an den Erwerbstätigen mit gut 10% unterdurchschnittlich (Österreich fast 20%). Während die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien seit Mitte der neunziger Jahre schrumpfte, ist die Zahl der Selbständigen kräftig gestiegen; mit rund 19% liegt heute der Selbständigenanteil in Wien im Österreich-Durchschnitt (20%). Die "Lohnquote" Wiens ist daher seit 1999 kräftig gesunken und liegt nur mehr knapp über dem gesamtösterreichischen Niveau. Dass diese Entwicklung nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen ging, zeigt ein Vergleich auf Basis der bereinigten "Lohnquote": Unter Berücksichtigung der Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur, d. h. der starken Zunahme der selbständig Erwerbstätigen, weist Wien weiterhin den höchsten Arbeitnehmeranteil an der Bruttowertschöpfung und im betrachteten Jahrzehnt die stabilste bereinigte "Lohnquote" aus.

Die unbereinigte "Lohnquote" ist in Oberösterreich am stabilsten und seit 2001 im Bundesländervergleich die höchste. Im Jahr 2005 betrug sie 57,5% und lag damit 3 Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt (54,5%). Mit einem Rückgang von 3,2 Prozentpunkten seit 1995 ist die "Lohnquote" in Oberösterreich im Vergleich mit den übrigen Bundesländern am wenigsten gesunken, in Österreich insgesamt um 5 Prozentpunkte. Oberösterreichs hohe Lohnquote kann durch die Wirtschaftsstruktur nicht erklärt werden: Auch der Anteil der Selbständigen ist kaum niedriger als im Bundesdurchschnitt. Abgesehen von konjunkturellen Schwankungen zeigt in Oberösterreich die bereinigte "Lohnquote" – also unter Berücksichtigung der Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur zwischen Unselbständigen und Selbständigen – eine bemerkenswerte Stabilität.

Oberösterreich hat im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einen überdurchschnittlich hohen Sachgüterproduktionsanteil – 25% der Beschäftigten in Oberösterreich, 18% in Österreich – und einen unterdurchschnittlichen Dienstleistungsanteil. Im Bereich der Güterproduktion liegt auch der Anteil des Grundstoff-, Technologie- und Verarbeitungssektors mit hohen Löhnen, aber auch hoher Kapitalintensität und hoher Produktivität weit über dem Österreich-Durchschnitt. Im Dienstleistungsbereich fehlen qualitativ hochwertige unternehmensnahe Dienstleistungen. Alle Faktoren, die eher eine niedrigere Lohnquote erwarten ließen.

Eine hohe Lohnquote bedeutet definitionsgemäß ein im Vergleich zur Produktivität hohes Lohnniveau. Die Produktivität der oberösterreichischen Wirtschaft liegt rund 5% unter dem Österreich-Durchschnitt, das Arbeitsentgelt je Beschäftigten 2,4% darunter; daher sind die Lohnstückkosten und die Lohnquote in Oberösterreich höher als in Österreich insgesamt. Als

Hauptursachen bieten sich zum einen die Betriebsgröße und damit in Zusammenhang der gewerkschaftliche Organisationsgrad und zum anderen die Arbeitsmarktlage an. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt in Oberösterreich mit 72 Beschäftigten je Betrieb über dem österreichischen Durchschnitt von 61; noch stärker ausgeprägt sind die Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur zwischen den Bundesländern in den Technologie- und Verarbeitungsbranchen, denen in Oberösterreich große Bedeutung zukommt. Großbetriebe weisen generell einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad und höhere Entlohnung auf (vgl. dazu auch Kapitel 2).

Die Arbeitsmarktlage ist in Oberösterreich – nicht nur kurzfristig, sondern auch aus langfristiger Perspektive – deutlich günstiger als im übrigen Österreich. Zur hohen Beschäftigungsdynamik (Übersicht 1.1, Abbildung 1.2) kommt eine niedrige Arbeitslosenrate: Mit 3,6% war die Arbeitslosenrate 2007 die mit Abstand niedrigste von allen Bundesländern, der Österreich-Durchschnitt belief sich auf 6,2%. Das hohe Auslastungsniveau am Arbeitsmarkt stärkt zum einen das Lohnniveau und die Lohnentwicklung, stabilisiert aber zudem die Beschäftigung bei konjunkturellen Einbrüchen. In Oberösterreich ist daher 2002 und 2003 die Lohnquote im Gefolge des Konjunkturreinbruchs gestiegen, während sie im Bundesdurchschnitt kontinuierlich sank.

1.3 Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik

Die funktionelle Verteilung steht in engem Zusammenhang mit der Lohnpolitik. Das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik hat zum einen eine konstante funktionelle Verteilung, also eine konstante Lohnquote, und zum anderen stabile Lohnstückkosten zum Ziel. Steigen die Löhne (einschließlich der Lohnnebenkosten) mit derselben Rate wie die Arbeitsproduktivität, so bleiben sowohl die Lohnstückkosten als auch die Lohnquote konstant. Die Möglichkeiten einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik hängen wesentlich von der Arbeitsmarktlage ab. Bei guter Arbeitsmarktlage, die mit Überstunden und betrieblichen Überzahlungen über die kollektivvertraglichen Vereinbarungen hinaus einhergeht, kommt die Lohnentwicklung eher an die Lohnabschlüsse heran oder übersteigt sie sogar, d. h. es kommt zu einer positiven Lohndrift. Bei anhaltender Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Kapazitäten werden dagegen Arbeitsstunden reduziert und immer häufiger Normalarbeitsplätze in atypische Beschäftigungsformen umgewandelt, die auf niedrigere Verdienste hinauslaufen. In den sechziger und siebziger Jahren wurde die Lohnpolitik der Gewerkschaften von einer positiven Lohndrift alimentiert. Die tatsächliche Lohnentwicklung verlief in der Regel deutlich günstiger als die Lohnabschlüsse und die Überzahlungen wurden ausgebaut. Seit aber ab den frühen achtziger Jahren die Arbeitslosenraten stetig zunahmen, ist die Lohndrift anhaltend negativ und die Verdienstentwicklung bleibt immer wieder hinter den Produktivitätszuwächsen zurück.

Übersicht 1.6: Entwicklung von Arbeitsentgelt je Beschäftigten und Produktivität

	1995-2000		2000-2005		1995-2005	
	Arbeitsentgelt	Produktivität	Arbeitsentgelt	Produktivität	Arbeitsentgelt	Produktivität
Oberösterreich	2,3	2,5	1,8	2,3	2,1	2,4
Österreich	2,1	2,6	2,0	2,7	2,0	2,6

Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Wie aus dem dargestellten Verlauf der Lohnquoten nicht anders zu erwarten, zeigt der Vergleich der Lohn- und Produktivitätsentwicklung zwischen Oberösterreich und Österreich in Übersicht 1.6, dass in Oberösterreich die Lohn- und Produktivitätsentwicklung merklich weniger auseinanderlaufen als im Bundesdurchschnitt. Über das ganze Jahrzehnt betrachtet blieb in Oberösterreich die Lohnentwicklung jährlich 0,3 Prozentpunkte hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, im Österreich-Durchschnitt aber 0,6. Die Lohnpolitik ist auf Branchenebene weitgehend einheitlich in Österreich, aber die günstigere Beschäftigungssituation in Oberösterreich schlägt sich zum einen in einer günstigeren Entwicklung der Effektivverdienste als im Bundesdurchschnitt und zum anderen in einer schwächeren Produktivitätsentwicklung nieder, da bei guter längerfristiger Auslastung die Betriebe eher dazu neigen, in kurzfristigen konjunkturellen Abschwächungsphasen ohne Personalabbau durchzukommen.

2. Die personelle Verteilung der Einkommen in Oberösterreich – Entwicklung und Vergleich mit dem Österreich-Durchschnitt

Trotz der sinkenden Lohnquote und der steigenden Bedeutung von Vermögenseinkünften bestimmen die Löhne und Gehälter nach wie vor die Einkommenssituation des überwiegenden Teils der österreichischen Bevölkerung. Rund zwei Drittel aller ÖsterreicherInnen leben in Haushalten, in denen unselbständige Arbeit die Haupteinkommensquelle darstellt⁹⁾. Im folgenden Kapitel werden Verteilung und Entwicklung dieser Einkommen in Oberösterreich untersucht, der Untersuchungszeitraum umfasst primär die Periode 1995/2006. Zahlreiche Faktoren bestimmen das Niveau und die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Erwerbsarbeit, auf Grund der Datenlage und des makroökonomischen Ansatzes dieser Studie können allerdings nicht alle der in der Folge aufgezählten Aspekte empirisch untersucht werden. Aus Sicht des individuellen Arbeitnehmers bzw. der individuellen Arbeitnehmerin spielen das Qualifikationsniveau und die Berufserfahrung für die Höhe des eigenen Einkommens eine entscheidende Rolle. Anders als der Lohnsatz (d. h. die Entlohnung je Arbeitsstunde) hängt das Einkommen auch maßgeblich von der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit ab. Die Entscheidung, die eigene Arbeitskraft (in einem bestimmten Ausmaß) am Markt anzubieten, wird typischerweise im Haushaltszusammenhang und in Abhängigkeit vom Haushaltsvermögen,

⁹⁾ Siehe z. B. *Statistik Austria* (2005), Tabelle 1.7.

vom Einkommen des Partners und den familiären Verpflichtungen getroffen. Die Bedeutung der Haushaltsperspektive und der Arbeitsteilung im Haushalt kommt vor allem bei der Darstellung der Einkommenssituation nach Geschlecht zum Ausdruck.

Das Einkommensniveau, das die Einzelnen am Arbeitsmarkt erzielen können, wird allerdings auch maßgeblich von der Arbeitsnachfrage und von strukturellen Merkmalen des Arbeitsmarkts bestimmt. Die Anzahl und Beschaffenheit der Arbeitsplätze in der Region hängt in erster Linie von der Wirtschaftsstruktur ab, also vom Gewicht der einzelnen Wirtschaftssektoren bzw. Branchen im gesamtwirtschaftlichen Geflecht. Obwohl die Wirtschaftsstruktur ihrerseits in einem geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kontext eingebettet ist und Wandlungsprozessen unterliegt, kann sie als Startpunkt der vorliegenden Untersuchung dienen. Oberösterreich ist ein Bundesland mit einer klaren industriellen Prägung, wodurch vor allem im Facharbeiterbereich eine große Anzahl an qualifizierten und gut entlohnten Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. Die Sachgüter erzeugenden Bereiche weisen typischerweise ein überdurchschnittliches Lohnniveau auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der starke Einsatz von Kapital und Technologie das Produktivitätswachstum fördern. Die Schaffung von großen Betriebseinheiten ermöglicht zudem die Erzielung von Skalenerträgen. Im Dienstleistungsbe- reich sind diese Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung in unterschiedlich starkem Maße gegeben. Während produktionsorientierte Dienstleistungen eine "Industrialisierung" der Dienstleistung infolge der Standardisierbarkeit der Tätigkeit, Mechanisierung und Rationalisierung erlauben, geht das bei personenbezogenen sozialen Dienstleistungen (z. B. im Pflegebereich) kaum¹⁰). Für die ausgeprägten intersektoralen Lohnunterschiede sind allerdings nicht nur die Beschaffenheit der Arbeitsplätze und der Betriebe, sondern auch die Rahmenbedingungen des Lohnfindungsprozesses verantwortlich. Angebot und Nachfrage bestimmter Qualifikationen am Arbeitsmarkt sind nicht gleichmäßig verteilt: Dort wo Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften herrscht, steigen die Löhne, in Bereichen, in denen ausreichend Arbeitsangebot zur Verfügung steht bleibt die Lohnentwicklung dagegen zurück. Zudem kann der Arbeitsmarkt aufgrund zahlreicher Friktionen, Suchkosten und Informationsprobleme nicht als ein vollkommener Markt betrachtet werden. Aus der Sicht der Effizienzlohntheorie beispielsweise besitzen Unternehmen anhand der formalen Qualifikation nicht genug Information, um die Produktivität einzelner ArbeitnehmerInnen genau einzuschätzen. Das Lohnniveau wird als Instrument eingesetzt, um gegenüber den ArbeitnehmerInnen Signale und Anreize zu setzen (Akerlof – Yellen, 1986). Vor allem größere Unternehmen, in denen die Produktivität des Einzelnen schwerer beobachtbar ist, zahlen demnach höhere Löhne, um Arbeitskräfte mit hoher Produktivität anzuziehen und diese zu einem hohen Arbeitseinsatz zu motivieren.

Für die längerfristige Entwicklung der Einkommen und vor allem für die steigende Ungleichheit der Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind vor allem drei Trends von entscheidender Bedeutung: Die letzten Jahrzehnte, die auf globaler Ebene von einer starken Internationalisie-

¹⁰) Baumol hat schon 1967 darauf hingewiesen, indem er von einem "cost disease of labour intensive services which are resistant to rationalisation" spricht (Baumol, 1967).

rung der Wirtschaft und der damit einhergehenden Reallokation von Produktionsprozessen gekennzeichnet waren, haben zu einem tief greifenden Strukturwandel geführt. Dieser Veränderungsprozess ist durch die starke Zunahme an (billigen) Arbeitskräften auf dem globalen Arbeitsmarkt vorangetrieben worden. Der internationale Währungsfonds schätzt, dass sich zwischen 1980 und 2005 das Angebot an Arbeitskräften, die am globalen Markt verfügbar sind, vervierfacht hat. Der überwiegende Teil dieses Zuwachses hat seit 1990 stattgefunden (*Internationaler Währungsfonds, 2007*). Die Verschiebung von (arbeitsintensiven) Produktionsprozessen in Drittländer hat in den industrialisierten Ländern des OECD-Blocks zu einer Schrumpfung des sekundären Sektors geführt. Besonders betroffen waren davon Branchen mit einem hohen Anteil an niedrig qualifizierten Arbeitskräften. So ist beispielsweise die Produktion von Textilien und Bekleidung in den wirtschaftlich entwickelten Ländern drastisch zurückgegangen – Oberösterreich stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Doch auch alle anderen (nach außen hin) exponierten Wirtschaftsbereiche wurden einem besonders starken Anpassungsdruck unterworfen. Nur jene Branchen und Betriebe konnten überleben, welche durch Rationalisierungsprozesse und den Einsatz von Technologie die durch die hohen Arbeitskosten bedingte Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit kompensieren konnten. Die hohen Produktivitätszuwächse, die aus der erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels resultierten, ermöglichten in diesen Bereichen allerdings überdurchschnittliche Lohnsteigerungen. Bereiche, die in geringerem Ausmaß dem internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt waren und solche, die einen geringeren Spielraum für Produktivitätswachstum hatten sind hingegen in der Produktivitäts- und Lohnentwicklung zurückgeblieben. Insgesamt ist es somit zu einer Vergrößerung der Lohn- und Einkommensdifferenziale zwischen Branchen gekommen.

Parallel zur Internationalisierung hat sich in den industrialisierten Ländern auch eine technologische Revolution vollzogen, die sich in erster Linie in Form eines intensiven Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Arbeitswelt niedergeschlagen hat. Obwohl der technische Fortschritt zumindest seit dem Zeitalter der Industrialisierung eine zentrale Wachstumsdeterminante ist, hat sich seine qualitative Einwirkung auf den Arbeitsmarkt im Zeitverlauf verändert. Während in der Vergangenheit mit technischen Neuerungen vielfach eine größere Nachfrage nach Geringqualifizierten einherging, zeichnete sich in den letzten Jahrzehnten ein gegenläufiger Trend ab: Mit der Einführung neuer Technologien und Organisationsprinzipien werden Geringqualifizierte ersetzt, während die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften steigt (*Acemoglu, 2002*). Empirische Untersuchungen für Deutschland (*Ochsen – Welsch, 2005*) haben gezeigt, dass Geringqualifizierte relativ leicht durch andere Faktoren (Vorprodukte, Kapital, Qualifizierte), Hochqualifizierte jedoch kaum durch Geringqualifizierte, Kapital oder Vorprodukte substituiert werden können. Der Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte erweist sich vielmehr weitgehend komplementär zum Einsatz der übrigen Faktoren. Dieser "skill-bias" des technologischen Fortschritts hat zu einer Erhöhung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten und insbesondere zu einer Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsmarktposition von schlechter qualifizierten Personen geführt.

Ein weiterer Aspekt, der in Hinblick auf die Interpretation der Daten zur personellen Einkommenssituation und Einkommensentwicklung mit berücksichtigt werden muss, betrifft die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und – in noch größerem Ausmaß – die starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der in Teilzeit beschäftigten Personen hat sich in Oberösterreich zwischen 1996 und 2006 von 72.200 auf 141.300 verdoppelt, anteilmäßig haben Teilzeitbeschäftigte von 13,8% auf 23,6% aller Beschäftigten zugenommen¹¹⁾. Der Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen wurde von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse begleitet, vor allem in schwachen Konjunkturjahren konnte ein ausgeprägter Rückgang der Vollzeitbeschäftigung beobachtet werden. Zuletzt stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse erstmals wieder mit dem Anspringen der Konjunktur im Jahr 2005, wobei dieser Anstieg geringer war als der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung (Huber, 2007). Die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen kann auch anhand der kontinuierlich steigenden Zahl von Personen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, dargestellt werden. In Oberösterreich ist die geringfügige Beschäftigung zwar in den letzten Jahren weniger stark als in anderen Bundesländern gestiegen¹²⁾, dennoch nahmen die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1998 und 2006 von 28.150 auf fast 37.000 deutlich zu (+31%).

In der Folge wird in einem ersten Schritt der Frage nachgegangen, inwiefern sich die industrielle Prägung Oberösterreichs auf Einkommensniveau und Einkommensverteilung niederschlägt. Im darauf folgenden Abschnitt (2.2) werden Lohnunterschiede sowie die Entwicklung der Einkommen nach Sektoren dargestellt. Zur Charakterisierung der personellen Einkommenssituation sind allerdings neben der Branchenzugehörigkeit bzw. in engem Zusammenhang mit ihr auch der Wohnort sowie persönliche Merkmale der Beschäftigten wie Alter und Geschlecht von Bedeutung. Eine differenzierte Betrachtung nach Regionen und Gruppen von Beschäftigten soll dazu beitragen, diese Dimensionen der Einkommensverteilung aufzuzeigen (Abschnitte 2.3 und 2.4). Der abschließende Abschnitt dieses Kapitels (2.5) ist einer Untersuchung des Niedriglohnbereichs in Oberösterreich gewidmet.

2.1 Der Einfluss der Wirtschaftsstruktur auf das relative Einkommensniveau in Oberösterreich

Die Einkommenssituation der Beschäftigten ist mit der wirtschaftlichen Struktur verflochten, insbesondere die Gewichtung der einzelnen Branchen und der Industrie im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang spielen diesbezüglich eine wichtige Rolle. Neben der quantitativen

¹¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf unselbständig Erwerbstätige nach dem Labour Force Konzept; Teilzeit umfasst Beschäftigungsverhältnisse bis einschließlich 35 Stunden (Quelle: Mikrozensus 1996, Arbeitskräfteerhebung 2006. Durch die Umstellung der Erhebungsmethodik des Mikrozensus im Jahr 2004 ist ein Vergleich zwischen 1996 und 2006 nur bedingt möglich).

¹²⁾ In der Periode 1998/2006 betrug die jährliche Wachstumsrate der geringfügigen Beschäftigung in Oberösterreich im Durchschnitt 3,5%, in Wien und Burgenland waren es etwas mehr als 6% pro Jahr.

Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Branchen stellt sich auch die Frage nach der Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze. Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sowie die technologische Ausstattung und das Innovationspotenzial der Betriebe sind vor allem in einer längerfristigen Perspektive von entscheidender Bedeutung, um die Produktivität zu steigern. Die Produktivitätsentwicklung ist ihrerseits eine wichtige Voraussetzung für Lohnsteigerungen und somit für die positive Entwicklung der Realeinkommen. Oberösterreich besitzt diesbezüglich angesichts seiner industriellen Prägung und der starken Präsenz von Großbetrieben einen Standortvorteil. In empirischen Studien ist der positive Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Lohnniveau gut dokumentiert (vgl. z. B. *Brown – Medoff, 1989* und *Oi – Idson, 1999*). In Oberösterreich liegt die Beschäftigung in großen Arbeitsstätten höher als im österreichischen Durchschnitt, umgekehrt ist der Anteil an unselbständig Beschäftigten in Kleinst- und Kleinbetrieben in Oberösterreich unterdurchschnittlich (*Biffi – Leoni, 2006; Fritz et al., 2006*). Neben der Beschäftigungsstruktur nach Betriebsgrößenklassen ist vor allem auch der hohe Exportanteil an der Sachgüterproduktion ein Indikator für die starke Präsenz von hoch produktiven und demnach erwartungsgemäß gut entlohnten Arbeitsplätzen. Die oberösterreichische Industrie konnte in der jüngsten Vergangenheit ihre Exportorientierung konsolidieren und teilweise noch stärker ausbauen, was ihre Fähigkeit, die Produktivität zu steigern und in einem sehr kompetitiven Umfeld zu bestehen, unter Beweis stellt.

Die insgesamt hohe Technologieorientierung der oberösterreichischen Wirtschaft weist allerdings eine Diskrepanz zwischen der Sachgüterproduktion und den Dienstleistungsbereichen auf. Der *European Innovation Scoreboard 2003* (*Europäische Kommission, 2003*) lässt im oberösterreichischen Dienstleistungsbereich einen unterdurchschnittlichen Anteil der hochtechnologischen Branchen erkennen, im Bundesländervergleich liegt Oberösterreich an drittletzter Stelle. Dagegen hat Oberösterreich einen im österreichischen und auch europäischen Vergleich hohen Beschäftigungsanteil im mittel- und hochtechnologischen Sachgüterbereich. In der Vergangenheit wurde wiederholt auf den Produktivitätsvorsprung der oberösterreichischen Industrie gegenüber dem österreichischen Durchschnitt hingewiesen (*Palme et al., 1999, Biffi – Leoni, 2006*). Dieser Produktivitätsvorsprung ging im letzten Jahrzehnt zum Teil verloren: 1995 lag die Produktivität pro Kopf (gemessen an der Wertschöpfung pro Erwerbstätigen) in der Sachgütererzeugung in Oberösterreich rund 7% höher als im österreichischen Durchschnitt, 2000 waren es noch 2,3%. Nachdem Oberösterreich in den ersten Jahren des Jahrzehnts auf den österreichischen Durchschnitt zurückgefallen war, entwickelte sich die Produktivität wieder stärker. Die jüngsten Daten aus dem Jahr 2005 zeigen für Oberösterreich erneut einen Vorsprung von 3,9%. Diese Entwicklung kann darauf zurückgeführt werden, dass die Beschäftigung in Oberösterreich in diesem Bereich deutlich stabiler als in Österreich insgesamt war. In Jahren der konjunkturellen Schwäche ist es durch die Unterauslastung zu starken Rückgängen in der Produktivität gekommen, diese konnten im Laufe des konjunkturellen Aufschwungs wieder wettgemacht werden. Die Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungssektor folgte einem ähnlichen Muster. Mitte der neunziger Jahre lag die Produktivität im tertiären Sektor in Oberösterreich knapp 9% unter dem österreichischen Durchschnitt, dieses Niveau

wurde bis zum Ende des Jahrzehnts beibehalten. Nach 2000 entwickelte sich die Produktivität in den oberösterreichischen Dienstleistungen schlechter als in Österreich insgesamt, seit 2003 konnte dieser Trend zwar gestoppt, aber nicht umgekehrt werden. Die jüngsten Daten aus dem Jahr 2005 zeigen in diesem Bereich für Oberösterreich gegenüber Österreich einen Rückstand von 12,6%.

In einem ersten Schritt kann anhand einer Strukturbereinigung gezeigt werden, inwiefern die wirtschaftliche Struktur Oberösterreichs einen Einkommensunterschied gegenüber den restlichen Bundesländern erwarten lässt (Übersicht 2.1). Hierzu wurden der Arbeitskostenerhebung die gesamtösterreichischen Stundenverdienste der einzelnen Branchen (für das Jahr 2004) entnommen. Diese wurden einmal mit der Branchenstruktur der unselbständig Beschäftigten Österreichs ohne Oberösterreich und einmal mit der oberösterreichischen Branchenstruktur gewichtet. Die Bedeutung der einzelnen Branchen innerhalb der Sachgütererzeugung ergibt für Oberösterreich demnach einen Stundenverdienst, der fast genau dem Durchschnitt der restlichen Bundesländer entspricht (-0,1%). Dieses Ergebnis dürfte daraus resultieren, dass in Oberösterreich sowohl einige Branchen mit überdurchschnittlichem Lohnniveau (z. B. Maschinenbau und Fahrzeugbau) als auch einige mit deutlich unterdurchschnittlichem Lohnniveau (z. B. die Nahrungsmittelindustrie und die Herstellung von Möbeln und sonstigen Gütern) stark präsent sind.

Übersicht 2.1: Arbeitskostenvergleich nach Strukturbereinigung¹⁾

Auf Basis der Arbeitskostenerhebung 2004

	Branchenstruktur Österreich ohne Oberösterreich	Oberösterreich	Differenz
	Arbeitskosten je bezahlter Arbeitsstunde in €		In %
Sachgütererzeugung	22,64	22,62	-0,1
Gesamtwirtschaft	20,87	21,27	1,9

Q: Statistik Austria (Arbeitskostenerhebung); Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. Die Arbeitskostenerhebung bezieht sich auf die ÖNACE-Abschnitte C bis F, sowie G bis K und M bis O, der Bereich "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" (Abschnitt L) ist ausgenommen. – ¹⁾ Die Strukturbereinigung erfolgte anhand der Beschäftigtenzahlen nach Wirtschaftsklassen. Der ermittelte Wert für die österreichischen Arbeitskosten weicht geringfügig von dem in der Arbeitskostenerhebung ausgewiesenen ab, da in dieser Erhebungseinheiten mit weniger als 10 unselbständig Beschäftigten nicht in der Stichprobe inkludiert sind. Weiters konnten bei unserer Berechnung die ÖNACE-Abteilungen 16 (Tabakverarbeitung) und 23 (Kokerei und Mineralölverarbeitung) aufgrund gesetzlicher Geheimhaltungsbestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Das große Gewicht der oberösterreichischen Sachgütererzeugung, wo insgesamt im Vergleich zum Dienstleistungsbereich überdurchschnittliche Einkommen erzielt werden, wird hingegen bei einer Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitskosten sichtbar. Hier führt die Zusammensetzung der oberösterreichischen Wirtschaftsstruktur dazu, dass die strukturbereinigten Stundenverdienste höher liegen als im Durchschnitt der restlichen Bundesländer (+1,9%). Dieses Ergebnis muss mit Vorsicht interpretiert werden: Kleine Unternehmen mit weniger als 10

Beschäftigten sind in der Erhebung und somit im Berechnungsergebnis nicht inkludiert. Auch der Bereich der öffentlichen Verwaltung ist aus der Erhebung ausgenommen¹³⁾.

Genauere Informationen zu den oberösterreichischen Einkommen im österreichischen Vergleich können der Statistik der beitragspflichtigen Einkommen des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Statistik der Lohnsteuer des Finanzamtes entnommen werden. Anhand der Hauptverbandsdaten kann gezeigt werden, dass Arbeiter und Angestellte in Oberösterreich ein vergleichsweise hohes Medianeinkommen aufweisen, nur Vorarlberg und Wien stehen in der Einkommenshierarchie weiter oben (Übersicht 2.2). Das Burgenland liegt mit einem Einkommensniveau von 87% des Durchschnitts deutlich hinter den anderen Bundesländern, doch auch in der Steiermark – ebenfalls ein industriestarkes Bundesland – bleiben die Einkommen hinter dem oberösterreichischen Niveau zurück. Die Übersicht veranschaulicht, dass die relative Position Oberösterreichs im Bundesländervergleich in der Periode 1995/2006 weitgehend unverändert blieb, demnach liegen die monatlichen Bruttoeinkommen der OberösterreicherInnen im Median um 2% über dem österreichischen Niveau.

Übersicht 2.2: Einkommensniveaus nach Bundesländern
Auf Basis der Bruttomedianeinkommen¹⁾, Österreich = 100

	1995			2000			2006		
	Insg.	Arb.	Ang.	Insg.	Arb.	Ang.	Insg.	Arb.	Ang.
Wien	105	96	107	104	93	106	104	92	108
Niederösterreich	98	101	95	96	99	95	97	103	95
Burgenland	86	89	87	86	89	86	87	91	86
Steiermark	98	101	95	98	102	94	99	105	95
Kärnten	95	96	94	95	98	94	96	101	94
Oberösterreich	102	104	99	102	105	98	102	108	98
Salzburg	99	99	99	98	98	99	97	99	97
Tirol	97	99	95	96	99	95	96	102	94
Vorarlberg	104	102	109	105	104	110	105	106	110
Österreich	100	100	100	100	100	100	100	100	100

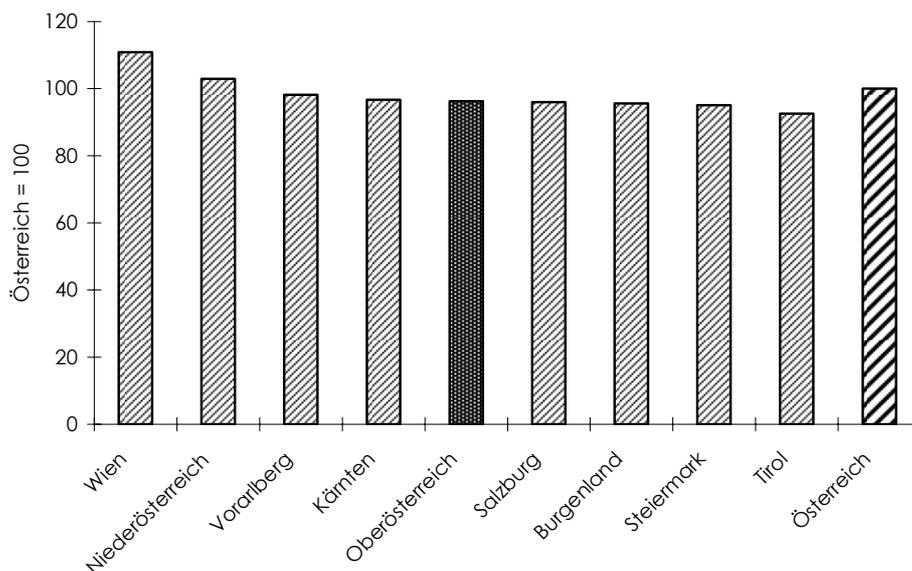
Q: Hauptverband der österreichischen sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Wie die weitere Gliederung nach sozialer Stellung zeigt, nehmen ArbeiterInnen und Angestellte im Einkommensvergleich eine unterschiedliche Position ein. Die oberösterreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter stehen mit einem Medianeinkommen, das fast 8% höher als im nationalen Durchschnitt ist (2006), unter den Bundesländern an erster Stelle. Die Angestellten befinden sich hingegen nach Wien und Vorarlberg an dritter Stelle und liegen insgesamt un-

¹³⁾ Insgesamt repräsentiert die Arbeitskostenerhebung 2004 somit 2,2 Mio. Arbeitnehmer, was etwa zwei Drittel der Gesamtheit entspricht.

ter dem österreichischen Durchschnitt. Die Entwicklung der letzten Jahre scheint dieses Muster leicht verschärft zu haben: Während sich zwischen 1995 und 2006 die relative Position der oberösterreichischen ArbeiterInnen von +4,3% auf +7,5% gegenüber dem österreichischen Schnitt verbesserte, rutschten die Medianeinkommen der Angestellten von 99,1% auf 98,1% des Durchschnitts¹⁴). Dieses Muster spiegelt die Tatsache wider, dass die vergleichsweise hohen Löhne in der oberösterreichischen Industrie vor allem das Niveau der Arbeitereinkommen heben. Im Dienstleistungsbereich, wo die meisten Angestellten angesiedelt sind, erreichen die oberösterreichischen Unternehmen bei der Produktivität nicht die Spitzenwerte der Industriebetriebe, was eine geringe Besetzung im Hochlohnbereich zur Folge hat und sich auch in den Medianeinkommen der Angestellten niederschlägt. Der Befund, dass sich der industrielle Schwerpunkt der oberösterreichischen Wirtschaft besonders günstig auf die Einkommen der ArbeiterInnen auswirkt und weniger auf die Angestellteneinkommen, kann auch anhand der Daten aus der Lohnsteuerstatistik untermauert werden (hiezue siehe Abschnitt 2.3.3).

Abbildung 2.1: Durchschnittliches Bruttoeinkommen nach Bundesland
Ganzjährig beschäftigte ArbeitnehmerInnen 2006



Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer 2006); WIFO-Berechnungen.

¹⁴) Hiezu muss allerdings angemerkt werden, dass die Entwicklung bei den Angestellten, die vor allem im Dienstleistungsbereich einen hohen Anteil der Beschäftigten darstellen, maßgeblich durch die Einkommen der Angestellten in Wien, wo die Einkommen auch infolge der vergleichsweise geringen Teilzeitquote stärker als in den anderen Bundesländern gestiegen sind, beeinflusst wird.

Während sich die Hauptverbandsdaten besonders gut für eine Darstellung der Medianeinkommen eignen, können die durchschnittlichen Einkommenswerte der Statistik der Lohnsteuer entnommen werden¹⁵⁾. Abbildung 2.1 stellt die durchschnittlichen Einkommen aller ArbeitnehmerInnen, die im Jahr 2006 ganzjährig beschäftigt waren, nach Bundesländern dar. Nach Wien weist Niederösterreich die höchsten durchschnittlichen Einkommen aus, was allerdings mit der Tatsache zu tun hat, dass die Lohnsteuerstatistik die Beschäftigten an ihrem Wohnort erfasst und somit den regen Pendlerstrom von Niederösterreich nach Wien mit berücksichtigt. Oberösterreich liegt deutlich unter diesen Werten, es hebt sich aber mit Ausnahme von Tirol auch nicht von den anderen Bundesländern ab. Wien kann durch seine Sonderstellung als einzige Metropole nicht unmittelbar mit den restlichen Bundesländern verglichen werden. Die hohe Konzentration von Firmensitzen sowie die Präsenz von internationalen Konzernen, Behörden und Verwaltungsorganen führen zu einer starken Besetzung im Hochlohnbereich und schlagen sich auf das Durchschnittseinkommen stärker als auf den Median nieder. Auch bei einer Betrachtung ohne Wien liegt Oberösterreich allerdings um knapp 1½ Prozentpunkte unterhalb des österreichischen Durchschnitts. Die Personengruppe der ArbeitnehmerInnen in der Lohnsteuerstatistik umfasst zwar neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte, Vertragsbedienstete und Lehrlinge. Auch eine Einschränkung auf die ersten beiden Gruppen ändert jedoch nichts an dem Ergebnis, dass die durchschnittlichen Einkommen der OberösterreicherInnen im Bundesländervergleich nicht so hoch wie ihre Medianeinkommen sind. Da im Allgemeinen die Gehälter der Angestellten höher liegen als die Löhne der Arbeiter und die Arbeiter zahlenmäßig in Oberösterreich überproportional vertreten sind (im Jahr 2006: 44% aller Beschäftigten gegenüber 40% in Österreich insgesamt), darf diese Tatsache nicht überraschen. Zudem wirkt sich der vergleichsweise geringe Anteil an hoch qualifizierten Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich in Oberösterreich auf den Durchschnittswert der Angestellteinkommen stärker aus als auf den Median.

Die Kombination aus hohem Medianeinkommen und relativ niedrigen Durchschnittseinkommen schlägt sich auch in Form einer geringeren Streuung der Einkommen in Oberösterreich nieder. Übersicht 2.3 veranschaulicht, wie sich die Einkommensverhältnisse in Oberösterreich und Österreich in der Periode 1995/2006 entwickelten. Hierzu wird der Quartilsabstand, ein Maß für den Bereich, in dem die mittleren 50% der Einkommensverteilung streuen, in Prozent des Medianeinkommens ausgedrückt. Im Jahr 1995 betrug der Abstand zwischen den obersten und den untersten 25% der Einkommenspyramide in Oberösterreich 61,6%, in Österreich 63,1%. In den folgenden Jahren entwickelten sich die Einkommen in Oberösterreich zwar tendenziell etwas schneller auseinander als in den restlichen Bundesländern, die Streuung der Einkommen ist jedoch nach wie vor schwächer als in Österreich. Auch die Daten aus der Lohnsteuerstatistik weisen für Oberösterreich eine geringere Streuung aus als in Österreich ins-

¹⁵⁾ Die Statistik der beitragspflichtigen Einkommen vom Hauptverband ist in der Erfassung der Einkommen nach oben hin durch die Höchstbeitragsgrundlage begrenzt.

gesamt¹⁶⁾. Bei einer näheren Betrachtung kann man sehen, dass die Entwicklung nach Sektoren und vor allem nach Geschlecht unterschiedlich stark ausfiel. Die Einkommensungleichheit der Frauen stieg deutlich stärker als jene der Männer, im Dienstleistungsbereich ist der Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Einkommensquartil der Frauen in Oberösterreich nun gleich groß wie in Österreich. Auf diesen Aspekt, der in erster Linie auf die starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist sowie auf die spezifischen Unterschiede nach Sektoren, wird noch in den nächsten Abschnitten in größerem Detail eingegangen.

Übersicht 2.3: Entwicklung des Quartilsabstands¹⁾ der Bemessungsgrundlage 1995 und 2006 nach Sektoren in Oberösterreich und Österreich

In % des Medians bzw. Veränderung 1995 bis 2006 in Prozentpunkten

	Oberösterreich			Insgesamt In %	Österreich	
	Insgesamt	Männer	Frauen		Männer	Frauen
<i>Alle Wirtschaftsklassen</i>						
1995	61,6	51,4	61,3	63,1	55,0	63,4
2006	67,5	55,9	70,4	68,8	59,8	71,3
Veränderung 1995-2006	+ 5,9	+ 4,5	+ 9,0	+ 5,7	+ 4,8	+ 8,0
<i>Sachgüter</i>						
1995	57,3	47,8	46,3	58,5	51,8	50,0
2006	60,2	51,1	54,3	60,5	53,8	59,2
Veränderung 1995-2006	+ 2,9	+ 3,3	+ 8,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 9,2
<i>Bauwesen</i>						
1995	39,4	37,5	66,7	39,4	36,8	70,1
2006	41,0	38,7	74,2	40,3	38,3	73,6
Veränderung 1995-2006	+ 1,6	+ 1,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,5
<i>Dienstleistungen</i>						
1995	67,1	57,8	66,3	69,4	64,1	67,5
2006	70,7	56,8	73,3	72,2	65,8	73,5
Veränderung 1995-2006	+ 3,6	- 1,0	+ 7,1	+ 2,8	+ 1,6	+ 6,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Differenz zwischen den Quartilsgrenzen des 3. und des 1. Einkommensquartils, ausgedrückt in % des Medians.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der industrielle Charakter der oberösterreichischen Wirtschaft in mehreren Hinsichten auf die relative Einkommensposition des Bundeslandes im gesamtösterreichischen Vergleich niederschlägt. Sowohl das hohe Medianeinkommen der OberösterreicherInnen als auch ihr vergleichsweise niedriges Durchschnittseinkommen können vor dem Hintergrund des hohen Beschäftigungsanteils in der Sachgütererzeugung erklärt werden. Die hohen Produktivitätszuwächse in der Exportwirtschaft und die Präsenz von zahlreichen Großbetrieben begünstigen die Einkommensposition

¹⁶⁾ Der Ginikoeffizient auf Basis der Lohnsteuerdaten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen weist für 2006 mit 0,428 für Oberösterreich eine geringere Streuung als für Österreich insgesamt (0,443) auf.

der Industriebeschäftigten. Die hohen Löhne in der Sachgütererzeugung und die dünne Besetzung im Hochlohnbereich des Dienstleistungssektors tragen insgesamt zu einer vergleichsweise gleichmäßigen Einkommensverteilung bei. Geht man von dieser Gesamtbetrachtung auf die Einkommensrelationen zwischen Branchen und Gruppen von Beschäftigten über, kommen allerdings ausgeprägte Einkommensunterschiede zum Vorschein. Diese werden in den folgenden Abschnitten untersucht.

2.2 Einkommensunterschiede und Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen

Österreich ist traditionell durch ausgeprägte intersektorale Lohnunterschiede gekennzeichnet (Pollan, 2001, Guger – Marterbauer, 2005). Rosner (1999) weist darauf hin, dass sich bei Berücksichtigung der Qualifikation und der Funktion der Beschäftigten die Streuung der Löhne zwischen den Branchen merklich reduziert. Doch nicht nur die Heterogenität der Beschäftigten und ihrer Tätigkeiten ist für die beobachtbaren branchenspezifischen Lohnunterschiede verantwortlich: Kapitalintensität, Größe und Marktmacht der Unternehmen sind hierfür von entscheidender Bedeutung. Nicht zuletzt die Struktur der Arbeitsbeziehungen in Österreich, in denen branchenspezifische Lohnverhandlungen eine prominente Rolle spielen, und der in den einzelnen Branchen vorherrschende gewerkschaftliche Organisationsgrad sind ebenso von Relevanz. Eine genaue Untersuchung der Lohnunterschiede zwischen Branchen müsste auf Ebene der kollektivvertraglich vereinbarten Löhne und Gehälter ansetzen. Im Kontext dieser Studie steht allerdings nicht der Lohnsatz, also die Entlohnung pro geleistete Zeiteinheit, sondern in erster Linie das von den Beschäftigten erzielte Einkommen im Mittelpunkt der Darstellung.

2.2.1 Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen

Erwartungsgemäß besteht in Oberösterreich zwischen dem produzierenden Sektor und dem Dienstleistungsbereich ein starkes Einkommensgefälle. Allgemein gilt, dass in fast allen Wirtschaftsklassen im produzierenden Bereich die Medianeinkommen überdurchschnittlich hoch sind (Übersicht 2.4). Ausnahmen sind in dieser Hinsicht die Bereiche der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, der Nahrungsmittelindustrie sowie der Herstellung von Möbeln und anderen Gütern. Das höchste Medianeinkommen¹⁷⁾ wurde 2006 mit Abstand in der Energie- und Wasserversorgung erzielt (3.438 €), eine Branche, die allerdings nur eine geringe Anzahl an Beschäftigten zählt. Im Fahrzeugbau und in der Chemieindustrie, zwei der Kernbereiche des oberösterreichischen Industriesektors, lag das mittlere Einkommen mit 3.154 € bzw. mit 3.174 € ebenfalls weit über dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt von 2.094 €. Unternehmen, in denen

¹⁷⁾ Alle Angaben zu monetären Monateinkommen beziehen sich – in Anlehnung an die Einkommensstatistiken des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger – auf die beitragspflichtigen Einkommen einschließlich Sonderzahlungen. Um auf die Beträge zu schließen, die 14-mal im Jahr ausbezahlt werden, müssen diese Werte mit 12 multipliziert und mit 14 dividiert werden.

Textilien und Bekleidung hergestellt werden, zahlten im Median unter 1.700 € und bildeten somit das Schlusslicht unter den Wirtschaftsklassen, die der Sachgütererzeugung zugeordnet werden. Im Bauwesen lag das Medianeinkommen etwa 10% über jenem der restlichen Branchen. In den meisten Dienstleistungsbranchen schwankten die Einkommen der Beschäftigten inklusive Sonderzahlungen zwischen 1.500 € und 2.000 €. Eine Ausnahme war das Kredit- und Versicherungswesen, die Einkommen der Beschäftigten von Banken und Versicherungen lagen um mehr als ein Drittel über dem Niveau der restlichen Wirtschaftsklassen (2.875 €). Umgekehrt betrug das mittlere Einkommen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen nur knapp 1.300 €, was in diesem Vergleich zwischen Wirtschaftsklassen den geringsten Wert darstellt.

Das Fehlen von zuverlässiger Information zur Arbeitszeit¹⁸⁾ auf Bundeslandebene ermöglicht es nicht, neben dem Einkommen auch einen genaueren Vergleich des Lohnniveaus in den einzelnen Branchen zu erstellen. Anhand von Informationen zur geleisteten Arbeitszeit der unselbständig Beschäftigten, die für Gesamtösterreich aus dem Mikrozensus (Arbeitskräfteerhebung) entnommen wurden, kann lediglich eine approximative Arbeitszeitbereinigung der durchschnittlichen Monatsverdienste in den einzelnen Wirtschaftsklassen durchgeführt werden¹⁹⁾. Hierzu muss implizit die – teils unrealistische – Annahme getroffen werden, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der OberösterreicherInnen in den einzelnen Branchen nicht signifikant vom österreichischen Muster abweicht.

Durch die Bereinigung um die geleistete Arbeitszeit reduziert sich die Streuung der Einkommen nach Branchen, insbesondere der Unterschied zwischen Sachgütererzeugung und Dienstleistungsbereichen nimmt ab. An der relativen Einkommensposition der einzelnen Branchen ändert sich allerdings nur wenig. Größere Abweichungen bestehen einerseits im Falle der Handelsbranchen, wo die Einkommen näher an den Durchschnitt rücken, und in umgekehrter Richtung in der Wirtschaftsklasse "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", wo nach Berücksichtigung der Arbeitszeit das durchschnittliche Einkommen mehr als 10% unter den anderen Branchen liegt, während es sich in der vorherigen Betrachtung nahe am gesamtwirtschaftlichen Median befand.

¹⁸⁾ Es wäre prinzipiell möglich, die im Mikrozensus enthaltenen Angaben zur Arbeitszeit nach Bundesland und Branche auszuwerten. Allerdings würde die geringe Fallzahl auf dieser hoch disaggregierten Ebene den Stichprobenfehler erheblich vergrößern.

¹⁹⁾ Da es sich bei der Arbeitszeitinformation aus dem Mikrozensus um durchschnittliche Werte handelt, wurden zur Arbeitszeitbereinigung die durchschnittlichen Einkommen, und nicht die Medianeinkommen, aus den Hauptverbandsdaten herangezogen. Bei der Berechnung der durchschnittlichen Einkommen gehen allerdings Einkommen, die über der Höchstbeitragsgrundlage liegen, nur mit dem Grenzbetrag in die Berechnung ein. Das führt in Branchen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten, deren Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage liegt, unter Umständen dazu, dass das durchschnittliche Einkommen niedriger als das Medianeinkommen liegt.

Übersicht 2.4: Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen, Österreich und Oberösterreich

Auf Basis der Medianeinkommen¹⁾, Jahr 2006

	Einkommen		Einkommen OÖ
	Österreich	OÖ	Österreich=100
	in €		Index
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	1.285	1.267	99
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.838	2.686	95
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	1.833	1.829	100
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	1.798	1.659	92
Ledererzeugung und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	1.552	1.676	108
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	2.096	2.070	99
Herstellung und Verarbeitung von Papier, Pappe, Verlagswesen, Druck u. Vervielfältigung	2.776	2.811	101
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	2.891	3.174	110
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.343	2.491	106
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	2.536	2.400	95
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.592	2.793	108
Maschinenbau	2.770	2.671	96
Herst. von Büromasch., Datenverarbeitungsger. u. -einricht.; Elektrot., Feinmechanik u. Optik	2.722	2.575	95
Fahrzeugbau	2.711	3.154	116
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielw. u. sonstigen Erzeugnissen; Recycling	1.956	2.003	102
Energie- und Wasserversorgung	3.467	3.438	99
Bauwesen	2.283	2.307	101
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1.817	1.771	97
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.417	1.296	91
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.093	2.126	102
Kredit- und Versicherungswesen	3.036	2.875	95
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbez. DL	1.894	1.924	102
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	2.138	1.993	93
Unterrichtswesen	1.927	1.425	74
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.701	1.692	99
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1.635	1.540	94
Insgesamt	2.057	2.094	102

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen. Die Wirtschaftsklassen "Kokerei und Mineralölverarbeitung", "Private Haushalte" sowie "Exterritoriale Organisationen" wurden aufgrund der sehr geringen Anzahl an Beschäftigten in Oberösterreich von der Darstellung ausgenommen.

Vergleicht man die branchenspezifischen Medianeinkommen Oberösterreichs mit den entsprechenden österreichischen Werten, zeigt sich ein gemischtes Bild. Es überwiegen die Be-

reiche, in denen die oberösterreichischen Einkommen unter dem bundesweiten Niveau liegen, so beispielsweise in den meisten Branchen des tertiären Sektors (z. B. Handel, Kredit- und Versicherungswesen). Sieht man von einigen Spezialfällen ab, wo statistische Effekte zum Tragen kommen dürften (wie das Unterrichtswesen), so ist der Abstand zwischen Oberösterreich und Österreich im Beherbergungs- und Gaststättenwesen am größten (fast $-8\frac{1}{2}\%$). Im Sachgüter erzeugenden Bereich liegen vor allem die Einkommen in der Textilindustrie deutlich unter den Vergleichswerten im restlichen Österreich ($-7,7\%$). Umgekehrt verzeichnen die dynamischen Industriebereiche, die in erheblichem Ausmaß für die Exportleistung der oberösterreichischen Wirtschaft verantwortlich sind, einen klaren Einkommensvorsprung gegenüber den restlichen Bundesländern: Im Fahrzeugbau erzielten die unselbständig Erwerbstätigen in Oberösterreich im Median ein Einkommen, das fast ein Sechstel höher als das ihrer Kollegen in den anderen Bundesländern war. Auch in der Chemieindustrie, in der Herstellung von Metall-erzeugnissen sowie in der Herstellung von Gummi und Kunststoffwaren liegen die Einkommen um 6% bis 10% höher als im österreichischen Durchschnitt. Im Bausektor, der in Oberösterreich ebenfalls eine überproportionale Bedeutung einnimmt, und im Verkehr liegt das Medianeinkommen ebenso wie in der Papierindustrie geringfügig über dem österreichischen Niveau.

Die relative Einkommensposition der einzelnen Branchen ist im Zeitablauf weitgehend konstant geblieben (Übersicht 2.5): Die Wirtschaftsklassen, in denen das Medianeinkommen den gesamtwirtschaftlichen Wert im Jahr 2006 um mindestens 50% überstieg, standen auch im Jahr 1995 an der Spitze der Einkommenshierarchie (Energie- und Wasserversorgung, Chemie, Fahrzeugbau). Papierindustrie, Maschinenbau und Gewinnung von Steinen und Erden konnten ebenfalls ihr hohes Einkommensniveau beibehalten bzw. weiter ausbauen. Im Sachgüter erzeugenden Bereich verzeichnete die Metallindustrie in der Periode 1995/2006 den stärksten Zuwachs, der Vorsprung im medianen Einkommensniveau gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Schnitt stieg hier von +11% auf +33%. Die Beschäftigten im Kredit- und Versicherungswesen konnten ebenfalls ihren Vorsprung gegenüber ArbeitnehmerInnen in anderen Bereichen ausbauen: 1995 betrug der Abstand zum Durchschnitt noch +28%, 2006 waren es +37%.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung weisen ebenfalls einen steigenden Trend auf, in diesen Bereichen stiegen die Medianeinkommen allerdings in der Periode 1995/2006 lediglich von einem unterdurchschnittlichen auf ein durchschnittliches Niveau. In der Wirtschaftsklasse "Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensnahen Dienstleistungen" zeichnet sich ein leichter Aufholprozess ab, das Medianeinkommen stieg zwischen 1995 und 2006 von 88% auf fast 92% des gesamtwirtschaftlichen Werts. Die niedrigsten Einkommen werden nach wie vor im Beherbergungs- und Gaststättenwesen erzielt, wo der Median im letzten beobachteten Jahr 62% des Durchschnitts betrug und seit 1995 eine leicht sinkende Tendenz beobachtet werden kann²⁰⁾. Im Handel fand im untersuchten Zeitraum ein deutlich stärkeres Absinken der erzielten Einkommen statt, der Median ging von 92%

²⁰⁾ Die Werte für das Unterrichtswesen müssen angesichts der starken Schwankungen, die vermutlich auf statistische Verzerrungen zurückzuführen sind, mit Vorbehalt behandelt werden.

auf knapp 85% des durchschnittlichen Niveaus zurück. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass im Handel der Zuwachs an Teilzeitbeschäftigung (und teilweise die Substitution von Vollzeit- mit Teilzeitstellen), der in allen Dienstleistungsbereichen relevant ist, eine besonders wichtige Rolle spielt.

*Übersicht 2.5: Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen, Oberösterreich
Medianeinkommen¹⁾ auf 100 normiert*

	Insgesamt=100		
	1995	Index 2000	2006
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	67,3	56,3	60,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	128,9	129,0	128,3
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	93,1	89,3	87,3
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	68,4	72,4	79,2
Ledererzeugung und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	74,8	73,5	80,0
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	92,8	95,1	98,9
Herstellung und Verarbeitung von Papier, Pappe, Verlagswesen, Druck u. Vervielfältigung	127,5	134,8	134,2
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	149,6	149,2	151,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	106,9	110,9	119,0
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	111,3	112,3	114,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	110,8	126,8	133,4
Maschinenbau	120,1	123,0	127,6
Herst. von Büromasch., Datenverarbeitungsger. u. -einricht.; Elektrot., Feinmechanik u. Optik	101,1	112,9	123,0
Fahrzeugbau	140,4	148,7	150,6
Herst.v.Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielw. u. sonstigen Erzeugnissen; Recycling	89,4	91,9	95,7
Energie- und Wasserversorgung	173,8	160,1	164,2
Bauwesen	108,3	110,2	110,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	92,0	83,8	84,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	64,2	62,7	61,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	94,3	99,8	101,5
Kredit- und Versicherungswesen	128,4	133,3	137,3
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbez. DL	88,3	91,0	91,9
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	99,0	93,3	95,2
Unterrichtswesen	78,2	99,5	68,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	82,1	85,5	80,8
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	75,5	74,4	73,5
Insgesamt	100	100	100

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Statistik Austria (Arbeitskräfteerhebung); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen. Die Wirtschaftsklassen "Kokerei und Mineralölverarbeitung", "Private Haushalte" sowie "Exterritoriale Organisationen" wurden aufgrund der sehr geringen Anzahl an Beschäftigten in Oberösterreich von der Darstellung ausgenommen.

Die intersektoralen Einkommensunterschiede dürften sich in Oberösterreich im Laufe der Zeit vergrößert haben, was an der Streuung der Medianeinkommen zwischen den einzelnen Branchen abzulesen ist. Übersicht 2.6 stellt anhand des Variationskoeffizienten²¹⁾ dar, wie stark das Medianeinkommen nach Branchen in Österreich und Oberösterreich zwischen 1980 und 2006 streute. Durch die Umstellung der Klassifizierung der Wirtschaftsbereiche auf die ÖNACE Nomenklatur, die 1995 durchgeführt wurde, ist ein direkter Vergleich der Werte von 1990 auf 1995 nicht möglich. Dennoch zeigt sich bei der Entwicklung der Medianeinkommen insgesamt ein steigender Trend, der vor allem nach 1995 eine Beschleunigung erfahren hat. Die Höhe der sektoralen Einkommensunterschiede spiegelt neben lohnpolitischen Entwicklungen auch strukturelle Verschiebungen wider. So führte beispielsweise in den neunziger Jahren der Strukturwandel zu einem Beschäftigungsabbau in der Sachgütererzeugung und trug dadurch kurzfristig zu einer Nivellierung der Lohnniveaus bei: Einerseits gewann der Dienstleistungssektor, wo das Lohnniveau stärker dem Durchschnittsniveau entspricht, an Bedeutung; andererseits waren in der Industrie Niedriglohnbranchen am stärksten vom Beschäftigungsabbau betroffen (Guger – Marterbauer, 2004).

Weiters wird die Varianz der Einkommen auch stark von der Arbeitszeit beeinflusst. Um die verzerrende Wirkung der steigenden Teilzeitquote auszuklammern, wird ein besonderes Augenmerk auf die Einkommensunterschiede der männlichen Arbeiter gesetzt. Teilzeitbeschäftigung spielt bei dieser Beschäftigtengruppe nur eine sehr untergeordnete Rolle. Betrachtet man den ungewichteten Variationskoeffizienten, kann man sehen, dass sich die Einkommensunterschiede aller unselbständig Beschäftigten im Zeitverlauf tendenziell vergrößert haben. In Österreich stieg das Streuungsmaß zwischen 1980 und 1990 von 23,4 auf 24,6, zwischen 1995 und 2006 fand ein weiterer Anstieg von 28,7 auf 30,4 statt. In Oberösterreich verlief die Entwicklung gleichmäßiger, dennoch kann vor allem seit 2000 ein stärkeres Auseinandergehen der Einkommen nach Branchen beobachtet werden (von 27,4 auf 28,4). Allerdings müssen die Werte des ungewichteten Variationskoeffizienten mit Vorsicht interpretiert werden. Dadurch dass bei diesem Indikator alle Branchen mit dem gleichen Gewicht in die Berechnung eingehen, können (für Oberösterreich noch stärker als für Österreich insgesamt) einzelne, schwach besetzte Branchen das Gesamtbild verzerren²²⁾.

²¹⁾ Die Varianz als Streuungsmaß wird durch das Niveau des Mittelwerts, um den die Werte einer Menge schwanken, beeinflusst. Der Variationskoeffizient gleicht diesen Niveaueffekt aus, er ist definiert als die relative Standardabweichung, d. h. die Standardabweichung dividiert durch den Mittelwert. Um der unterschiedlichen Größe (Bedeutung) der einzelnen Branchen Rechnung zu tragen, wird zur Bildung eines gewichteten Variationskoeffizienten jede Branche mit ihrem Beschäftigtenanteil gewichtet.

²²⁾ Beispielsweise gab es im Jahr 2000 in den Wirtschaftsklassen "Kokerei- und Mineralölverarbeitung", aber auch im Bereich "Kredit- und Versicherungswesen" in Oberösterreich weniger als 50 männliche Arbeiter.

Übersicht 2.6: Entwicklung der Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen
Auf Basis der Bruttomedianeinkommen

	1980		1990 ¹⁾		1995		2000		2005		2006	
	Ö	oÖ	Ö	oÖ	Ö	oÖ	Ö	oÖ	Ö	oÖ	Ö	oÖ
	Variationskoeffizient ungewichtet											
Unselbständig Beschäftigte	23,4	27,0	24,6	27,0	28,7	27,3	29,4	27,4	30,3	27,9	30,4	28,4
Arbeiter												
Männer	18,7	19,9	20,1	21,9	24,9	26,1	26,7	24,6	28,1	25,7	28,4	25,3
	Variationskoeffizient gewichtet											
Unselbständig Beschäftigte	16,8	21,0	17,3	19,2	18,3	19,1	18,8	21,2	20,0	22,4	19,9	22,7
Arbeiter												
Männer	12,4	14,8	13,4	15,6	14,0	15,7	14,2	16,0	15,7	17,0	15,8	17,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen. 1980 und 1990 wurde der Variationskoeffizient ohne den Bereich Haushaltung und Hauswartung berechnet. Seit 1995 folgt die Gliederung der Wirtschaftstätigkeiten der ÖNACE-Systematik. – ¹⁾ Für Oberösterreich: Jahr 1991.

Der gewichtete Variationskoeffizient dagegen berücksichtigt die Beschäftigtenzahl und somit die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsklassen, wodurch ein genaueres Bild der Einkommensunterschiede ermittelt wird. Dieser Indikator bestätigt, dass die Streuung der Arbeitereinkommen nach Branchen sowohl in Österreich als auch in Oberösterreich deutlich zugenommen hat. Für Österreich insgesamt stieg der gewichtete Variationskoeffizient von 12,4 im Jahr 1980 auf 13,4 im Jahr 1990 an, nach 1995 setzte sich der Trend fort und führte dazu, dass der Koeffizient von 14,0 (1995) auf 15,8 (2006) stieg. In Oberösterreich entwickelten sich die Einkommen der männlichen Arbeiter nach Wirtschaftsklassen ebenfalls besonders nach 1995 verstärkt auseinander.

2.2.2 Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen

Die mittleren Einkommen der ArbeiterInnen und Angestellten wuchsen zwischen 1995 und 2006 in Oberösterreich etwa gleich schnell wie in Österreich. Nominell stiegen die Medianeinkommen in dieser Periode sowohl in Österreich als auch in Oberösterreich um rund ein Viertel. Zieht man von den nominellen Werten die Inflation ab²³⁾ bleiben über alle Sektoren der Wirtschaft knapp 6% an realem Einkommenszuwachs übrig. In Oberösterreich war die Entwicklung im Sachgüterbereich besonders günstig: hier konnten die Beschäftigten ihr nominelles Einkommen jährlich im Schnitt um 3,1% verbessern, im übrigen Österreich waren es pro Jahr nur +2,8% (hiezue siehe Übersicht 2.10 im Abschnitt 2.3.1). Während das monatliche Medianeinkommen der Beschäftigten im Sachgüterbereich 1995 in Oberösterreich und Österreich fast identisch hoch war (1.773 € bzw. 1.775 €), verdienten die OberösterreicherInnen 2006 im Monat etwa 60 € mehr als im übrigen Österreich (2.479 € gegenüber 2.415 €). Im oberösterrei-

²³⁾ Diese Bereinigung erfolgte auf Basis des Konsumdeflators aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

chischen Dienstleistungssektor entwickelten sich die Einkommen dagegen merklich langsamer als in Österreich insgesamt (+1,8% gegenüber +2,1% p. a.). Das mittlere Einkommen der oberösterreichischen Dienstleistungsbeschäftigten, das mit 1.509 € im Jahr 1995 höher als in Österreich lag (1.484 €), fiel somit bis 2006 leicht hinter den österreichischen Vergleichswert zurück (1.833 € gegenüber 1.859 €).

Zwischen den einzelnen Branchen können stärkere Unterschiede beobachtet werden (Übersicht 2.7), diese spiegeln sowohl Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung als auch andere wirtschaftliche Veränderungsprozesse wider (so können beispielsweise Rationalisierungs- und Restrukturierungsprozesse Veränderungen in der Altersstruktur und somit im Lohnniveau der Beschäftigten zur Folge haben). Im Dienstleistungsbereich spielt, wie schon erörtert wurde, vor allem die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung bei der Beurteilung der Einkommensentwicklung eine Rolle. Das dämpfte die Einkommensentwicklung im Handel und erklärt, weshalb in dieser Wirtschaftsklasse das Medianeinkommen inflationsbereinigt in der Periode 1995/2006 um 2,6% sank (in Österreich verlief die Entwicklung mit +2,7% günstiger). Der öffentliche Bereich, in dem der Unterschied zwischen Bundesland und gesamtösterreichischem Durchschnitt besonders markant ist, ist nicht leicht interpretierbar. Ein weiterer Bereich, in dem Oberösterreich deutlich vom österreichischen Durchschnitt abweicht, betrifft die breite Wirtschaftsklasse der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. In Oberösterreich wird dieser Bereich in höherem Maß als im übrigen Österreich von (niedrig qualifizierten) Arbeitsplätzen geprägt, die bei der Auslagerung von Dienstleistungen (wie z. B. Reinigungs- und Sicherheitsdienste) aus den Industriebetrieben entstanden. In diesem Bereich verdienten 2006 die oberösterreichischen Beschäftigten, nach Abzug der Inflation, im Median 10,3% mehr als 1995, während sich die bundesweiten Einkommen in der gleichen Periode um 15,3% erhöhten. Es liegt nahe, dass die schwache Entwicklung in Oberösterreich auf die vergleichsweise geringe Bedeutung von hoch qualifizierten unternehmensnahen Dienstleistungen zurückzuführen ist.

Im Sachgüter erzeugenden Bereich ist der Zusammenhang zwischen Produktivitäts- und Einkommenssteigerung aus den Daten klarer ersichtlich. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass der Strukturwandel und der damit einhergehende Beschäftigungsabbau in einzelnen Branchen zu Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur führte. Das gilt vor allem für die Bereiche der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, wo in Oberösterreich noch stärker als im übrigen Österreich ein Abbau von weiblicher, niedrig qualifizierter Beschäftigung stattfand. Der hohe Realeinkommenszuwachs in diesen Bereichen, der in Oberösterreich zwischen 13% und 23% liegt, spiegelt diese strukturelle Verschiebung wider; es muss davon ausgegangen werden, dass die Einkommen der Beschäftigten, die in diesen Branchen tätig geblieben sind, bei weitem nicht so stark stiegen (der höhere Zuwachs in Oberösterreich gegenüber dem Bundesdurchschnitt ist auf den stärkeren Stellenabbau in diesem Bundesland zurückzuführen). Sieht man von den Branchen ab, die von drastischen Rationalisierungsprozessen betroffen waren, waren die Einkommenszuwächse in der Metallindustrie und im Bereich der Elektrotechnik und Herstellung von technischen Geräten am höchsten.

Übersicht 2.7: Einkommensentwicklung nach Wirtschaftsklassen, Österreich und Oberösterreich

Auf Basis der Medianeinkommen¹⁾, Veränderung 1995/2006

	nominell		real ²⁾	
	Österreich	Oberösterreich	Österreich	Oberösterreich
	Veränderung 1995/2006 in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	8,2	12,5	-8,4	-4,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	23,9	24,6	4,9	5,5
Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken; Tabakverarbeitung	17,6	17,5	-0,5	-0,5
Herstellung von Textilien, Textilwaren und Bekleidung	40,9	45,0	19,3	22,7
Ledererzeugung und -verarbeitung, Herstellung von Schuhen	28,5	34,0	8,8	13,5
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Herstellung von Möbeln)	34,5	33,3	13,9	12,8
Herstellung und Verarbeitung von Papier, Pappe, Verlagswesen, Druck u. Vervielfältigung	31,5	31,8	11,3	11,6
Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen	35,1	26,8	14,4	7,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	32,0	39,3	11,8	18,0
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	30,8	28,9	10,8	9,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	40,1	50,7	18,6	27,6
Maschinenbau	36,1	33,0	15,3	12,6
Herst. von Büromasch., Datenverarbeitungsger. u. -einricht.; Elektrot., Feinmechanik u. Optik	36,6	52,3	15,6	29,0
Fahrzeugbau	29,7	34,3	9,8	13,7
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger., Spielw. u. sonstigen Erzeugnissen; Recycling	29,8	34,0	9,9	13,4
Energie- und Wasserversorgung	26,4	18,3	7,0	0,1
Bauwesen	26,0	27,3	6,7	7,8
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	21,3	15,0	2,7	-2,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	22,0	20,7	3,3	2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	32,5	34,8	12,1	14,1
Kredit- und Versicherungswesen	34,7	33,9	14,0	13,3
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbez. DL	36,2	30,3	15,3	10,3
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	30,4	20,4	10,4	1,9
Unterrichtswesen	54,1	9,0	30,5	-7,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	14,6	23,1	-2,9	4,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	24,1	21,9	5,0	3,2
Insgesamt	24,9	25,2	5,7	6,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen. Die Wirtschaftsklassen "Kokerei und Mineralölverarbeitung", "Private Haushalte" sowie "Exterritoriale Organisationen" wurden aufgrund der sehr geringen Anzahl an Beschäftigten in Oberösterreich von der Darstellung ausgenommen. – ²⁾ Deflationierung auf Basis des Konsumdeflatoren.

In diesen Branchen hebt sich Oberösterreich auch am stärksten von den anderen Bundesländern ab: In Unternehmen die Metallerzeugnisse herstellen stiegen die medianen Einkommen in Oberösterreich zwischen 1995 und 2006 real um 27,6%, in Österreich aber nur um

18,6%; in den Unternehmen, die den Bereichen der Elektrotechnik und der Herstellung von Geräten zugeordnet werden, betrug der Zuwachs in Oberösterreich 29% gegenüber dem gesamtösterreichischen Durchschnitt von 15,6%. Auch im Fahrzeugbau wuchsen die oberösterreichischen Einkommen deutlich schneller als die österreichischen (+13,7% und +9,8%). Einige Kernbereiche des Industrielands Oberösterreich blieben in ihrer Einkommensentwicklung hinter dem übrigen Österreich zurück. Besonders in der Chemieindustrie stiegen die medianen Einkommen in Oberösterreich merklich schwächer als in den restlichen Bundesländern (real +7,4% gegenüber +14,4%). In diesem Bereich liegen die oberösterreichischen Einkommen dennoch nach wie vor auf einem vergleichsweise hohen Niveau (siehe Übersicht 2.4): In Oberösterreich ist das Medianeinkommen in der Chemieindustrie knapp 10% höher als in den restlichen Bundesländern. In Bereichen, in denen weder der technologische Fortschritt noch die Beschäftigungsentwicklung eine entscheidende Rolle spielten, entwickelten sich die Realeinkommen in Oberösterreich und Österreich ähnlicher: Das gilt beispielsweise für den Bau-sektor, wo zwischen 1995 und 2006 die medianen Einkommen in Österreich real um 6,7% und in Oberösterreich um 7,8% stiegen.

Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung wird sowohl von den Einkommenssteigerungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen als auch durch Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur zwischen Branchen geprägt. Wenn Branchen mit einem hohen Einkommensniveau expandieren, wirkt sich das positiv auf das durchschnittliche Einkommen aus, umgekehrt dämpft der Beschäftigungszuwachs in Branchen mit niedrigerem Durchschnittseinkommen das gesamtwirtschaftliche Einkommensniveau. Wie der nachstehenden Übersicht (2.8) zu entnehmen ist, kann die positive Einkommensentwicklung in Oberösterreich und Österreich fast ausschließlich auf die Steigerung der Durchschnittseinkommen in den einzelnen Branchen zurückgeführt werden. Die Beschäftigungsentwicklung wirkte sich kaum, bzw. für Österreich insgesamt negativ auf die Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens aus. Das liegt zum einen an der Tatsache, dass ein großer Anteil der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Beschäftigung Teilzeit war und dass Vollzeitbeschäftigung bestenfalls stagnierte.

Zugleich prägte auch der Abbau an Stellen in den Sachgüter erzeugenden Bereichen, in denen auch arbeitsintensive Branchen ein vergleichsweise hohes Lohnniveau haben, dieses Bild. Der (geringfügig) positive Beitrag des Beschäftigungswachstums zur Entwicklung der durchschnittlichen Einkommen in Oberösterreich kann demnach auf die vergleichsweise gute Beschäftigungssituation in der Industrie zurückgeführt werden. In Österreich wirkte sich insgesamt die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur ungünstig auf das Einkommenswachstum aus. Der Stellenabbau in den Sachgüter erzeugenden Bereichen wurde durch die starke Expansion im Dienstleistungsbereich, in dem viele Arbeitsplätze auf Teilzeitstellen entfielen, nicht kompensiert.

Übersicht 2.8: Zerlegung der Einkommensentwicklung (Shift-Share-Analyse)

	Jahre 1995/2006			
	Oberösterreich		Österreich	
	Beschäftigungseffekt	Einkommenseffekt	Beschäftigungseffekt	Einkommenseffekt
	In €		In €	
Insgesamt	+1,1	+476,4	-27,8	+508,2
Veränderung im durchschnittlichen Einkommen	+477,6		+480,4	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen.

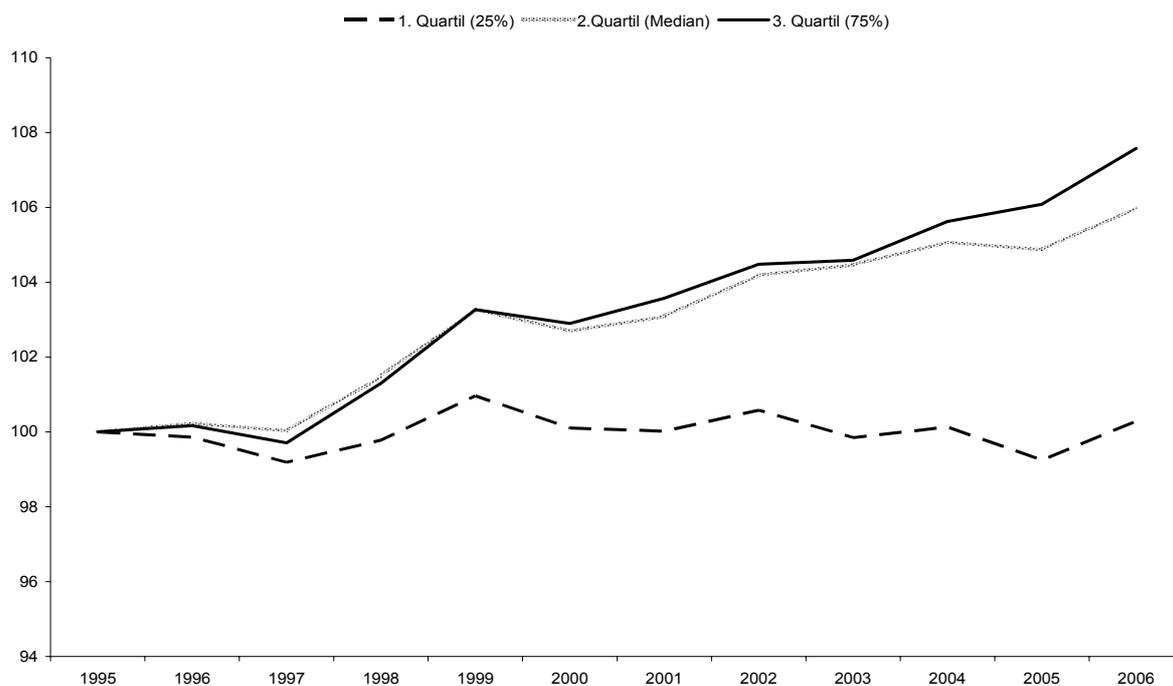
2.3 Unterschiede nach Personengruppen

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen den unselbständig Beschäftigten weitete sich in Oberösterreich seit Mitte der neunziger Jahre noch stärker als in Österreich insgesamt aus. Zu dieser Entwicklung trug vor allem die hohe Dynamik an den Rändern der Verteilung bei. Im Zeitraum 1995/2006 stiegen die Bruttobezüge des 1. Quartils, also der 25% an Beschäftigten mit dem geringsten Einkommen, nominell um 18%, das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 1,6%. Diese Steigerung deckte sich genau mit dem Verlust an Kaufkraft, der, gemessen am Konsumdeflator, in dieser Periode aus der Preissteigerung resultierte. Das reale Einkommen der untersten Einkommensgruppe blieb somit zwischen 1995 und 2006 konstant (siehe Abbildung 2.2). Die unselbständigen Einkommen im obersten Quartil erhöhten sich dagegen in derselben Periode nominell um 27% (d. h. 2,2% p. a.). In einer realen Betrachtung entsprach dieser Zuwachs einer Einkommenssteigerung von 7,6%. Für Österreich insgesamt kann das gleiche Muster beobachtet werden. Allerdings war die Spreizung der Einkommen etwas geringer als in Oberösterreich: Die realen Einkommen des 3. Quartils stiegen im Zeitraum 1995/2006 um 7,5%, jene des 1. Quartils um knapp 1%.

Die starke Ausweitung von Teilzeitarbeit führte zu einer Vermehrung von Beschäftigungsverhältnissen im unteren Einkommensbereich und ist somit ein wichtiger Erklärungsfaktor für die steigende Ungleichheit in der Einkommensverteilung. In Folge der Konzentration von Teilzeitarbeit auf Frauen öffnete sich die Einkommensschere – sowohl in Oberösterreich als auch in den restlichen Bundesländern – bei Frauen stärker als bei Männern. Der Unterschied in der realen Einkommensentwicklung zwischen oberstem und unterstem Quartil vergrößerte sich bei den Frauen im Zeitraum 1995/2006 etwa doppelt so schnell wie bei den Männern. Nichtsdestotrotz kann auch bei der Einkommensentwicklung der Männer, die nur am Rande vom Phänomen der Teilzeitbeschäftigung betroffen sind, ein deutlicher Trend hin zu einer stärkeren Ungleichverteilung beobachtet werden. In Oberösterreich stiegen die realen Bruttoeinkommen der männlichen Beschäftigten im obersten Einkommensquartil zwischen 1995 und 2006 um 10,4%, im untersten Quartil aber nur um 6,2%. Wie schon eingangs erwähnt wurde, werden in erster Linie die Internationalisierung der Wirtschaft und die damit einhergehende Verschiebung des Verhältnisses zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der

technische Fortschritt für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. In den nachfolgenden Abschnitten soll aufgezeigt werden, wie sich jenseits dieses allgemeinen Trends die Einkommensunterschiede nach Beschäftigtengruppen in Oberösterreich darstellen.

Abbildung 2.2: Entwicklung der realen Einkommen nach Quartilen
Oberösterreich, unselbständig Beschäftigte



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. Deflationierung auf Basis des Konsumdeflators aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

2.3.1 Einkommensunterschiede nach Geschlecht und Alter

Oberösterreich befindet sich unter den Bundesländern in der einzigartigen Position, überdurchschnittliche Männereinkommen und gleichzeitig unterdurchschnittliche Fraueneinkommen aufzuweisen (Übersicht 2.9). Das Medianeinkommen der (männlichen) Oberösterreicher lag 2006 3% höher als im Durchschnitt aller Bundesländer. Nur in Vorarlberg verdienten die unselbständig beschäftigten Männer mehr als in Oberösterreich, und zwar um knapp 8%. Wien, wo in der Vergangenheit die Einkommen der Männer höher als in Oberösterreich waren, fiel in jüngsten Jahren, zumindest was das Medianeinkommen der Arbeiter und Angestellten betrifft, hinter Oberösterreich zurück. Die Oberösterreicherinnen liegen dagegen gemäß den Daten aus der Sozialversicherung im Bruttoeinkommen rund 6% unter dem bundesweiten Durchschnitt. Wien, wo allerdings auch die Teilzeitquote der Frauen sehr niedrig ist, liegt bei den Fraueneinkommen an erster Stelle. Nur im Burgenland verdienen die Frauen weniger als

in Oberösterreich, in Niederösterreich, der Steiermark und in Kärnten etwa gleich viel, in Vorarlberg, Salzburg und Tirol verdienen sie im Median merklich mehr als in Oberösterreich. Absolut betrachtet beträgt das Medianeinkommen der Oberösterreicherinnen 1.521 € im Monat, jenes der Männer 2.481 € (2006), der geschlechtsspezifische Unterschied im (nicht um die Arbeitszeit bereinigten) Erwerbseinkommen liegt bei fast 39% (in Österreich: 33%).

Übersicht 2.9: Einkommensniveaus nach Bundesländern

Auf Basis der Bruttomedianeinkommen¹⁾, Österreich = 100

	1995			2000			2006		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Wien	105	105	112	104	102	114	104	101	115
Niederösterreich	98	98	95	96	96	95	97	96	95
Burgenland	86	86	88	86	86	86	87	86	85
Steiermark	98	98	94	98	98	94	99	99	93
Kärnten	95	95	95	95	95	96	96	96	95
Oberösterreich	102	103	96	102	102	96	102	103	94
Salzburg	99	100	100	98	99	99	97	98	97
Tirol	97	97	97	96	96	98	96	97	97
Vorarlberg	104	106	102	105	107	102	105	108	102
Österreich	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Die Geschlechterunterschiede der Einkommen stiegen in der jüngsten Vergangenheit in Oberösterreich auch stärker als im gesamtösterreichischen Durchschnitt (Übersicht 2.10). Der Medianlohn der (männlichen) Oberösterreicher wuchs im Zeitraum 1995 bis 2006 jährlich im Schnitt um 2,2% und somit marginal schneller als in den restlichen Bundesländern (+2,1%). Das Medianeinkommen der Oberösterreicherinnen entwickelte sich aber langsamer als im übrigen Österreich (+1,7% gegenüber +1,9%). In monetären Größen vergrößerte sich der geschlechtsspezifische Unterschied im Medianeinkommen in der untersuchten Periode in Österreich insgesamt um 198 €, in Oberösterreich allerdings um 262 €. Ein Teil dieser Entwicklung ist, wie schon erörtert wurde, auf den starken Zuwachs von Teilzeitbeschäftigung, der in Oberösterreich in den letzten 1½ Jahrzehnten stattgefunden hat, zurückzuführen. Das Einkommenswachstum war zudem in der Sachgütererzeugung, wo hohe Produktivitätssteigerungen erzielt werden konnten, höher als in den Dienstleistungen, was sich angesichts der hohen Männerkonzentration in diesem Bereich ebenfalls negativ auf die relative Einkommensposition der Frauen ausgewirkt hat.

Übersicht 2.10: Medianeinkommen¹⁾ nach Geschlecht und Sektoren, 1995 und 2006
In Euro bzw. durchschnittliche jährliche Veränderung 1995/2006 in %

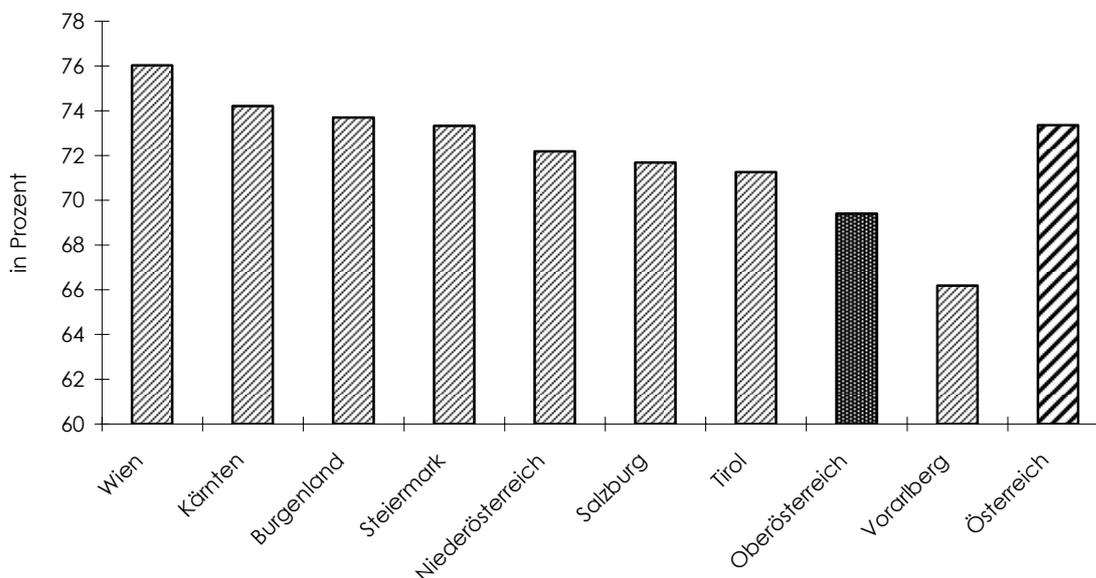
	Oberösterreich			Österreich		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
<i>Alle Wirtschaftsklassen</i>						
1995	1.673	1.955	1.257	1.647	1.905	1.311
2006	2.094	2.481	1.521	2.057	2.404	1.612
Ø 1995/2006	2,1	2,2	1,7	2,0	2,1	1,9
<i>Sachgüter</i>						
1995	1.775	2.001	1.267	1.773	1.993	1.325
2006	2.479	2.775	1.704	2.415	2.681	1.756
Ø 1995/2006	3,1	3,0	2,7	2,8	2,7	2,6
<i>Energie- und Wasserversorgung</i>						
1995	2.907	3.045	1.879	2.744	2.892	1.863
2006	3.438	3.727	2.176	3.467	3.760	2.312
Ø 1995/2006	1,5	1,9	1,3	2,1	2,4	2,0
<i>Bauwesen</i>						
1995	1.812	1.851	1.350	1.812	1.849	1.343
2006	2.307	2.363	1.633	2.283	2.334	1.634
Ø 1995/2006	2,2	2,2	1,7	2,1	2,1	1,8
<i>Dienstleistungen</i>						
1995	1.509	1.851	1.226	1.484	1.762	1.272
2006	1.833	2.256	1.452	1.859	2.209	1.558
Ø 1995/2006	1,8	1,8	1,6	2,1	2,1	1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Doch auch innerhalb des sekundären Sektors konnten Männer in höherem Ausmaß als Frauen von der günstigen Entwicklung in jenen Sektoren profitieren, in denen Oberösterreich gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten seinen komparativen Wettbewerbsvorteil ausgebaut hat (Leoni, 2006). Mit dem vom Strukturwandel der Wirtschaft herbeigeführten Anpassungsprozess verzeichneten die arbeitsintensiven Branchen, die überproportional viele Frauen beschäftigen, seit Mitte der neunziger Jahre den stärksten Stellenabbau. Der Verlust dieser Arbeitsplätze, die gemessen am Durchschnittslohn der Frauen immer noch überdurchschnittliche Einkommen erbrachten, wirkte sich negativ auf die Entwicklung der Fraueneinkommen aus (Fritz et al., 2006). So stiegen die Einkommen der Männer in der Sachgütererzeugung in Österreich im Durchschnitt nur marginal schneller als die Einkommen der Frauen (respektive +2,7% und +2,6% pro Jahr); in Oberösterreich war die Entwicklung bei den Männern (+3,0% p. a.) deutlich günstiger als bei den Frauen (+2,7% p. a.). Im Dienstleistungsbereich betrug der Abstand zwischen den Geschlechtern in Österreich jährlich durchschnittlich 2 Zehntelprozentpunkte, ebenso wie in Oberösterreich.

Abbildung 2.3: Geschlechtsspezifischer Einkommensunterschied der Vollzeit und ganzjährig beschäftigten ArbeitnehmerInnen

Fraueneinkommen in % des Männereinkommens¹⁾, 2006



Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer 2006); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Durchschnittliche Bruttojahresbezüge laut Statistik der Lohnsteuer.

Die Statistik der Lohnsteuer ermöglicht es, zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten ArbeitnehmerInnen zu unterscheiden und somit zumindest teilweise das Problem der fehlenden Arbeitszeitinformation, die für Vergleiche zwischen den Geschlechtern von entscheidender Bedeutung ist, zu umgehen²⁴⁾. Eine Betrachtung der Einkommenssituation jener Personen, die laut Lohnsteuerstatistik 2006 ganzjährig und in Vollzeit beschäftigt waren, bestätigt, dass Oberösterreich auch über den Effekt der Teilzeitbeschäftigung hinausgehend stark ausgeprägte geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede aufweist (Abbildung 2.3). Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen der (ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten) Frauen lag in Österreich 2006 bei 73,4% des entsprechenden Männereinkommens. Die oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen kamen allerdings nur auf durchschnittlich 69,4% der Einkommen ihrer männlichen Kollegen, ein Wert, der nur von den Vorarlbergerinnen unterschritten wurde (66,2%). In Wien hatten Frauen relativ zu den Männern die beste Einkommensposition (76%), auch in Kärnten, Burgenland und Steiermark lagen die Einkommen der Frauen vergleichsweise hoch (respektive 74,2%, 73,7% und 73,3%). Absolut betrachtet betragen die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen der (ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten) Oberösterreicherinnen

²⁴⁾ Eine weitere Gliederung der Statistik ermöglicht es, zwischen Personen, die ganzjährig, und solchen, die nur einen Teil des Jahres beschäftigt waren, zu differenzieren.

2.291 €²⁵⁾, sie lagen damit um 200 € (also 8%) unter dem Durchschnitt aller Bundesländer (2.491 €). Die höchsten Einkommen verzeichneten erwartungsgemäß die Wienerinnen (2.863 €), gefolgt von den Niederösterreicherinnen (2.252 €) und den Kärntnerinnen (2.408 €). Männliche Arbeitnehmer verdienten im Bundesdurchschnitt auf Monatsbasis umgerechnet brutto 3.396 €, in Oberösterreich waren es knapp 3% weniger (3.301 €).

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mit der geschlechtsspezifischen Segmentierung in der Arbeitswelt zusammenhängen, aber darüber hinaus auch durch eine Reihe von gesellschaftlichen Faktoren bedingt werden. Die schlechtere Stellung von Frauen am Arbeitsmarkt ist zum einen dadurch bedingt, dass sie überwiegend in bestimmten Wirtschaftsbranchen, Berufsklassen und Beschäftigungsverhältnissen zu finden sind (*Biffli – Leoni, 2006*). Diese ungleiche Verteilung wird dadurch verschärft, dass Frauen in geringerem Ausmaß als Männer in betriebsinterne Karrierepfade eingebunden sind und somit nicht in der Lage sind, im Laufe ihrer Karriere dieselben (Einkommens-)Positionen wie Männer zu erreichen. Sowohl die Verteilung der Frauen auf Branchen und Berufen als auch ihre Stellung innerhalb der Betriebe ist nicht ein Produkt des Zufalls. Diskriminierung in der Arbeitswelt spielt eine entscheidende Rolle und führt dazu, dass Männer und Frauen mit ähnlichen Eigenschaften sehr unterschiedliche Beschäftigungs- und Einkommenspositionen erreichen. Internationale Untersuchungen haben wiederholt gezeigt, dass nur ein Teil des Gender Gaps in der Entlohnung durch beobachtbare Merkmale wie Qualifikation und Arbeitserfahrung erklärt werden kann (z. B. *Blau, 1998*). *Böheim et al. (2007)* kommen in ihrer Untersuchung für Österreich zu der Schlussfolgerung, dass am österreichischen Arbeitsmarkt Frauen wegen der Diskriminierung etwa ein Siebtel weniger als Männer verdienen (gemessen an den Nettostundenlöhnen) und dass die Benachteiligung von Frauen im Zeitverlauf (1983/1997) nur geringfügig zurückgegangen ist. Hinter dieser Problematik verbergen sich Mechanismen, die zum Teil dem Geschehen am Arbeitsmarkt vorgelagert sind. Hierzu zählt auch die (gesellschaftliche) Rollenzuweisung, die eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Erwerbs- und unbezahlter Haushaltsarbeit zur Folge hat. Die Wahl eines bestimmten Bildungsweges und, zum Teil in Abhängigkeit davon, eines Berufsbilds bzw. eines Beschäftigungsausmaßes (Teilzeit oder Vollzeit), wird vielfach mit Rücksichtnahme auf diese Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern getroffen. *Biffli – Leoni (2006)* haben gezeigt, dass die (traditionellen) Entscheidungs- und Verhaltensmuster, die in großen geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Ausbildung, in der Berufswahl und in der (Vollzeit-)Erwerbsquote Ausdruck finden, in Oberösterreich besonders ausgeprägt sind. Weiters tragen institutionelle Faktoren, wie das Fehlen von adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen, zu den starken geschlechtsspezifischen Differentialen bei, die am oberösterreichischen Arbeitsmarkt beobachtet werden können.

²⁵⁾ Dieser Wert basiert auf einer Umrechnung der in der Statistik der Lohnsteuer ausgewiesenen Bruttojahresbezüge auf 12 Monatsbezüge.

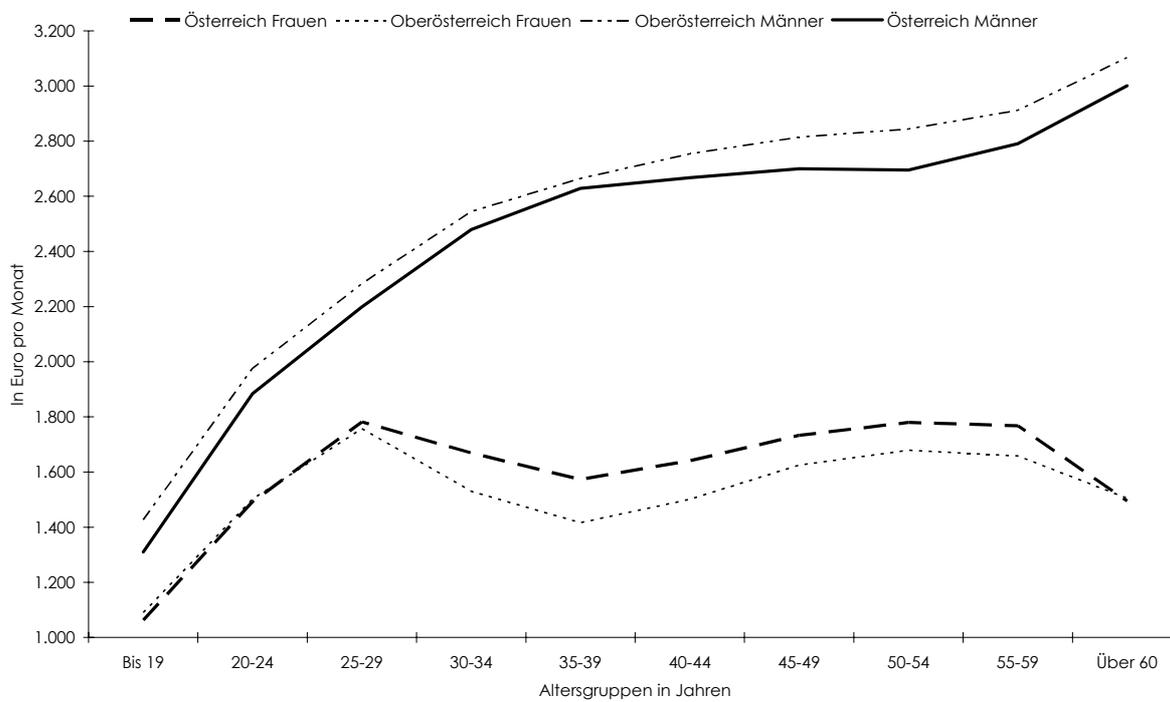
2.3.2 Altersspezifische Einkommensunterschiede

Eine Betrachtung der Einkommen nach Altersgruppen liefert weitere Erklärungsansätze für die geschlechtsspezifische Einkommensposition der Frauen und Männer und unterstreicht zugleich die Bedeutung der Wirtschaftsstruktur für die Einkommensposition der OberösterreicherInnen. Das Medianeinkommen der OberösterreicherInnen liegt in allen Altersgruppen an oder über dem österreichischen Durchschnitt. Der größte Vorsprung besteht, in prozentuellen Werten gemessen, bei den jüngsten Beschäftigten. ArbeitnehmerInnen unter 19 Jahren verdienen 2006 im Median in Oberösterreich um 6% mehr als in Österreich, bei den 20- bis 24-Jährigen waren es rund 5%. Diese Differenz ergibt sich aufgrund der hohen Anzahl an Jugendlichen, die in Oberösterreich nach Abschluss einer Lehrausbildung in Industriebetrieben, wo die Einstiegsgehälter vergleichsweise hoch sind, einen Arbeitsplatz finden²⁶⁾. In den mittleren Altersgruppen gleicht sich die Einkommenskurve der OberösterreicherInnen an den bundesweiten Durchschnitt an, bei den 30- bis 45-Jährigen bestehen im medianen Einkommen zwischen Oberösterreich und Österreich nur geringfügige Unterschiede. Die Über-45-Jährigen weisen in Oberösterreich wiederum überdurchschnittliche Einkommen auf.

Betrachtet man die Hauptverbandsdaten gesondert für Männer und Frauen, kommen weitere Unterschiede zum Vorschein (Abbildung 2.4). Während Männer entlang dem Erwerbslebenszyklus einen kontinuierlich ansteigenden Einkommensverlauf haben, steigen die Medianeinkommen der Frauen nur bei den jungen Arbeitnehmerinnen mit dem Alter an. Im Haupterwerbsalter gehen die Einkommen deutlich zurück, eine Entwicklung, die sich daraus ergibt, dass Frauen in diesem Alter verstärkt familiäre Betreuungspflichten wahrnehmen. Bei den Über-40-Jährigen kommt es wiederum zu einem Anstieg der Medianeinkommen der Frauen, allerdings zeigt die flache Kurve, dass Frauen zu einem späteren Zeitpunkt die Einkommenslücke gegenüber den Männern nicht mehr zu schließen vermögen. Mit dem Wiedereintritt in Vollzeitarbeit ab Mitte 40 verbessert sich die Einkommenslage der Frauen wieder, jedoch können Frauen in Oberösterreich in reiferem Alter (über 45 Jahre) im Schnitt nicht mehr das Einkommensniveau der 25- bis 29-Jährigen erreichen. Die Erwerbsquote der Frauen weist in Österreich ein für andere mittel- und nordeuropäischen Länder typisches Muster in der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf. Der Anteil an Frauen, die (in Vollzeit) beschäftigt sind, hat entlang den Altersgruppen zwei Höhepunkte, die durch eine (mehr oder minder starke) Absenkung der Erwerbsbeteiligung ab dem 30. Lebensjahr getrennt sind (Losa – Origoni, 2005). Daraus ergibt sich für den Verlauf der Einkommen im Lebenszyklus ein M-förmiger Verlauf, der im Falle Oberösterreichs noch stärker ausgeprägt ist als für Österreich insgesamt.

²⁶⁾ Oberösterreich ist durch eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen gekennzeichnet, was ebenfalls mit der oberösterreichischen Wirtschafts- und Bildungsstruktur in Verbindung gebracht werden kann (Biffi – Leoni, 2006).

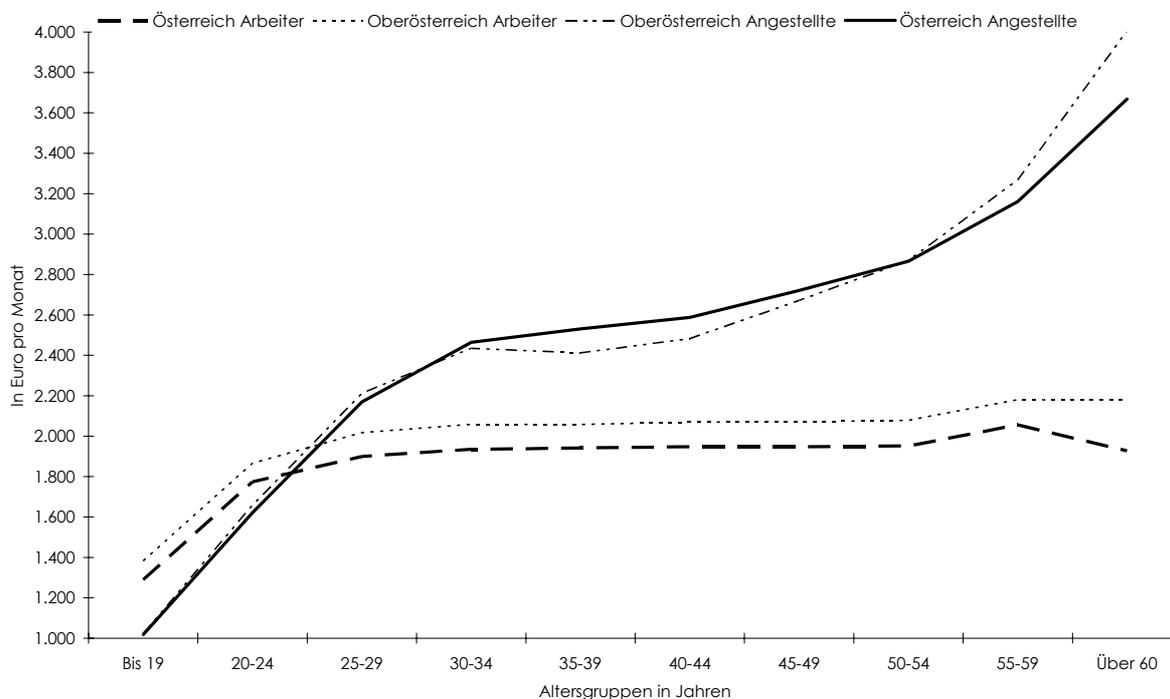
Abbildung 2.4: Medianeinkommen¹⁾ der Frauen und Männer nach Altersgruppen Österreich und Oberösterreich, 2006



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Auch der Vergleich mit den bundesweiten Daten zeigt für Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen ein differenziertes Bild. Die Einkommen der Männer liegen in allen Altersgruppen oberhalb der gesamtösterreichischen Werte. Der Abstand ist bei den jungen (bis 25 Jahre) und bei den älteren (50 bis 60 Jahre) Arbeitern und Angestellten besonders groß. Die Einkommen der Frauen liegen dagegen in den meisten Altersgruppen deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Die jungen Oberösterreicherinnen erwirtschaften Erwerbseinkommen, die dem österreichischen Medianwert entsprechen. Ab der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen öffnet sich zwischen Österreich und Oberösterreich eine Lücke. Der größte Abstand kann in den Altersgruppen der 30- bis 34-Jährigen, 35- bis 39-Jährigen und 40- bis 44-Jährigen beobachtet werden, wo das Bruttomedianeinkommen der Oberösterreicherinnen bis zu 10% unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt. In monetären Werten ausgedrückt entspricht das für die entsprechenden Altersgruppen im monatlichen Bruttoeinkommen einem Rückstand von 140 € bis 160 €. Das hängt zum Teil mit dem vergleichsweise hohen Einkommen der weiblichen Angestellten in Wien zusammen, die den Bundesdurchschnitt nach oben heben.

Abbildung 2.5: Medianes Einkommen¹⁾ der Arbeiter und Angestellten nach Altersgruppen Österreich und Oberösterreich, 2006



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Eine Differenzierung der Hauptverbandsdaten nach sozialrechtlicher Stellung und Alter zeigt auch, dass der Einkommensvorsprung der oberösterreichischen Arbeiter über alle Altersgruppen hinweg besteht (Abbildung 2.5). Bei den Angestellten wirkt sich das starke Absinken der oberösterreichischen Fraueneinkommen im Haupterwerbsalter negativ auf den Gesamtwert aus und führt für die Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren zu Werten, die unter dem österreichischen Median liegen.

2.3.3 Einkommensunterschiede nach sozialrechtlicher Stellung

Weitere Informationen zur Einkommensverteilung nach sozialrechtlicher Stellung können Übersicht 2.11 entnommen werden. Hinsichtlich der Verteilung innerhalb der Berufsgruppen der Arbeiter und Angestellten weicht Oberösterreich kaum vom österreichischen Durchschnitt ab. Die Quartilsabstände der Einkommen waren 2006, auch bei einer Untergliederung nach Geschlecht, in Oberösterreich und Österreich nahezu identisch. Andererseits kann an den absoluten Einkommenswerten abgelesen werden, dass der Abstand zwischen ArbeiterInnen und Angestellten in Oberösterreich deutlich weniger ausgeprägt als in Österreich ist: In Oberösterreich erreichten 2006 Arbeiter und Arbeiterinnen fast 87% des mittleren Einkommens der Angestellten, in Österreich waren es nur 80%. Dieser Befund findet auch bei einer weiteren Un-

tergliederung nach Geschlecht weitgehend Bestätigung. Das monatliche Einkommen der oberösterreichischen Arbeiterinnen betrug rund drei Viertel des Einkommens der weiblichen Angestellten. In Österreich mussten sich die Arbeiterinnen allerdings mit 70% des Medians der Frauen in Angestelltenberufen begnügen. Einzig bei den Männern waren die Einkommensrelationen zwischen Arbeitern und Angestellten in Oberösterreich (68,2%) und Österreich (67,5%) annähernd gleich groß. Diese Einkommensverteilung kann mit der industriellen Prägung der oberösterreichischen Wirtschaft und mit der starken geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarkts in Zusammenhang gebracht werden: Das hohe Lohnniveau der Beschäftigten in der Sachgütererzeugung führt einerseits zu einer vergleichsweise egalitären Einkommensverteilung zwischen Arbeitern und Angestellten. Andererseits ist die geschlechtsspezifische Ungleichheit überdurchschnittlich stark ausgeprägt, weil Frauen nicht in gleichem Ausmaß von den hohen Einkommensniveaus in den (traditionell männlich dominierten) Bereichen der Sachgütererzeugung profitieren können.

Übersicht 2.11: Einkommensverteilung der ArbeiterInnen und Angestellten
Bruttomonatseinkommen¹⁾, 2006

	Österreich					
	Männer	Arbeiter Frauen	Insgesamt	Männer	Angestellte Frauen	Insgesamt
...% verdienen im Monat weniger als ...€						
25%	1.730	935	1.353	2.217	1.252	1.503
50%	2.143	1.325	1.873	3.176	1.857	2.327
75%	2.598	1.697	2.382	4.266	2.593	3.436
Quartilsabstand	1,5	1,8	1,8	1,9	2,1	2,3
	Oberösterreich					
	Männer	Arbeiter Frauen	Insgesamt	Männer	Angestellte Frauen	Insgesamt
...% verdienen im Monat weniger als ...€						
25%	1.850	900	1.439	2.353	1.171	1.449
50%	2.245	1.290	1.982	3.288	1.722	2.282
75%	2.727	1.666	2.507	4.281	2.407	3.401
Quartilsabstand	1,5	1,9	1,7	1,8	2,1	2,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Monatliche Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlungen.

Die Gliederung der Einkommensdaten nach sozialrechtlicher Stellung ermöglicht einen Einblick in die Einkommensposition nach breiten Berufsgruppen. Während die Hauptverbandsstatistik nur die Einkommen der Arbeiter und Angestellten beinhaltet, können anhand der Statistik der Lohnsteuer auch Beamte und Lehrlinge gesondert betrachtet werden. Übersichten 2.12 und 2.13 geben einen Überblick der durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen nach sozialrechtlicher Stellung und Bundesland. Die Aussage, wonach die oberösterrei-

chischen ArbeiterInnen im Bundesländervergleich ein hohes Einkommen aufweisen, die Angestellten allerdings unterdurchschnittlich gut verdienen (siehe Abschnitt 2.1.2), kann anhand dieser Daten präzisiert werden. Mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 1.957 € lagen die oberösterreichischen Angestellten 2006 etwa 3% unter dem österreichischen Durchschnitt (2.019 €). Sieht man von Wien ab, wo die Angestellteneinkommen mit einem Abstand von rund 200 € deutlich höher waren, verdienten auch die Angestellten in Niederösterreich und Vorarlberg besser als in Oberösterreich. Das durchschnittliche ArbeiterInneneinkommen betrug in Oberösterreich 1.483 €, und lag damit um knapp 60 € über dem Durchschnitt. Dieses Gesamtbild ergibt sich allerdings sowohl im Falle der ArbeiterInnen als auch der Angestellten aus der Kombination von hohen Männer- und geringen Fraueneinkommen. Während die männlichen Arbeiter in Oberösterreich durchschnittlich auf ein Nettoeinkommen von 1.730 € kamen, und somit unter den Bundesländern an erster Stelle standen, erreichten die Arbeiterinnen mit 955 € ein Monatseinkommen, das 3% unter dem österreichischen Durchschnitt und im Ranking der Bundesländer nur an 8. Stelle lag. Die relative Einkommensposition der angestellten Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher klappt ebenfalls weit auseinander: 2006 verdienten die männlichen Angestellten in Oberösterreich im Schnitt netto 2.632 €, was fast exakt dem bundesweiten Durchschnitt entsprach; die Frauen in Angestelltenberufen lagen dagegen mit einem Einkommen von 1.395 € unter den Bundesländern (vor Tirol) an vorletzter Stelle und 7,5% unter dem österreichischen Durchschnitt.

Ein nach Geschlecht unterschiedliches Muster ist auch beim Einkommen der Lehrlinge beobachtbar: Wie aus Übersicht 2.13 ersichtlich ist, verdienten zuletzt Lehrlinge in Oberösterreich mit einem Nettoeinkommen von 646 € besser als im bundesweiten Durchschnitt (627 €); nur im Vorarlberg lagen die monatlichen Entschädigungen der Lehrlinge im Durchschnitt höher (661 €). Allerdings hatten die männlichen Lehrlinge in Oberösterreich ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen (704 € gegenüber 677 €), weibliche Lehrlinge nur ein durchschnittliches (527 € gegenüber 525 €). Der beträchtliche Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern – weibliche Lehrlinge erreichten in Oberösterreich im Schnitt nur 75% des Nettoeinkommens der männlichen Lehrlinge – verdeutlicht einmal mehr die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Segmentierung nach Berufen. Der ausgeprägte Gender Gap im Einkommen der Lehrlinge ist besonders bemerkenswert, da Unterschiede in der Arbeitszeit und in der Qualifikation, die typischerweise herangezogen werden, um einen Teil der geschlechtsspezifischen Lohnlücke zu erklären, hier keine Rolle spielen (dürften).

Die Lehre hat als Ausbildungsschiene in Oberösterreich eine überdurchschnittlich große Bedeutung²⁷⁾, allerdings entscheiden sich Mädchen und Burschen in hohem Ausmaß für unterschiedliche Lehrberufe. Dabei folgen sie einem traditionellen Muster, wonach bei Frauen die beliebtesten Lehrberufe haushaltsnahe bzw. in der Haushaltsproduktion verwertbare Berufe

²⁷⁾ In Oberösterreich ist der Anteil der Personen in Lehrausbildung, gemessen an der jugendlichen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, mit 28,6% deutlich höher als im Österreich-Schnitt (24,5%) (Jahr 2004, siehe Biffi – Leoni, 2006).

sind: Neben Einzelhandelskauffrau zählen Friseurin, Köchin, Blumenbinderin und -händlerin, Konditorin sowie verschiedene Fachkräfte im Gastgewerbe zu diesen Berufen. Bei Burschen ist hingegen ein starker Schwerpunkt bei technischen und gewerblichen Berufen erkennbar; die drei häufigsten Lehrberufe sind Kraftfahrzeugtechniker, Elektroinstallationstechniker und Tischler.

Übersicht 2.12: Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung, Arbeiter und Angestellte
Durchschnittliche Nettomonatseinkommen¹⁾ der ganzjährig Beschäftigten in €, 2006

	Arbeiter			Angestellte		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Wien	1.473	1.082	1.322	2.738	1.762	2.205
Niederösterreich	1.660	973	1.436	2.716	1.511	2.067
Burgenland	1.667	959	1.428	2.490	1.446	1.904
Steiermark	1.704	958	1.454	2.554	1.440	1.931
Kärnten	1.650	950	1.403	2.555	1.466	1.953
Oberösterreich	1.730	955	1.483	2.632	1.395	1.957
Salzburg	1.631	992	1.400	2.566	1.428	1.928
Tirol	1.653	961	1.413	2.441	1.368	1.851
Vorarlberg	1.706	975	1.434	2.666	1.404	2.017
Österreich	1.656	984	1.425	2.635	1.509	2.019

Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Jährliche Nettobezüge laut Statistik der Lohnsteuer, aufgeteilt auf 12 Monate.

Übersicht 2.13: Einkommen nach sozialrechtlicher Stellung, Beamte und Lehrlinge
Durchschnittliche Nettomonatseinkommen¹⁾ der ganzjährig Beschäftigten in €, 2006

	Beamte			Lehrlinge		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Wien	2.739	2.314	2.548	600	512	570
Niederösterreich	2.629	2.220	2.465	682	512	630
Burgenland	2.579	2.330	2.507	666	519	628
Steiermark	2.653	2.393	2.555	674	530	627
Kärnten	2.640	2.362	2.538	678	535	630
Oberösterreich	2.656	2.277	2.508	704	527	646
Salzburg	2.677	2.341	2.555	681	518	622
Tirol	2.718	2.265	2.577	684	527	632
Vorarlberg	2.841	2.237	2.646	709	559	661
Österreich	2.674	2.298	2.527	677	525	627

Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Jährliche Nettobezüge laut Statistik der Lohnsteuer, aufgeteilt auf 12 Monate.

Die Beamten sind die einzige Berufsgruppe, wo die Einkommensunterschiede nach Geschlecht, sowohl innerhalb der Berufsgruppe als auch in der relativen Position gegenüber dem österreichischen Durchschnitt, vergleichsweise gering sind (Übersicht 2.13). Sowohl die männlichen Beamten (2.656 €) als auch ihre weiblichen Kolleginnen (2.277 €) verdienen in Oberösterreich 20 € weniger als im Durchschnitt aller Bundesländer. Insgesamt lagen die durchschnittlichen Nettomonatseinkommen der BeamtInnen mit 2.508 € nur knapp unter dem österreichischen Vergleichswert (2.527 €). Die Beamten verzeichnen somit erwartungsgemäß innerhalb ihrer Berufsgruppe vergleichsweise geringe Einkommensunterschiede: Während die Nettoeinkommen der oberösterreichischen Arbeiterinnen (55%) und Angestellten (53%) nur knapp über der Hälfte der Einkommen der entsprechenden männlichen Berufsgruppen lagen, verdienen weibliche Beamte in Oberösterreich im Durchschnitt immerhin fast 86% der Nettoeinkommen der männlichen Beamten.

2.4 Regionale Dimension der Einkommensverteilung (Bezirksebene)

2.4.1 Merkmale der oberösterreichischen Regionalstruktur

Bei der Betrachtung der Einkommensverteilung spielt neben der sektoralen Dimension auch die regionale Komponente eine entscheidende Rolle. Auf Basis einer Einteilung nach Industrie- und Wirtschaftsregionen lassen sich Vergleiche in der regionalen Beschäftigungsstruktur zwischen Oberösterreich und den restlichen Bundesländern ziehen (*Palme et al., 1999*)²⁸). Wie aus Übersicht 2.14 hervorgeht, nimmt Linz mit dem umliegenden Ballungszentrum (Großstadt und Umland) im wirtschaftlichen Geflecht eine große Bedeutung ein. Weiters ist ersichtlich, dass sich die Beschäftigung in Oberösterreich in überdurchschnittlich hohem Ausmaß auf die intensiven Industrieregionen (Gmunden, Kirchdorf, Vöcklabruck und Wels-Land) und die extensiven Industrieregionen (Braunau, Perg, Ried und Steyr-Land) konzentriert²⁹). Diese bilden zusammen den wirtschaftlich starken Zentralraum Oberösterreichs. Die entwicklungschwachen Randgebiete (Freistadt, Rohrbach, Schärding) spielen, gemessen am Beschäftigungsanteil, eine vergleichsweise geringe Rolle.

²⁸) Für die Einteilung nach Regionen ist, aufgrund der grundlegenden Bedeutung der Kapitalbildung für die wirtschaftliche Entwicklung, die Kapitalintensität oberstes Gliederungsprinzip. Weiters wurde auf Basis der Schlüsselvariablen Bevölkerungsdichte, Pendlerintensität und Beschäftigung zwischen Kapitalarten unterschieden. Für eine detaillierte Erklärung der verwendeten Klassifikation siehe *Palme* (1995).

²⁹) Hierbei ist anzumerken, dass sich die extensiven Industrieregionen vor allem hinsichtlich der Betriebsdichte und der Anzahl an Großbetrieben im industriellen Sektor von den intensiven Industrieregionen unterscheiden.

Übersicht 2.14: Unselbständig Beschäftigte – Aufteilung nach Industrieregionen
2005

	Burgen- land	Kärnten	Nieder- öster- reich	Ober- öster- reich	Salzburg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien	Öster- reich
	Anteile in %									
Metropole	–	–	–	–	–	–	–	–	100,0	25,7
Großstädte	–	40,8	–	34,7	46,7	33,8	30,7	–	–	18,7
Umland	–	–	37,2	12,1	20,7	8,1	18,5	–	–	11,9
Mittelstädte	33,9	11,1	25,3	9,8	–	–	–	49,8	–	9,3
Intensive Industrieregionen	–	–	11,0	20,1	6,9	12,7	22,8	50,2	–	11,4
Intensive Tourismusregionen	–	21,6	–	–	23,6	4,4	23,0	–	–	5,4
Extensive Industrieregionen	11,3	15,4	6,8	16,3	–	16,6	–	–	–	7,3
Touristische Randgebiete	14,8	11,1	2,2	–	2,2	6,3	5,1	–	–	2,8
Industrialisierte Randgebiete	40,0	–	9,6	5,8	–	4,6	–	–	–	4,1
Nicht zugeordnet	–	–	7,9	1,2	–	13,4	–	–	–	3,2
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die regionalen Unterschiede in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur spiegeln sich auch in den Kennzahlen der Arbeitsmarktbezirke wider. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass diese regionalen Unterschiede in der jüngsten Vergangenheit leicht rückläufig waren (*Fritz et al.*, 2006). Die Volkszählung aus dem Jahr 2001 zeigte für den Zentralraum um Linz und Wels sowie für die intensiven Industrieregionen die höchste Erwerbsbeteiligung. Hiezu spielte, vor allem für die Städte, die vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Älteren eine Rolle. In den extensiven Industriegebieten und den Randgebieten war zwar infolge der Bildungsstruktur die Erwerbsquote der Jugendlichen höher als im übrigen Bundesland, insgesamt blieb die Erwerbsquote dennoch deutlich hinter dem Durchschnitt zurück, was vor allem auf die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen war. Obwohl die Beschäftigung zwischen 1995 und 2005 in keinem Regionstyp deutlich unterdurchschnittlich gestiegen ist, orten *Fritz et al.* (2006) einen Aufholprozess in den extensiven Industriegebieten und in den industrialisierten Randgebieten. Dieser Prozess wird vor allem von der starken Ausweitung der Frauenbeschäftigung getragen. Die intensiven Industrieregionen und die Mittelstädte Wels und Steyr verzeichneten seit Mitte der neunziger Jahre dagegen die schwächste Beschäftigungsentwicklung. Dieses Muster, das auch in den anderen vergleichbaren österreichischen Regionen beobachtet werden kann, ergab sich auch aus der Tatsache, dass in den Sachgüter erzeugenden Betrieben die Wettbewerbsfähigkeit durch ein starkes Produktivitätswachstum erhalten werden musste und dadurch kaum Raum für eine Steigerung der Beschäftigung übrig geblieben ist. Ein starkes Beschäftigungswachstum wurde in den Umlandbezirken der Groß- und Mittelstädte verzeichnet. Hier führten die Suburbanisierung und die Verlagerung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im tertiären Sektor, die vor allem von Frauen besetzt wurden. Insgesamt dürfte diese Entwicklung zu einem leichten Angleichungsprozess der Erwerbsquoten in den einzelnen Regionen geführt haben.

Übersicht 2.15: Kennzahlen zu den regionalen Arbeitsmärkten 2007

	Insgesamt	Arbeitslosenquote		Frauen	Jugendliche 15-<25 Jahre	Arbeitslose	
		Veränderung gegen das Vorjahr	Männer			Ältere >=50 Jahre	Langzeit- arbeitslose >=1 Jahr
	In %	In Prozent- punkten	In %	In %		Anteile in %	
Braunau	3,9	-0,8	3,6	4,2	20,5	16,7	0,1
Eferding	2,6	-0,5	2,8	2,4	23,1	16,1	1,0
Freistadt	3,4	-0,3	2,8	4,1	21,6	12,3	0,2
Gmunden	3,8	-0,7	3,3	4,5	19,4	19,7	0,0
Grieskirchen	3,1	-0,7	3,1	3,1	22,1	14,4	0,1
Kirchdorf/Krems	3,9	-0,1	3,5	4,3	21,9	14,8	0,2
Linz	3,4	-0,3	3,6	3,2	17,9	16,7	0,1
Perg	3,2	-0,6	2,9	3,5	20,7	14,2	0,5
Ried	3,9	-0,7	3,6	4,1	21,2	14,7	0,4
Rohrbach	3,2	-0,3	3,1	3,3	24,0	13,0	0,4
Schärding	4,5	-0,7	4,4	4,6	18,3	14,2	0,1
Steyr	4,8	-1,0	4,4	5,3	20,1	17,4	0,1
Vöcklabruck	3,6	-0,8	3,1	4,3	23,6	15,0	0,1
Wels	4,2	-0,7	4,3	4,2	19,5	17,1	0,0
Traun	3,5	-0,7	3,6	3,4	19,6	17,5	0,1
Innviertel	3,8	-0,8	3,7	4,0	20,4	15,3	0,2
Linz-Wels	3,6	-0,5	3,8	3,5	18,9	16,9	0,1
Mühlviertel	3,1	-0,4	2,8	3,5	22,1	13,3	0,4
Steyr-Kirchdorf	4,4	-0,9	4,0	4,9	20,7	16,6	0,1
Traunviertel	3,7	-0,7	3,2	4,4	21,7	17,1	0,1
Oberösterreich	3,7	-0,6	3,6	3,9	20,3	16,2	0,1
Österreich	6,2	-0,6	6,4	5,9	15,8	19,3	2,8

Q: AMS, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Arbeitslosenquoten mit ÖIR-Fortschreibung der Berufstätigen.

Auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und der Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit gingen die Unterschiede zwischen den Regionen seit Mitte der neunziger Jahre etwas zurück (Fritz et al., 2006). Dies kann insbesondere auf den überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Steyr zurückgeführt werden, wo zwischen 1995 und 2007 die Arbeitslosenquote von 8,4% auf 4,8% sank (zum Vergleich: in Oberösterreich im gleichen Zeitraum von 4,7% auf 3,7%). Auch einige periphere Gebiete, wie Rohrbach und Perg, verzeichneten in dieser Periode einen deutlichen Rückgang in der Arbeitslosigkeit. Insgesamt zeigen sich trotz dieser Angleichungstendenz regionale Unterschiede in der Arbeitslosigkeit besonders bei der hohen Arbeitslosigkeit in ländlichen Regionen, die weit entfernt vom Zentralraum liegen (z. B. Schärding und Ried) und in den "alten" Industrieregionen, die besonders stark vom Strukturwandel getroffen wurden (z. B. Steyr und Braunau). Unterschiedliche Indikatoren belegen, dass am oberösterreichischen Arbeitsmarkt das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage vergleichsweise gut funktioniert. Das räumliche Auseinanderfallen von Arbeitskräfteangebot und

-nachfrage (der so genannte räumliche Mismatch)³⁰⁾ ist in Oberösterreich geringer als in anderen Bundesländern mit vergleichbarer Größe. Auch die Beveridge-Kurve, die das simultane Auftreten von offenen Stellen und Arbeitslosigkeit auf einem Arbeitsmarkt misst, bestätigt, dass in Oberösterreich die Übereinstimmung zwischen der Struktur des Arbeitskräfteangebots und der -nachfrage besser als im übrigen Österreich ist (Fritz et al., 2006).

Dieses vergleichsweise gute Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt ist zumindest teilweise das Ergebnis einer hohen räumlichen Mobilität, die sich in einer regen Pendelaktivität niederschlägt (Biffi – Leoni, 2005). Die Volkszählung 2001 weist Oberösterreich, nach Wien, als das Bundesland mit der höchsten Quote an bezirksübergreifenden BerufspendlerInnen aus: 30,1% der Erwerbstätigen pendeln zur Arbeit in einen anderen politischen Bezirk des Bundeslandes. Im Mühlviertel, Bezirk Urfahr-Umgebung, beträgt der Anteil der berufsbedingten BezirksauspendlerInnen fast 70% der erwerbstätigen Bevölkerung (Volkszählung 2001). Wie sich in der Folge zeigen wird, führt diese intensive Pendelaktivität in vielen Bezirken zu einer großen Kluft zwischen den Einkommen nach Wohnort und jenem nach Standort des Arbeitsgebers.

2.4.2 Regionale Einkommensverteilung und Einkommensunterschiede

Das regionale Einkommensgefälle ist naturgemäß eine Konsequenz der unterschiedlichen Erwerbsmöglichkeiten in den einzelnen Bezirken. Hohe Einkommen werden in den humankapitalintensiven Wirtschaftsstandorten in und um die Städte und in den Industrieregionen erzielt, während die Einkommen mit steigender Distanz vom Zentralraum abnehmen. Geht man von den (medianen) Einkommen am Betriebsstandort aus, weisen Steyr und Linz deutlich überdurchschnittliche Werte auf. Die intensiven Industriegebiete (Kirchdorf, Vöcklabruck, Gmunden) liegen nahe am oberösterreichischen Durchschnitt bzw. leicht darüber, während in den peripheren Regionen wie Rohrbach und Freistadt nur vergleichsweise geringe Einkommen erwirtschaftet werden. Sieht man von den unmittelbaren Ballungszentren um Linz und Wels ab, ist auch in den Umlandgebieten (Eferding, Urfahr-Umgebung) das Einkommensniveau deutlich geringer als in den anderen Bezirken, eine Folge der Tatsache, dass sich die Beschäftigung in diesen Regionen in hohem Ausmaß auf den Handel und den Dienstleistungsbereich im Allgemeinen konzentriert. In monetären Größen betrug 2006 der Abstand zwischen dem Bezirk mit dem höchsten Medianeinkommen (Steyr-Stadt: 2.587 €) und jenem mit dem geringsten Medianeinkommen (Freistadt: 1.684 €) rund 900 €, also mehr als 50%³¹⁾. Sieht man von Steyr, das im oberösterreichischen Kontext als Ausreißer betrachtet werden kann, ab, dann relativiert sich dieses Bild einigermaßen; dennoch lagen die Medianeinkommen der (unselbständig) Beschäftigten in den einkommensstarken Bezirken (wie z. B. Linz-Stadt und Kirchdorf)

³⁰⁾ Hierzu wird der Anteil der Arbeitslosen gemessen, die unter den Arbeitsmarktbezirken ausgetauscht werden müssen, um eine gleichmäßige Verteilung des Stellenandrangs (die Anzahl der Arbeitslosen pro offener Stelle) herzustellen.

³¹⁾ Es handelt sich hierbei um Bruttomonatswerte inklusive Sonderzahlungen.

um 20% bis 30% über dem Niveau in den einkommensschwachen Bezirken wie Freistadt, Eferding und Rohrbach³²⁾.

Das Pendeln innerhalb des Bundeslandes ermöglicht es vielen OberösterreicherInnen, in benachbarten Regionen ein höheres Einkommen als am Wohnort zu erzielen und führt somit zu einer starken Nivellierung der regionalen Einkommensunterschiede. Dies kann anhand einer Gegenüberstellung der Einkommensstatistiken nach Betriebsstandort und Wohnort gezeigt werden. Die monatlichen Bruttomedianeinkommen nach dem Wohnort weisen eine viel geringere Disparität als jene nach dem Betriebsstandort auf. Die Standardabweichung³³⁾ der Medianeinkommen nach Bezirken, die bei den Einkommen nach Betriebsstandort für 2006 196 € betrug, reduziert sich in einer Betrachtung nach Wohnort um mehr als zwei Drittel auf 61 €. Anders gesagt, führt die Erwerbstätigkeit der Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen außerhalb ihres Wohnbezirks zu einer Umverteilung der hohen Lohnniveaus in den Großstädten und Industrieregionen auf die restlichen Bezirke. Wie Abbildung 2.6 zeigt, profitieren die Einwohner in den Randgebieten und im Umland der Städte am stärksten von Dimechanismus, während in Steyr und – in geringerem Ausmaß – in Linz und Braunau die Einkommen am Wohnort niedriger als am Betriebsstandort sind. In Freistadt, Urfahr-Umgebung und Rohrbach stieg das Medianeinkommen 2006 durch das Pendeln respektive um 390 €, 330 € und 290 €, was gemessen an den Einkommen, die im Bezirk erwirtschaftet wurden, einem Plus von 15% bis 20% entspricht. Umgekehrt lag das Einkommen der Einwohner von Steyr-Stadt etwa 20% unter dem Median des am Standort Steyr erwirtschafteten Einkommens, in Linz betrug die Differenz 6%.

Eine längerfristige Betrachtung der Einkommensentwicklung (siehe Daten im Anhang) führt zur Feststellung, dass die Streuung der Einkommen an den Wirtschaftsstandorten gegenüber der Vergangenheit zugenommen hat. Zwischen 1994 und 2006 stieg der Variationskoeffizient des mittleren Einkommens nach Betriebsstandort von 13,6 auf 19,3, eine Entwicklung, die allerdings differenziert interpretiert werden muss. Ähnlich wie im Fall des Beschäftigungswachstums kann für einige extensiven Industriegebiete und Randregionen auch hinsichtlich des Einkommensniveaus ein Aufholprozess beobachtet werden. Schärding ist der Bezirk, in dem sich das Medianeinkommen nach dem Betriebsstandort am stärksten dem Durchschnitt annäherte, von knapp 83% auf fast 93%. Auch in Braunau, Ried und Grieskirchen reduzierte sich zwischen 1994 und 2006 der Abstand vom oberösterreichischen Medianeinkommen deutlich. Umgekehrt blieben einige einkommensschwache Bezirke allerdings noch stärker hinter den anderen Standorten zurück, was letztendlich die Streuung der Einkommen nach Bezirken erhöhte. Das trifft insbesondere auf Eferding und Rohrbach zu, wo 1994 das Einkommen der Beschäftigten noch 89% bzw. 86% vom oberösterreichischen Median betrug und bis 2006 auf

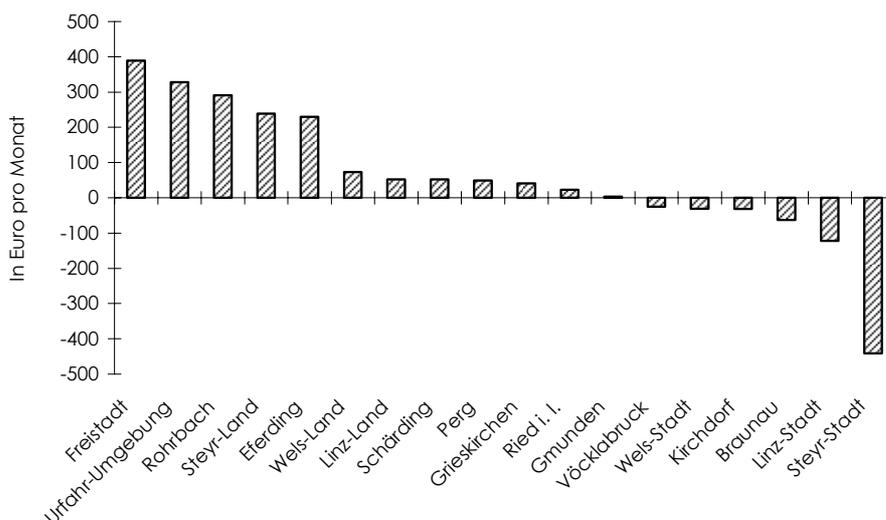
³²⁾ Eine detaillierte Aufstellung der Einkommen kann dem Anhang dieses Berichts entnommen werden.

³³⁾ Die Standardabweichung ist ein grundlegendes Maß für die Streuung der Werte einer Variable um ihren Durchschnitt.

etwa 83% abfiel. In diesen Bezirken zog der Beschäftigungszuwachs kein höheres Lohnniveau mit sich.

Abbildung 2.6: Auswirkung des Pendelns auf die regionale Einkommensverteilung
Bruttomonatseinkommen inklusive Sonderzahlungen, 2006

Differenz zwischen Einkommen am Wohnort und am Betriebsstandort



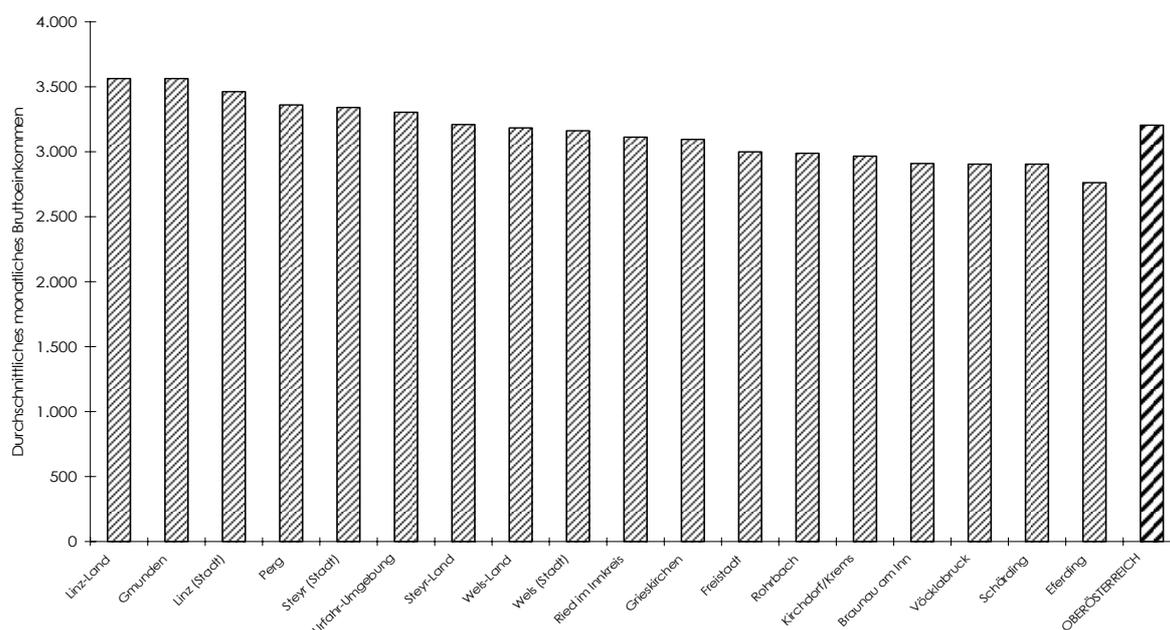
Q: Arbeiterkammer (Beitragsgrundlagenstatistik); WIFO-Berechnungen.

Betrachtet man die Einkommen am Wohnort, also nach Berücksichtigung des Ein- und Auspendelns, kann hinsichtlich der Streuung kein klarer Trend festgestellt werden. Der Variationskoeffizient des mittleren Einkommens liegt nach einigen Schwankungen in den jüngsten Jahren wieder auf dem Niveau von Mitte der neunziger Jahre; er ist wesentlich geringer als bei den Einkommen nach Betriebsstandort (2006: 1,8). Die meisten Bezirke weisen nur eine vergleichsweise geringe Abweichung vom oberösterreichischen Wert auf. Eferding ist auch in dieser Betrachtung der Bezirk mit der stärksten negativen Entwicklung; zwischen 1994 und 2006 fiel das Medianeinkommen der Einwohner von 100,4% auf 94,4% des oberösterreichischen Wertes. Schärding verzeichnete dagegen den stärksten Aufholprozess, von 91,5% auf 95,5%. Die Bedeutung des Erwerbspendelns als überregionaler Ausgleichsmechanismus am Arbeitsmarkt ist über die gesamte Periode größtenteils unverändert geblieben. So lag in Freistadt das Medianeinkommen der Einwohner über die gesamte Periode 1994/2006 um 18% bis 20% höher als das Einkommen der Beschäftigten im Bezirk; in Urfahr-Umgebung betrug diese Differenz zwischen 14% und 16%.

Regionale Auswertungen aus der Statistik der Lohnsteuer ermöglichen es, neben dem Median auch das durchschnittliche Einkommen zu untersuchen und somit in höherem Ausmaß

die Werte zu berücksichtigen, die über der Höchstbeitragsgrundlage liegen³⁴). Erwartungsgemäß zeigt diese Statistik ein stärkeres Einkommensgefälle zwischen den Bezirken, die Standardabweichung des Durchschnittseinkommens lag 2006 mit 255 € deutlich über dem entsprechenden Maß für das Medianeinkommen (196 €). Weiters kann festgestellt werden, dass sich die relative Positionierung der einzelnen Bezirke bei der Betrachtungsweise nach Durchschnittseinkommen zum Teil deutlich verschiebt. Die Einwohner des Bezirks Linz-Land erzielten mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von knapp 3.150 € im Jahr 2006 das höchste Einkommen, sie lagen damit rund 22% über dem oberösterreichischen Durchschnitt (2.573 €). Auch in Linz-Stadt und in den unmittelbar benachbarten Regionen (Linz-Land, Perg, Urfahr-Umgebung) lag das Einkommensniveau deutlich über dem Durchschnitt, allerdings verzeichnete Gmunden mit 2.873 € ein noch höheres Durchschnittseinkommen und nahm somit hinter Linz-Land die zweite Stelle unter den Bezirken ein. Eferding (2.167 €) und Schär- ding (2.204 €) waren dagegen vom niedrigsten Einkommensniveau im Bundesland gekennzeichnet, die Einkommen lagen in diesen Bezirken 16% bzw. 14% unter dem Durchschnitt. Kirchdorf, Braunau und Vöcklabruck erreichten ebenfalls weniger als 90% des Durchschnitts- einkommens.

Abbildung 2.7: Einkommen der ganzjährig beschäftigten männlichen Arbeitnehmer 2006

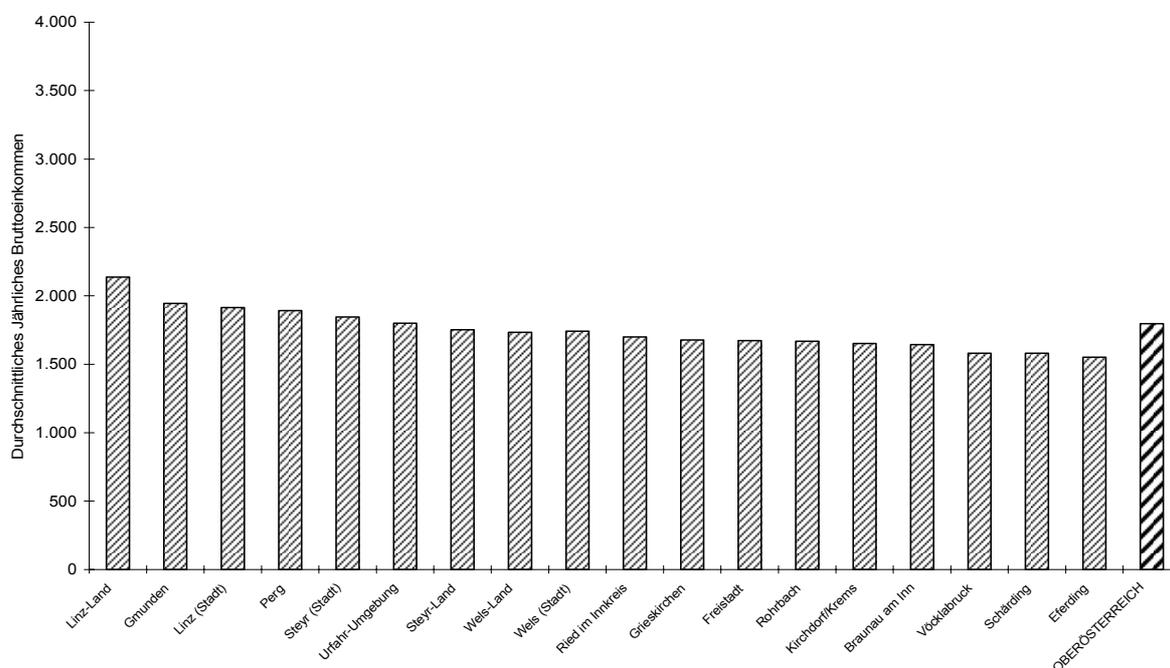


Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer); WIFO-Berechnungen.

³⁴) Eine weitere Unterscheidung zwischen den beiden Datenquellen betrifft den erfassten Personenkreis: Während sich die Daten aus der Beitragsgrundlagenstatistik auf Arbeiter und Angestellte beschränken, sind in den Auswertungen aus der Lohnsteuerstatistik alle ArbeitnehmerInnen inkludiert.

Die Abbildungen 2.7 und 2.8 veranschaulichen, dass in allen oberösterreichischen Regionen ein ausgeprägtes geschlechtsspezifisches Einkommensgefälle besteht. Das Verhältnis zwischen den Monatseinkommen der Frauen und der Männer ist in allen Bezirken annähernd gleich, Frauen verdienen im Monat je nach Bezirk zwischen 54% und 56% der Männereinkommen. Die einzige Ausnahme bildet in diesem Sinn der städtische Bezirk von Linz: hier erreichten 2006 die Frauen im Durchschnitt 60% des Männereinkommens. Das Ausscheren von Linz gegenüber den restlichen Bezirken kann zum einen darauf zurückgeführt werden, dass hoch qualifizierte Arbeitsplätze in Großstädten im tertiären Sektor für Frauen vergleichsweise gute Karrierechancen bieten. Weiters ist der Anteil an vollzeitbeschäftigten Frauen in Großstädten typischerweise höher als im ländlichen Bereich und in kleineren urbanen Zentren. Eine Auswertung der Lohnsteuerstatistik unter ausschließlicher Berücksichtigung der ArbeitnehmerInnen, die Vollzeit beschäftigt waren, zeigt eine deutliche Reduktion des Vorsprungs von Linz gegenüber den anderen Bezirken. Bei einer Betrachtung der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten ArbeitnehmerInnen erreichen Frauen im oberösterreichischen Durchschnitt nicht ganz 70% der Männereinkommen. Linz-Stadt weist mit einem Wert von 71,9% den kleinsten geschlechtsspezifischen Unterschied aus, der Abstand zu anderen städtischen Bezirken wie Wels (71,2%) aber auch zu nicht urbanen Bezirken wie Schärding (71,4%), Braunau (71,1%) und Ried (70,7%) ist allerdings vernachlässigbar.

Abbildung 2.8: Einkommen der ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmerinnen 2006



Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer); WIFO-Berechnungen.

2.5 Die Bedeutung von Niedriglohnbeschäftigung in Oberösterreich

2.5.1 Abgrenzungsprobleme und internationale Anhaltspunkte

Aussagen zum Umfang der Niedriglohnbeschäftigung hängen in hohem Maße von der verwendeten Definition, von der Datenquelle und dem Einschluss oder Ausschluss bestimmter Gruppen von Erwerbstätigen ab (Kalina – Weinkopf, 2006). In seiner engeren Definition betrifft das Thema Niedriglohnbeschäftigung jene Arbeitsplätze, die nur einen geringen Stundenlohn zahlen und somit auch im Falle von Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen sichern, das nahe am Existenzminimum liegt. Es gibt keinen eindeutigen Konsens hinsichtlich der Höhe des Stundenlohns, der diesbezüglich ausschlaggebend ist (Guger – Leoni, 2006): Die derzeit am weitesten verbreitete Abgrenzung, die auch von der EU-Kommission verwendet wird, bezieht sich bei Niedriglohnjobs auf Bruttostundenlöhne, die weniger als zwei Drittel des Medians (aller Beschäftigten) betragen (European Commission, 2004). Es mangelt aber nicht an alternativen Definitionen, beispielsweise die Indikatoren der OECD, die den Niedriglohnsektor anhand von Löhnen abgrenzen, die unter 50% bzw. 67% vom Niveau liegen, das vom "average production worker"³⁵⁾ erreicht wird. In einem weiteren Sinn kann der Niedriglohnbereich auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden, die – ungeachtet der geleisteten Arbeitszeit – ein niedriges Einkommen erzielen. Eine gemeinsame Studie von EUROSTAT und der Abteilung für Forschung und Statistik des französischen Ministeriums für Beschäftigung und Solidarität (DARES) aus dem Jahr 2000 setzte hierzu die Grenze bei 60% des medianen Monatslohns an³⁶⁾.

Die beiden Bereiche (also Niedriglohnbereich und geringer Einkommensbereich) weisen sowohl bei den Arbeitsplätzen als bei den Personengruppen, die diese belegen, starke Überschneidungen auf. Es überrascht nicht, dass in allen EU-Ländern Beschäftigte mit einem geringen Einkommen eine starke Konzentration auf Teilzeitbeschäftigung aufweisen (Marlier – Ponthieux, 2000). Eine Berücksichtigung der Arbeitszeit zeigt allerdings auch, dass in vielen Fällen Teilzeitstellen zu den Arbeitsplätzen mit den geringsten Stundenlöhnen zählen. Anders gesagt, würden viele der Tätigkeiten, die geringfügig oder in Teilzeit ausgeübt werden, auch im Falle von Vollzeitbeschäftigung nur ein niedriges Einkommen erzielen. Das liegt an der Tatsache, dass Teilzeitbeschäftigung überproportional oft im Dienstleistungsbereich und bei gering qualifizierten Beschäftigten zu finden ist. Beschäftigte, die eine Teilzeitstelle haben, sind dementsprechend selten(er) im betriebsinternen Karrierepfad eingebunden, sie haben weniger Möglichkeiten, sich am Arbeitsplatz weiter zu qualifizieren und haben in der Folge flachere Lohnsteigerungskurven als Vollzeitbeschäftigte. Sieht man von Teilzeitbeschäftigung ab, bestehen hinsichtlich der Merkmale von Niedriglohnbeschäftigung auch im internationalen Vergleich zahlreiche Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten betreffen sowohl die

³⁵⁾ Es handelt sich um das durchschnittliche jährliche Einkommen von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitern im produzierenden Bereich (Division 3 der ISIC Nomenklatur), Überstunden und Sonderzahlungen sind inkludiert.

³⁶⁾ Allerdings wurden bei dieser Studie nur Beschäftigungsverhältnisse untersucht, die eine Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden umfassten (siehe Marlier – Ponthieux, 2000).

Merkmale der Arbeitsplätze, die eine hohe Niedriglohnwahrscheinlichkeit haben, als auch die Charakteristika der Beschäftigten, die diese Arbeitsplätze belegen:

- Gering entlohnte Jobs sind in Landwirtschaft, Gaststätten- und Beherbergungswesen, Handel und personenbezogenen Dienstleistungen um ein Vielfaches häufiger als in den anderen Wirtschaftsbranchen; *Salverda et al.* (2001) haben festgestellt, dass diese Auflistung der Niedriglohnbranchen nicht nur für Europa, sondern auch für die USA Gültigkeit hat.
- Befristete Arbeitsverhältnisse sind überproportional oft im Niedriglohnbereich angesiedelt: Im Jahr 2001 war in der EU die Wahrscheinlichkeit von Niedriglohnbeschäftigung bei befristeten Arbeitsverhältnissen rund 3-mal so hoch wie bei unbefristeten Arbeitsstellen.
- Geringqualifizierte haben die höchste Wahrscheinlichkeit, einer niedrig entlohnten Tätigkeit nachzugehen bzw. ein geringes Einkommen zu erzielen. Auch bei Personen mit mittlerer und hoher Qualifikation sind Niedriglohnbeschäftigte zu finden – allerdings handelt es sich in diesen Fällen öfter um Übergangsphasen in der Erwerbskarriere³⁷⁾.
- Frauen üben um ein Vielfaches öfter als Männer eine niedrig entlohnte Tätigkeit aus; Österreich gehört zusammen mit Großbritannien und Niederlande zu den Ländern, in denen der geschlechtsspezifische Unterschied besonders stark ausgeprägt ist (*Marlier – Ponthieux, 2000*).
- Jugendliche (unter 25 Jahre) weisen ebenfalls einen sehr hohen Anteil an Niedrigentlohn auf (*European Commission, 2004*); auch andere Personengruppen, die sich in einer Phase der beruflichen Eingliederung bzw. Wiedereingliederung befinden, müssen oft ihre Arbeitskraft für eine geringe Entlohnung anbieten.

In Österreich dürfte der Anteil an Arbeitsplätzen mit einem niedrigen Lohnniveau (gemessen an den Stundenlöhnen) im EU-Vergleich unterdurchschnittlich sein. Auswertungen der Europäischen Kommission anhand des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) zeigen für das Jahr 2000 für Österreich eine Quote von 11%, der Durchschnitt (von 13 der 15 "alten" Mitgliedsstaaten)³⁸⁾ lag zu diesem Zeitpunkt bei 15%. Großbritannien hatte mit fast 20% den größten Niedriglohnsektor in der EU, gefolgt von Irland und Niederlande³⁹⁾. Angesichts der Tatsache, dass jede Definition von Niedriglohnbeschäftigung in einem gewissen Ausmaß arbiträr ist, die-

³⁷⁾ Zwischen den einzelnen Ländern bestehen zum Teil ausgeprägte Unterschiede in der Qualifikationsstruktur von Niedriglohnbeschäftigung. Die Entwicklung der jüngsten Jahre hat beispielsweise dazu geführt, dass Deutschland einen sehr hohen Anteil an formal qualifizierten Beschäftigten in Niedriglohnbeschäftigung aufweist: "Im internationalen Vergleich ist weiterhin auffällig, dass in Deutschland ein hoher Anteil der Niedriglohnbeschäftigten nicht aus dem Kreis der gering Qualifizierten stammt. Rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss" (*Kalina – Weinkopf, 2006*).

³⁸⁾ In der Auswertung fehlen Daten für Schweden und Luxemburg.

³⁹⁾ Hier: weniger als zwei Drittel des medianen Bruttostundenlohns, wobei nur Beschäftigte mit einer Arbeitszeit von mehr als 15 Wochenstunden berücksichtigt werden.

nen diese Werte vor allem dazu, das Phänomen der Niedriglohnbeschäftigung ansatzweise zu quantifizieren. Von größerer Aussagekraft sind Vergleiche über einen längeren Zeitraum, auch diesbezüglich müssen allerdings die wenigen verfügbaren Studienergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden. Die Untersuchungen der EU-Kommission ergaben für die Periode zwischen 1995 und 2000 im EU-Durchschnitt eine weitgehend konstante Niedriglohnquote von etwa 15% (*European Commission, 2004*). Hinter diesem Durchschnittswert konnten je nach Land unterschiedliche Trends festgehalten werden. Österreich zählt zu den Ländern, die in der Beobachtungsperiode einen deutlichen Rückgang der Niedriglohnbeschäftigung verzeichneten (von 13,9% im Jahr 1996 auf 11,2% im Jahr 2000); in Portugal und Spanien war dieser Rückgang noch stärker. Niederlande und Deutschland hatten dagegen den stärksten Zuwachs an niedrig entlohnten Arbeitsplätzen. Für Deutschland belegen auch andere Datenquellen einen starken Trend hin zu mehr Niedriglohnbeschäftigung: *Kalina – Weinkopf, 2006*) stellen fest, dass der Niedriglohnanteil seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich gestiegen ist und dass inzwischen das Ausmaß des Niedriglohnsektors in Deutschland nahe an den Werten für Großbritannien liegt.

Von großer Bedeutung ist weiters die Fragestellung, inwiefern niedrig entlohnte Beschäftigte es schaffen, im Laufe ihrer Erwerbskarriere besser entlohnte Positionen zu erreichen und somit den Niedriglohnbereich wieder zu verlassen⁴⁰). Österreich weist hier im europäischen Vergleich in der kurzen Frist eine geringe Mobilität auf; längerfristig (d. h. bei einem Zeitintervall von mehr als 5 Jahren) ist der Anteil an Personen, die es schaffen, einen besser entlohnten Status zu erreichen, hingegen hoch (*European Commission, 2004*). Dieses Muster wird in entscheidendem Ausmaß von der Senioritätsentlohnung in Österreich geprägt, die zu einem starken Anstieg der Löhne im Laufe der Erwerbskarriere führt. Das dürfte zur Folge haben, dass in Österreich stärker als in anderen Ländern die Wahrscheinlichkeit, eine niedrig entlohnte Tätigkeit auszuführen mit zunehmender Berufserfahrung sinkt.

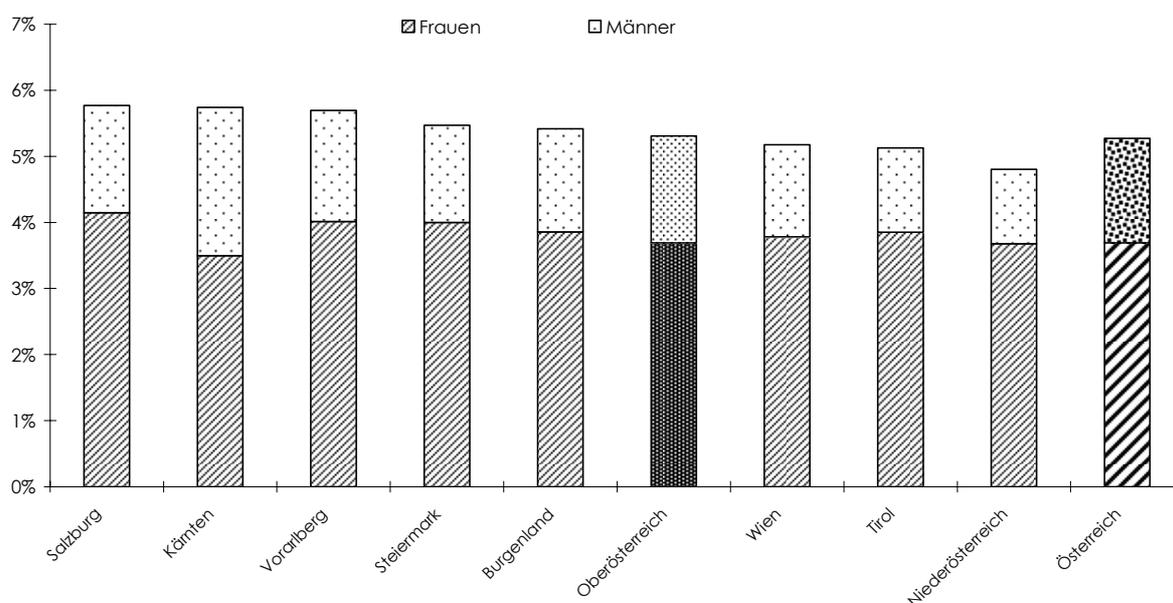
2.5.2 Niedriglohnbeschäftigung in Oberösterreich

Wie eingangs gezeigt wurde, steht bei der Untersuchung von Niedriglohnbeschäftigung theoretisch eine Vielzahl von möglichen Definitionen zur Wahl. In der Praxis hängt die Abgrenzung des Niedriglohnbereichs sehr stark von der Verfügbarkeit von entsprechendem Datenmaterial ab. Die öffentlich zugänglichen Statistiken der Lohnsteuer und der beitragspflichtigen Arbeitseinkommen, auf die sich die vorliegende Studie stützt, ermöglichen keinen Rückschluss auf den Beschäftigungsanteil im Niedriglohnbereich auf regionaler Ebene. Als Auskunftsbasis wird deshalb eine Sonderauswertung herangezogen, die von Statistik Austria im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich durchgeführt wurde. Bei den Auswertungen der Lohnsteuerstatistik wurden die Einkommen der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten Arbei-

⁴⁰) Das Fehlen von Aufwärtsmobilität kann als wichtiger Indikator für eine qualitative Definition von Niedriglohnbeschäftigung gewertet werden (*Bernstein – Hartmann, 1999*).

terInnen und Angestellten ermittelt, die 2006 unter der Bruttolohn- bzw. Bruttogehaltshöhe von 1.167 € im Monat (also 1.000 € 14-mal im Jahr) lagen. Dieser Wert entspricht dem Mindestlohn, der auf Veranlassung der Sozialpartner in allen kollektivvertraglich organisierten Branchen der Wirtschaft eingeführt werden soll. Dieser Wert entsprach im Jahr 2006 knapp 57% des österreichischen Medianeinkommens (bzw. knapp 56% des oberösterreichischen Medianeinkommens). Setzt man den Monatslohn von 1.000 € mit dem durchschnittlichen Einkommen der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten ArbeitnehmerInnen in Beziehung, erhält man einen Wert von knapp 38% (für Oberösterreich: 39%). Angesichts dieser engen Definition des Niedriglohnbereichs ist es nicht überraschend, dass die berechneten Anteile vergleichsweise niedrig ausfallen (v. a. wenn man sie mit den EU-weiten Statistiken, die sich auf 60% des medianen Bruttostundenlohns stützen, vergleicht).

Abbildung 2.9: Anteil der Niedriglohnbeschäftigung nach Bundesland und Geschlecht 2006



Q: Sonderauswertung Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer 2006); Arbeiterkammer Oberösterreich; WIFO.

Abbildung 2.9 zeigt, dass im Jahr 2006 österreichweit 5,3% der in Vollzeit Beschäftigten monatlich weniger als 1.167 € verdienen; das waren 86.600 Personen. Niederösterreich war mit einem Anteil von 4,8% das einzige Bundesland, das einen deutlich geringeren Wert auswies, Oberösterreich lag mit 5,3% genau im bundesweiten Durchschnitt und knapp über Tirol (5,1%) und Wien (5,2%). In Salzburg (5,8%), Kärnten und Vorarlberg (jeweils 5,7%) war der Anteil an Niedriglohnbeschäftigten überdurchschnittlich hoch. Allen Bundesländern gemeinsam ist die Tatsache, dass Frauen viel öfter als Männer mit ihrem Einkommen unterhalb des neuen Mindestlohniveaus lagen. Die Frauenquote an den NiedriglohnbezieherInnen lag über alle Bun-

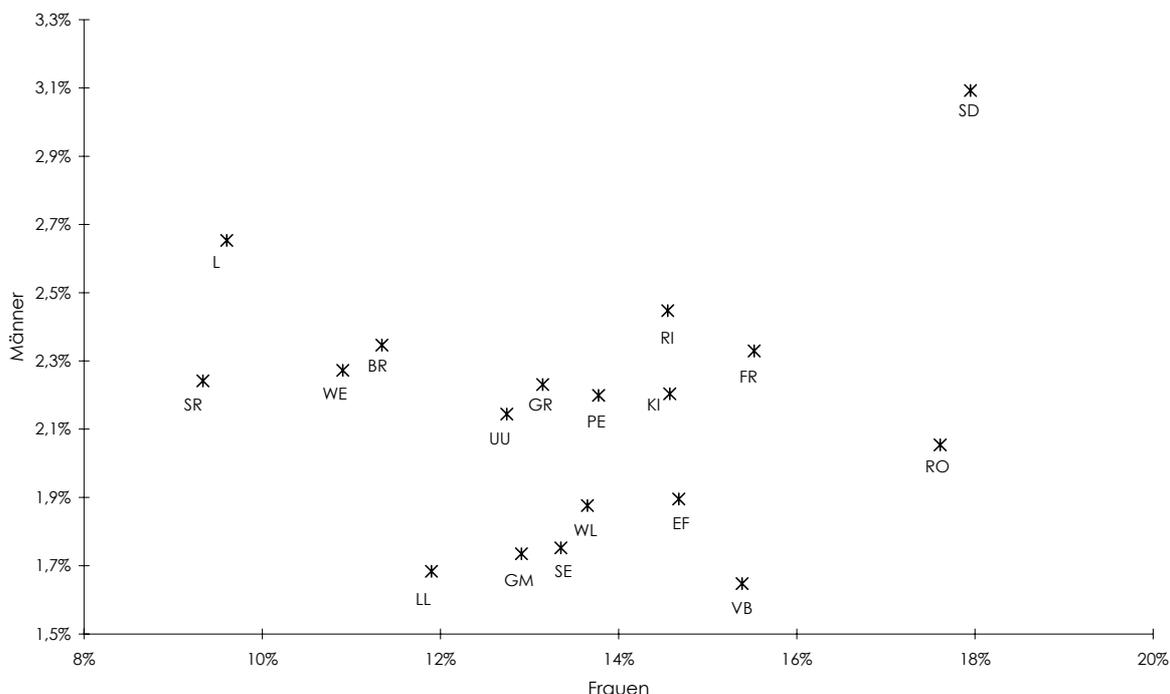
desländer bei 70%; in Wien stellte der Frauenanteil an dieser Beschäftigtengruppe 61% dar, in den anderen Bundesländern schwankten die Werte zwischen 70% (Salzburg und Niederösterreich) und 77% (Burgenland). In Oberösterreich waren rund 72% der 16.100 Personen mit einem Niedriglohnjob Frauen, was in relativen Größen ausgedrückt bedeutet, dass nur 2,1% der Männer, jedoch fast 13% der Frauen in diese Kategorie fielen. Eine Gliederung nach sozialrechtlicher Stellung bestätigt, dass Personen in Arbeiterberufen deutlich öfter zu den schlecht Verdienenden gehören: In Österreich lagen 3,9% der Gehälter, aber 7,3% der Löhne unterhalb der Grenze von 1.000 €. In Wien war der Abstand zwischen den beiden Berufsgruppen am größten, während Oberösterreich nach Tirol das Bundesland war, in denen diese Differenz am geringsten war. Angestellte hatten in Oberösterreich einen Niedriglohnanteil von 4,3%, ArbeiterInnen von 6,5%. Das bestätigt den Eindruck, dass in Oberösterreich die Unternehmen in der Sachgüterzeugung eine hohe Anzahl an gut entlohten Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen, während umgekehrt die Einkommen der Angestellten im Dienstleistungssektor nahe an oder unter dem durchschnittlichen Niveau in den restlichen Bundesländern liegen (vgl. Abschnitt 2.1.2).

Die regionalen Unterschiede innerhalb der Bundesländer sind erwartungsgemäß stärker ausgeprägt als die Unterschiede zwischen den Bundesländern. Das kann am Beispiel Oberösterreichs gut gezeigt werden: Schärding zählte 2006 zusammen mit Jennersdorf und Zwettl zu den drei österreichischen Bezirken mit dem höchsten Anteil an Niedriglohnbeschäftigten (7,2%). Auch Rohrbach (6,1%) und Ried (6,0%) hatten einen überdurchschnittlich großen Niedriglohnsektor. In Steyr-Stadt (4,3%), Gmunden (4,8%) und Linz-Land (4,8%) war der Anteil an niedrig entlohten Arbeitsplätzen um bis zu zwei Drittel geringer: Diese Bezirke nahmen auch im Österreich-Vergleich eine Spitzenposition ein. Die Unterschiede zwischen den Bezirken sind bei den weiblichen Beschäftigten viel stärker ausgeprägt als bei den männlichen⁴¹⁾. Auch besteht hinsichtlich der Bedeutung von Niedriglohnbeschäftigung kein klarer Zusammenhang zwischen Männern und Frauen (siehe Abbildung 2.10). Das liegt daran, dass die Berufs- und Einkommenschancen von Frauen stärker als jene von Männern von den Bedingungen am lokalen Arbeitsmarkt und von den Möglichkeiten zu pendeln abhängen. Männer, die in der Regel nach wie vor die Haupterbsperson im Haushalt sind, nehmen auch längere Anfahrzeiten in die Arbeit in Kauf, um ihre Berufs- und Einkommenschancen zu maximieren. Frauen sind wegen der größeren Einbindung in Betreuungs- und Haushaltstätigkeiten in ihrer Mobilität eingeschränkt (Biffi – Leoni, 2006). Ihre Berufs- und Einkommensperspektiven werden oftmals den familiären Verpflichtungen untergeordnet, was dazu führt, dass sie vor allem in strukturschwachen, peripheren Regionen vielfach auf schlecht entlohnte Arbeitsplätze angewiesen sind. Zudem weisen Frauen in den peripheren Regionen des Mühlviertels und des Innkreises im Durchschnitt eine schwache Bildungsstruktur auf, was vor allem am ho-

⁴¹⁾ Gemessen am Variationskoeffizienten ist die Streuung des Niedriglohnsektors über die oberösterreichischen Bezirke bei den Frauen fast 7-mal größer als bei den Männern.

hen Anteil an Frauen, die keinen arbeitsmarktrelevanten Abschluss besitzen, liegt (Biffli – Leoni, 2006).

Abbildung 2.10: Anteil der Niedriglohnbeschäftigung nach Bezirk und Geschlecht 2006



Q: Sonderauswertung Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer 2006); Arbeiterkammer Oberösterreich; WIFO. L ... Linz (Stadt), SR ... Steyr (Stadt), WE ... Wels (Stadt), BR ... Braunau/Inn, EF ... Eferding, FR ... Freistadt, GM ... Gmunden, GR ... Grieskirchen, KI ... Kirchdorf/Krems, LL ... Linz-Land, PE ... Perg, RI ... Ried/Innkreis, RO ... Rohrbach, SD ... Schärding, SE ... Steyr-Land, UU ... Urfahr-Umgebung, VB ... Vöcklabruck, WL ... Wels-Land.

In den städtischen Bezirken Oberösterreichs (Linz, Wels, Steyr) ging jede zehnte Frau einer niedrig entlohnten Tätigkeit nach; in Schärding und Rohrbach lag der Anteil an Niedriglohnbeschäftigung mit fast 18% allerdings noch um einiges höher. Auch in Freistadt (15,5%), Vöcklabruck (15,4%), Eferding (14,7%) sowie Ried und Kirchdorf (14,6%) war die Anzahl an Frauen im Niedriglohnbereich überdurchschnittlich hoch. Bei den Männern lag nur Schärding mit einer Quote von 3,1% deutlich über dem österreichischen Durchschnittswert. Vergleichsweise viele Männer mit einem niedrigen Einkommen finden sich auch in den städtischen Bezirken – ein Muster, das auch in den anderen Bundesländern beobachtet werden kann. Eine besonders marginale Rolle spielt Niedriglohnbeschäftigung dagegen bei den männlichen Beschäftigten in den suburbanen Bezirken (z. B. Linz-Land und Steyr-Land), wo die entsprechenden Quoten für das Jahr 2006 unter 2% lagen. Die Auswertungen zum Niedriglohnsektor bestätigen, dass die Arbeitsmarktposition der OberösterreicherInnen im Österreich-Vergleich unterschiedlich bewertet werden muss. Betrachtet man ausschließlich die männlichen Beschäf-

tigten kann man feststellen, dass Oberösterreich vergleichsweise gut abschneidet. Mit Ausnahme von Schärding, das gemessen an der Größe des Niedriglohnsektors unter den österreichischen Regionen an 16. Stelle liegt, weist kein oberösterreichischer Bezirk eine deutlich überdurchschnittliche Niedriglohnquote der Männer auf. Bei den Frauen sind dagegen zwei oberösterreichische Bezirke (Schärding und Rohrbach) unter den fünf Bezirken mit der schlechtesten Positionierung zu finden, weitere fünf zählen zu den 25 Bezirken mit dem höchsten Anteil an niedrig entlohnenden Frauen.

Eine Sonderauswertung der Hauptverbandsdaten aus der Beitragsgrundlagenstatistik für das Jahr 2006 ermöglicht es, das Blickfeld vom Niedriglohnbereich bei Vollzeitbeschäftigung auf alle Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten, die unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit nur ein geringes Einkommen sichern⁴²). Da die Beitragsgrundlagenstatistik keine Information zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen enthält, besteht die Grundgesamtheit dieser Statistik aus den Beschäftigten, die eine Arbeitszeit von mehr als 11 Wochenstunden haben. Die Abgrenzung der niedrigen Einkommen wurde bei 727 € im Monat gesetzt. Dieser Wert entsprach 2006 40% vom medianen Bruttoeinkommen der ArbeiterInnen und Angestellten in Oberösterreich. Rund ein Zehntel (10,2%) der oberösterreichischen Beschäftigten erzielte ein monatliches Einkommen, das diesen Wert nicht überstieg. Dieser Wert ist nicht unmittelbar mit den Auswertungen aus der Lohnsteuerstatistik in Verbindung zu setzen, da nicht nur die Abgrenzung der Niedriglohnbeschäftigung, sondern auch die untersuchte Beschäftigungsgruppe eine andere ist. Trotz dessen bestehen zwischen den beiden Betrachtungsweisen auf regionaler Ebene große Ähnlichkeiten. Sieht man von einigen Abweichungen ab, dann gehören Bezirke, in denen der Anteil an niedrig Entlohnenden unter den Vollzeit Beschäftigten hoch ist, in der Regel auch zu den Bezirken mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Personen mit geringem Einkommen⁴³). Auch zeigen die Auswertungen der niedrigen Einkommen erneut ein starkes geschlechtsspezifisches Gefälle: Von den rund 50.000 OberösterreicherInnen, die 2006 mit ihrem monatlichen Einkommen unter 727 € lagen, waren drei Viertel Frauen. Rohrbach und Freistadt, wo mehr als ein Fünftel aller weiblichen Arbeiter und Angestellten unter diesem Grenzwert lag, hatten den höchsten Anteil an Frauen mit niedrigen Einkommen. Auch die Regionen mit den geringsten Werten, wie die Städte Linz, Wels und Steyr und ihre Umlandbezirke, hatten einen Anteil an Frauen im Niedrigeinkommensbereich von rund 15%.

⁴²) Allerdings sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von dieser Darstellung ausgeschlossen.

⁴³) Größere Abweichungen betreffen beispielsweise Perg und Gmunden: Hier lag der Anteil an Beschäftigten unter der Einkommensgrenze von 727 € mit 11,2% und 11,1% vergleichsweise hoch, obschon der Anteil des Niedriglohnbereichs an der Beschäftigung in Perg nur durchschnittlich, in Gmunden sogar deutlich unter dem Schnitt lag.

3. Die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Oberösterreich und in Österreich insgesamt

Die bisherige Analyse bezog sich auf die individuellen Bruttoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, die sich aus dem Zusammenspiel der Lohn- und Preisbildungsprozesse am Markt und der Lohnpolitik der Tarifparteien ergeben. Diese Einkommen liefern Informationen über die Entlohnung für die Teilnahme am Produktionsprozess, geben aber kein hinreichendes Bild über die ökonomische Situation des Haushalts, in dem das Individuum lebt. Für die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der StaatsbürgerInnen sind vor allem die verfügbaren Nettoeinkommen von Interesse, die sich aufgrund der staatlichen Umverteilungspolitik nach Steuern und öffentlichen Transferleistungen an die privaten Haushalte ergeben.

Die sozialstaatlichen Aktivitäten bewirken in Österreich eine erhebliche Umverteilung von den Einkommenschichten mit hohem Einkommen zu solchen mit niedrigem Einkommen: Gemessen am Ginikoeffizienten wurde zu Beginn der neunziger Jahre durch Steuern und öffentliche Transfers das Ausmaß der Ungleichheit um 30% reduziert (Guger, 1996).

3.1 Empirische Grundlagen und methodische Anmerkungen

Die bisher analysierten Daten aus der Sozialversicherung und den Steuerstatistiken beziehen sich nicht auf Personen, sondern auf Versicherungsfälle und Steuerfälle nach Einkunftsart. Weiters kann eine Person mehrere Einkommen aus unterschiedlichen Quellen (Eigenpension, Hinterbliebenenpension, Kapital- und Erwerbseinkünfte usw.) beziehen; und die ökonomische Lage ist vor allem im Haushaltszusammenhang zu beurteilen.

Die folgende Untersuchung stützt sich auf die Datenquelle der Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/2005. Sie liefern im Untersuchungszeitraum am ehesten vergleichbare und bis auf die Gliederungsebene der Bundesländer ausreichend signifikante Daten. Die Verteilungsanalyse bezieht sich im ersten Schritt auf die Nettohaushaltseinkommen nach Erwerbstatus und sozialer Stellung. Nach Berücksichtigung der Haushaltsgröße werden in einem zweiten Schritt die Armutsgefährdung und die Struktur der armutsgefährdeten Haushalte auf Basis der Äquivalenzeinkommen untersucht.

Einschränkend ist anzumerken, dass die Vergleichbarkeit der Einkommensbegriffe zwischen den beiden Konsumerhebungen nur bedingt gegeben ist, da in der Konsumerhebung 1999/2000 die Einkommen detailliert auf individueller Ebene erfasst wurden, während sich in der Konsumerhebung 2004/2005 die Frage nach dem Einkommen auf das gesamte Nettohaushaltseinkommen in Summe beschränkte. Die Angaben zum Einkommen beziehen sich auf alle Nettoerwerbs-, Vermögens- und Transfereinkommen (Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe u. a.); also auf die verfügbaren Einkommen des Haushalts.

Als Verteilungsmaß werden der Ginikoeffizient und die Interquartilsspanne sowie das Verhältnis zwischen dem Einkommen an der Untergrenze des 4. Quartils und an der Obergrenze des

1. Quartils ausgewiesen. In den folgenden Vergleichen werden ohne weiteren Hinweis die Daten aus der Konsumerhebung 1999/2000 auf das Jahr 2000 bezogen und jene aus der Konsumerhebung 2004/2005 auf das Jahr 2005.

3.2 Die Nettohaushaltseinkommen und ihre Verteilung

Die Nettohaushaltseinkommen sind nach den Daten der Konsumerhebung in Oberösterreich höher als im Österreich-Durchschnitt. Im Jahr 2005 war das durchschnittliche monatliche Nettohaushaltseinkommen mit 2.700 € in Oberösterreich um gut 6% höher als im Bundesdurchschnitt mit 2.550 €, das Medianeinkommen um gut 10%. Die Nettoeinkommenszuwächse seit 2000 waren sehr moderat, in Oberösterreich mit einem Zuwachs von +7,6% aber stärker als in Österreich insgesamt (+4,8%).

Übersicht 3.1: Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen
1999/2000

	Oberösterreich				Österreich				Oberösterreich Österreich=100 Durchschnitts- einkommen In Euro		
	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %			
1. Dezil	1.037	769	814	3,1	3,1	900	682	694	2,8	2,8	112,8
2. Dezil	1.410	1.254	1.256	5,0	8,1	1.228	1.081	1.110	4,4	7,2	116,0
3. Dezil	1.709	1.560	1.575	6,3	14,4	1.566	1.409	1.410	5,8	13,0	110,7
4. Dezil	2.034	1.883	1.884	7,3	21,7	1.881	1.721	1.713	7,1	20,1	109,4
5. Dezil	2.320	2.200	2.218	8,8	30,5	2.195	2.047	2.053	8,4	28,5	107,5
6. Dezil	2.645	2.476	2.478	9,8	40,3	2.502	2.359	2.363	9,7	38,2	104,9
7. Dezil	3.031	2.848	2.851	11,3	51,7	2.919	2.704	2.694	11,1	49,4	105,3
8. Dezil	3.450	3.207	3.213	12,8	64,5	3.386	3.140	3.137	12,9	62,3	102,1
9. Dezil	4.230	3.792	3.791	15,1	79,6	4.206	3.765	3.744	15,5	77,8	100,7
10. Dezil	>4.230	5.141	4.908	20,4	100,0	>4.206	5.409	4.986	22,2	100,0	95,0
1. Quartil	1.560	1.102	1.187	11,0	11	1.410	970	1.000	10,0	10	113,5
2. Quartil	2.320	1.959	1.967	19,5	30,5	2.195	1.806	1.790	18,6	28,6	108,5
3. Quartil	3.211	2.751	2.749	27,3	57,8	3.136	2.631	2.596	27,1	55,6	104,6
4. Quartil	>3.211	4.228	3.948	42,2	100,0	>3.136	4.319	3.942	44,4	100,0	97,9
Insgesamt	9.641	2.512	2.320	100		14.960	2.431	2.195	100		103,3
Gini Quartils- spanne ¹⁾			0,272					0,301			
			2,06					2,23			

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils.

Nach den Einkommensdaten aus den Konsumerhebungen, deren Vergleichbarkeit allerdings nur bedingt gegeben ist (siehe oben), blieb die Einkommensentwicklung erheblich hinter der Preisentwicklung zurück: Die Verbrauchsausgaben laut Verbraucherpreisindex verteuerten sich im selben Zeitraum um 10,6%, gemessen am Konsumpreisdeflator der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) um 8,5%. Die real verfügbaren Einkommen Österreichs je Haushalt laut VGR sind in diesem Zeitraum um 2,2% gestiegen. Berücksichtigt man, dass in Befragungsdaten wie jenen der Konsumerhebung bestimmte Einkommensbestandteile – insbe-

sondere Vermögenserträge, die nur jährlich angewiesen werden – tendenziell unterrepräsentiert sind, während in die verfügbaren persönlichen Einkommen der VGR die gesamtwirtschaftlichen Vermögenserträge eingehen und Zurechnungen (imputierte Mieten) erfolgen, so erscheint ein realer Rückgang in den Befragungsdaten nicht unplausibel.

Übersicht 3.2: Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen 2004/2005

	Oberösterreich					Österreich					Oberösterreich Österreich=100 Durchschnitts- einkommen In Euro
	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	
1. Dezil	1.098	831	866	3,1	3,1	981	732	751	2,9	2,9	113,4
2. Dezil	1.498	1.308	1.293	4,8	7,9	1.293	1.145	1.149	4,5	7,4	114,2
3. Dezil	1.784	1.632	1.631	6,0	13,9	1.610	1.456	1.458	5,7	13,1	112,1
4. Dezil	2.080	1.925	1.915	7,2	21,1	1.894	1.756	1.757	6,9	20,0	109,7
5. Dezil	2.458	2.258	2.245	8,3	29,4	2.227	2.052	2.039	8,1	28,0	110,0
6. Dezil	2.810	2.641	2.640	9,8	39,2	2.613	2.415	2.400	9,5	37,5	109,4
7. Dezil	3.238	3.011	3.016	11,1	50,3	3.052	2.831	2.822	11,1	48,6	106,4
8. Dezil	3.752	3.482	3.472	13,0	63,2	3.602	3.318	3.316	13,0	61,7	105,0
9. Dezil	4.556	4.147	4.165	15,3	78,5	4.486	3.994	3.959	15,7	77,3	103,8
10. Dezil	>4.556	5.815	5.374	21,4	100,0	>4.486	5.774	5.352	22,7	100,0	100,7
1. Quartil	1.625	1.164	1.209	10,8	10,8	1.455	1.025	1.062	10,1	10,1	113,6
2. Quartil	2.458	2.014	2.010	18,6	29,4	2.227	1.830	1.828	18,0	28,1	110,1
3. Quartil	3.472	2.939	2.913	27,3	56,8	3.316	2.734	2.721	26,8	54,9	107,5
4. Quartil	>3.472	4.707	4.319	43,3	100,0	>3.316	4.599	4.234	45,1	100,0	102,4
Insgesamt	9.967	2.703	2.458	100		13.074	2.547	2.227	100		106,1
Gini Quartils- spanne ¹⁾			0,286					0,307			
			2,14					2,28			

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils.

In Oberösterreich ist die Streuung der Haushaltseinkommen kleiner als im Bundesdurchschnitt. Im untersten Quartil sind die Nettohaushaltseinkommen in Oberösterreich um gut 13½% höher als in Österreich insgesamt, im obersten nur um knapp 2½% (Übersicht 3.2). Sowohl der Ginkoeffizient⁴⁴⁾ – 0,286 für Oberösterreich und 0,307 für Österreich – als auch die Quartilsspanne⁴⁵⁾ – 2,14 in Oberösterreich und 2,28 im Bund – sind in Oberösterreich um rund 7% niedriger als in Österreich insgesamt. Obwohl Einkommensvergleiche zwischen den Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/2005 nur mit Einschränkungen möglich sind, dürfte die Ver-

⁴⁴⁾ Der Ginkoeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Beim Wert 0 sind die Einkommen vollkommen gleich verteilt, also 30% bzw. 50% der Einkommensbezieher beziehen 30% bzw. 50% des Einkommens; Wert 1 weist auf völlige Ungleichverteilung hin, einer erhält alle Einkommen.

⁴⁵⁾ Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils; eine Spanne von 2 bedeutet also, dass der Haushalt mit niedrigsten Einkommen im obersten Viertel der Einkommensverteilung doppelt soviel verdient wie der Haushalt mit dem höchsten Einkommen im untersten Viertel.

teilung der Haushaltseinkommen seit dem Jahr 2000 eher ungleicher geworden sein (Übersichten 3.1 und 3.2).

Der Vergleich der Haushaltseinkommen gibt nur bedingt Auskunft über die ökonomische Lage, da sich die Haushalte nach Größe und Haushaltsstruktur unterscheiden.

Aufgrund der Überlegung, dass sich für Mehrpersonenhaushalte Einsparungen in den Lebenshaltungskosten ergeben und die Konsumausgaben für Kinder niedriger sind als für Erwachsene, werden daher mit Hilfe von Äquivalenzskalen Konsumgewichte zur Beurteilung der ökonomischen Lage gebildet, die sowohl die Haushaltsgröße als auch die Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigen (Wüger – Buchegger, 2003, Guger, 2003). Das gebräuchlichste Gewichtungsschema bildet die EU-Skala, die der ersten erwachsenen Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person ab dem Alter von 14 Jahren 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren 0,3 zuordnet. Für einen Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Alter von 16 und 13 Jahren ergibt sich daraus eine Äquivalenzzahl von 2,3. Aus dem Haushaltseinkommen und dieser Äquivalenzzahl werden für jeden Haushalt Äquivalenzeinkommen gebildet, die in den Übersichten 3.3 und 3.4 dargestellt sind. Die Äquivalenzeinkommen erlauben einen Vergleich der ökonomischen Lage, der auch Haushaltsgröße und Haushaltsstruktur berücksichtigt.

Übersicht 3.3: Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen
1999/2000

	Oberösterreich					Österreich					Oberösterreich Österreich=100 Durchschnitts- einkommen In Euro
	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	kommensanteile in %	kumuliert	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	kommensanteile in %	kumuliert	
1. Dezil	815	655	675	4,6	4,6	767	601	647	4,1	4,1	108,9
2. Dezil	949	885	886	6,2	10,8	937	858	855	5,8	9,9	103,2
3. Dezil	1.081	1.016	1.013	7,1	17,9	1.086	1.013	1.016	6,9	16,8	100,2
4. Dezil	1.221	1.162	1.165	8,1	26,0	1.206	1.143	1.144	7,7	24,4	101,6
5. Dezil	1.343	1.289	1.292	9,0	35,0	1.359	1.277	1.278	8,8	33,3	100,9
6. Dezil	1.481	1.419	1.417	10,0	44,9	1.506	1.432	1.430	9,7	43,0	99,1
7. Dezil	1.622	1.551	1.549	10,9	55,8	1.668	1.588	1.592	10,8	53,8	97,7
8. Dezil	1.806	1.701	1.697	11,9	67,7	1.902	1.768	1.757	12,0	65,8	96,2
9. Dezil	2.164	1.970	1.962	13,8	81,5	2.272	2.063	2.057	14,0	79,8	95,4
10. Dezil	>2.164	2.651	2.505	18,5	100,0	>2.272	2.970	2.632	20,2	100,0	89,3
1. Quartil	1.013	811	855	14,2	14,2	1.017	778	819	13,2	13,2	104,2
2. Quartil	1.343	1.190	1.205	20,8	35,0	1.359	1.179	1.175	20,0	33,2	100,9
3. Quartil	1.697	1.520	1.515	26,6	61,6	1.757	1.551	1.545	26,4	59,6	98,0
4. Quartil	>1.697	2.196	2.038	38,4	100,0	>1.757	2.379	2.150	40,4	100,0	92,3
Insgesamt	5.391	1.429	1.344	100		8.311	1.472	1.359	100		97,1
Gini Quartils- spanne ¹⁾			0,211					0,239			
			1,68					1,73			

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils.

Die Berücksichtigung der Haushaltsgröße zeigt, dass die höheren Haushaltseinkommen in Oberösterreich in der größeren Zahl an Haushaltsmitgliedern begründet liegen. Gemessen an den Äquivalenzeinkommen – also gewichtet nach Haushaltsgröße in Konsumeinheiten – verfügen die Haushalte in Oberösterreich im Jahr 2005 im Durchschnitt mit 1.608 € monatlich über etwa 1% weniger Einkommen als im Bundesdurchschnitt (1.623 €). Allerdings hat sich dieser Abstand im Vergleich zu 2000 verringert, damals betrug er 3%. Wie zu erwarten streuen die Äquivalenzeinkommen weniger stark als die ungewichteten Haushaltseinkommen; in Oberösterreich außerdem weniger stark als im Bund. Die Ginikoeffizienten der Äquivalenzeinkommen sind mit 0,225 für Oberösterreich und 0,248 für Österreich jeweils um rund ein Fünftel niedriger als jene der Haushaltseinkommen; das gleiche gilt für die Quartilsspannen mit 1,72 in Oberösterreich und 1,81 im Österreich-Durchschnitt (Übersichten 3.3 und 3.4).

Übersicht 3.4: Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen
2004/2005

	Oberösterreich					Österreich					Oberösterreich Österreich=100 Durchschnitts- einkommen In Euro
	Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %		Einkommen bis ...	Durch- schnitts- einkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %		
1. Dezil	853	681	708	4,2	4,2	784	624	667	3,8	3,8	109,2
2. Dezil	1.050	972	980	6,1	10,3	1.008	899	900	5,5	10,3	108,1
3. Dezil	1.206	1.135	1.131	7,1	17,3	1.170	1.097	1.100	6,8	17,3	103,5
4. Dezil	1.364	1.280	1.270	7,9	25,3	1.333	1.251	1.255	7,7	25,3	102,3
5. Dezil	1.489	1.422	1.416	8,8	34,1	1.495	1.412	1.406	8,7	34,1	100,7
6. Dezil	1.640	1.559	1.558	9,7	43,8	1.656	1.573	1.576	9,7	43,8	99,1
7. Dezil	1.842	1.738	1.734	10,7	54,6	1.867	1.761	1.758	10,9	54,6	98,7
8. Dezil	2.097	1.954	1.951	12,1	66,7	2.137	1.987	1.988	12,3	66,7	98,4
9. Dezil	2.464	2.268	2.271	14,2	80,9	2.577	2.332	2.324	14,4	80,9	97,3
10. Dezil	>2.464	3.086	2.934	19,1	100,0	>2.577	3.302	3.042	20,3	100,0	93,4
1. Quartil	1.131	881	924	13,7	13,7	1.100	820	841	12,6	12,6	107,3
2. Quartil	1.489	1.315	1.318	20,4	34,1	1.495	1.293	1.289	19,9	32,5	101,7
3. Quartil	1.950	1.697	1.686	26,3	60,5	1.986	1.718	1.713	26,5	59,0	98,8
4. Quartil	>1.950	2.543	2.355	39,5	100,0	>1.986	2.662	2.423	41,0	100,0	95,5
Insgesamt	6.538	1.608	1.489	100		8.107	1.623	1.495	100		99,1
Gini			0,225					0,248			
Quartils- spanne ¹⁾			1,72					1,81			

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils.

Die geringere Streuung der Äquivalenzeinkommen in Oberösterreich kommt vor allem in einer deutlich günstigeren Einkommenslage der niedrigen Einkommensschichten zum Ausdruck. Bei fast gleichem bzw. marginal niedrigerem Durchschnittseinkommen als in Gesamtösterreich verfügen die 10% mit den niedrigsten Einkommen in Oberösterreich über ein gut 9% höheres gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen als im Bund und das unterste Viertel um 7¼% mehr, während das oberste Einkommensviertel in Oberösterreich 5% weniger Einkommen bezieht als im Bundesdurchschnitt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die globale Verteilung der Nettohaushaltseinkommen in Oberösterreich egalitärer ist als im Österreich-Durchschnitt. Da in Oberösterreich im Durchschnitt mehr Personen in einem Haushalt wohnen, ist auch das durchschnittliche Einkommen höher als im Bundesdurchschnitt. Berücksichtigt man die Haushaltsgröße und Haushaltstruktur anhand der Äquivalenzgewichte, liegt das bereinigte Nettohaushaltseinkommen im Durchschnitt marginal unter dem Österreichniveau. Die Niedrigeinkommensgruppen verfügen aber in Oberösterreich über deutlich höhere Einkommen als im Bundesdurchschnitt; das oberste Quartil merklich weniger. Seit Beginn des Jahrzehnts dürfte die Verteilung eher ungleicher geworden sein.

3.2.1 *Verteilung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes*

Die globale Verteilung der Einkommen über alle sozialen Gruppen hinweg wird nicht nur durch die Haushaltsgröße und Haushaltsstruktur mitbestimmt, sondern auch durch die Sozialstruktur einer Gesellschaft. In diesem Abschnitt werden die Unterschiede in der Verteilung der Äquivalenzeinkommen nach sozialen Gruppen zwischen Oberösterreich und dem Bundesdurchschnitt analysiert. Dabei zeigt sich, dass in Oberösterreich nur in Arbeiterhaushalten das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen höher ist als im Österreich-Durchschnitt, alle übrigen Haushalte verfügen im Durchschnitt über ein geringeres gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Übersicht 3.5).

In Haushalten, in denen ein unselbständig Erwerbstätiger (mit Lehrlingen, aber ohne Freie DienstnehmerInnen) Haushaltsvorstand ist, liegen die durchschnittlichen Einkommen in Oberösterreich nahe am Bundesdurchschnitt – das unterste Viertel verfügt über 5% mehr als im Bund, das oberste um 3% weniger Einkommen. Auch der Ginikoeffizient weist auf eine egalitärere Verteilung in Oberösterreich hin. Er liegt in Haushalten mit unselbständig Erwerbstätigen als Haushaltsvorstand mit 0,189 um 7% niedriger als im Österreich-Durchschnitt (0,202). Obwohl die Streuung der Individualeinkommen in Oberösterreich stärker zugenommen hat als im Bundesschnitt, war die Zunahme der Ungleichheit auf Haushaltsebene geringer: Seit 2000 nahm der Ginikoeffizient der Äquivalenzeinkommen in Oberösterreich um 3,8% zu, im Österreich-Durchschnitt um 6,3% zu.

Die größten Unterschiede zwischen Oberösterreich und Österreich insgesamt bestehen in den Einkommen der ArbeiterInnen; sie verfügen in Oberösterreich über gut 6½% höhere gewichtete Pro-Kopf-Einkommen als im Bundesdurchschnitt. Die Einkommen der Angestellten weisen dagegen die geringsten Unterschiede auf (-0,7%) – nur das unterste Quartil verfügt über gut 5% mehr Einkommen als in Österreich insgesamt. Die Einkommen der Selbständigen und der Öffentlich Bediensteten bleiben in Oberösterreich rund 5%, jene der Beamten gut 3% hinter dem Österreich-Durchschnitt zurück. Gemessen an den Ginikoeffizienten ist die Verteilung in Oberösterreich in allen dargestellten sozialen Gruppen egalitärer als im Bundesdurchschnitt und hat seit 2000 in den Haushalten der unselbständig Erwerbstätigen weniger zugenommen.

Übersicht 3.5: Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes 2004/2005

Quartile	Oberösterreich				Österreich				Oberösterreich Durchschnitts- einkommen/Gini Österreich = 100
	Einkommen bis ...	Durchschnitts- einkommen	Median- einkommen	Verteilung des Einkommens	Einkommen bis ...	Durchschnitts- einkommen	Median- einkommen	Verteilung des Einkommens	
Unselbständig Erwerbstätige (mit Lehrlingen, ohne Freie Dienstnehmer)									
1.	1.322	1.058	1.111	14,9	1.287	1.005	1.056	14,0	105,2
2.	1.640	1.479	1.486	20,7	1.665	1.484	1.488	20,6	99,7
3.	2.143	1.861	1.866	26,1	2.151	1.883	1.874	26,2	98,8
4.	> 2.143	2.730	2.577	38,3	> 2.151	2.815	2.592	39,2	97,0
Insgesamt		1.781	1.640	100,0		1.796	1.665	100	99,2
Gini			0,189				0,202		0,93
Quartils- spanne			1,62				1,67		
Erwerbstätige Arbeiter									
1.	1.177	940	980	15,1	1.107	862	886	14,7	109,1
2.	1.501	1.351	1.367	22,2	1.410	1.258	1.250	21,4	107,4
3.	1.862	1.637	1.612	25,4	1.757	1.593	1.601	27,1	102,7
4.	> 1.862	2.353	2.146	37,3	> 1.757	2.169	2.030	36,8	108,5
Insgesamt		1.566	1.501	100		1.470	1.410	100	106,6
Gini			0,174				0,180		0,97
Quartils- spanne			1,58				1,59		
Erwerbstätige Angestellte									
1.	1.423	1.163	1.224	15,1	1.406	1.102	1.155	14,4	105,5
2.	1.820	1.621	1.631	21,1	1.779	1.604	1.611	20,1	101,1
3.	2.296	2.056	2.016	26,1	2.363	2.051	2.031	26,6	100,2
4.	> 2.296	2.943	2.795	37,7	> 2.368	3.090	2.822	38,9	95,2
Insgesamt		1.941	1.820	100		1.954	1.779	100	99,3
Gini			0,181				0,199		0,91
Quartils- spanne			1,61				1,68		
Erwerbstätige Beamte und Vertragsbedienstete									
1.	1.351	1.177	1.238	16,1	1.428	1.180	1.230	15,3	99,7
2.	1.684	1.519	1.518	20,9	1.851	1.645	1.632	21,5	92,3
3.	2.247	1.942	1.874	27,2	2.283	2.055	2.026	26,3	94,5
4.	> 2.247	2.710	2.714	35,8	> 2.283	2.855	2.717	36,9	94,9
Insgesamt		1.829	1.684	100		1.931	1.851	100	94,7
Gini 2004/2005			0,163				0,173		0,94
Quartils- spanne			1,66				1,60		
Selbständig Erwerbstätige									
1.	1.087	882	900	13,6	1.100	800	824	11,7	110,3
2.	1.395	1.244	1.231	19,0	1.525	1.314	1.304	18,9	94,7
3.	2.057	1.711	1.667	27,3	2.060	1.766	1.760	25,5	96,9
4.	> 2.057	2.906	2.693	40,1	> 2.060	3.032	2.760	43,9	95,8
Insgesamt		1.655	1.395	100		1.726	1.525	100	95,9
Gini			0,219				0,257		0,85
Quartils- spanne			1,89				1,87		
Pensionisten									
1.	1.030	835	849	14,7	1.022	807	809	13,8	103,5
2.	1.318	1.165	1.170	20,4	1.349	1.181	1.170	20,3	98,6
3.	1.734	1.502	1.489	26,2	1.784	1.543	1.528	25,9	97,3
4.	> 2.489	2.212	2.141	38,7	> 2.537	2.395	2.199	40,0	92,3
Insgesamt		1.428	1.318	100		1.476	1.349	100	96,7
Gini			0,194				0,209		0,93
Quartils- spanne			1,68				1,75		

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005, WIFO-Berechnungen.

3.3 Armutsgefährdung in Oberösterreich

Der EU-Konvention folgend wird Armutsgefährdung über das verfügbare Einkommen definiert. Menschen, die in Haushalten mit weniger als 60% des Median-Äquivalenzeinkommens leben, werden demnach als armutsgefährdet bezeichnet. Nach diesem relativen Armutskonzept und den Einkommensdaten aus EU-SILC⁴⁶⁾ waren 2005 in Österreich 12,6% der Bevölkerung armutsgefährdet, in Oberösterreich 10,1%.

Nach den Daten der Konsumerhebung ergibt sich für 2005 im Durchschnitt aller Haushalte eine Armutsschwelle von 895 € im Monat. Die einkommensbezogene Armutsgefährdungsquote beträgt demnach in Österreich 14,8%, d. h. knapp 15% der Haushalte waren nach den Einkommensdaten der Konsumerhebung 2004/2005 armutsgefährdet. Der egalitäreren Verteilung der Äquivalenzeinkommen entsprechend war in Oberösterreich die Armutsgefährdungsquote mit 11,5% deutlich geringer (Übersicht 3.6) als im Bundesschnitt.

Übersicht 3.6: Einkommensbezogene Armutsgefährdung
2004/2005

Armutsgefährdung: Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen unter 60% des Medians

	Armuts- schwelle	Durchschnittl.	Median	Armutsrate		Armutslücke	
		Einkommen		In %	In Euro	In % der Armuts- schwelle	
		In Euro					
1999/2000							
Oberösterreich	815	655	675	10,1	-160	-19,6	
Österreich	815	636	667	12,3	-179	-22,0	
2004/2005							
Oberösterreich	895	707	724	11,5	-188	-21,0	
Österreich	896	694	728	14,8	-203	-22,6	

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005, WIFO-Berechnungen.

Zu Beginn des Jahrzehnts dürfte nach den Daten der beiden Konsumerhebungen, auch wenn diese nicht vollständig vergleichbar sind, sowohl in Oberösterreich als auch im Bundesdurchschnitt die Armutsgefährdung erheblich geringer gewesen sein: Die Armutsschwelle belief sich in Oberösterreich auf 10,1%, im Bund auf 12,3%. Nach den Daten der Konsumerhebung ist auch die Armuts­lücke⁴⁷⁾, d. h. der Abstand zwischen der Armutsschwelle und dem Durchschnittseinkommen der armutsgefährdeten Haushalte, in Oberösterreich (188 € bzw.

⁴⁶⁾ Europäische Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen.

⁴⁷⁾ Die Armuts­lücke ergibt sich aus der Differenz zwischen der Armutsschwelle und dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Haushalte, die weniger als 60% des Medianeinkommens verdienen. Die Armuts­lücke mal der Anzahl der von Armut bedrohten Haushalte ergibt den Betrag der notwendig wäre, um die Einkommensarmut zu beseitigen.

21% der Armutsschwelle) etwas geringer als im Österreich-Durchschnitt (203 € bzw. 22,6%). Laut EU-SILC-Daten beträgt die Armutslücke für Oberösterreich hingegen 18% der Armutsschwelle; eine größere Armutslücke wird lediglich für Wien (21%) und Niederösterreich (20%) ausgewiesen. Im Österreich-Durchschnitt beträgt die Armutslücke laut EU-SILC-Daten 15% der Armutsschwelle (*Statistik Austria, 2008, S. 139*).

Übersicht 3.7: Erwerbs- und Sozialstruktur armutsgefährdeter Haushalte
2004/2005

	Oberösterreich		Österreich	
	Anteil an armutsgefährdeten Personen	Anteil an allen Personen	Anteil an armutsgefährdeten Personen	Anteil an allen Personen
	in %		in %	
Erwerbstatus				
Erwerbstätig	20,6	4,8	21,3	6,8
Arbeitslos	7,2	27,0	9,1	40,6
Pension	20,5	10,8	21,6	13,9
Sonst. Erhalt. Personen ¹⁾	51,7		48,0	
Stellung im Beruf (Auswahl)				
Arbeiter	8,9	5,8	9,0	9,7
Angestellter	6,5	3,3	7,2	4,9
Beamter	0,4	1,5	0,6	2,3

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005. – ¹⁾ Nicht erwerbstätige Hausfrauen, KarenzurlauberInnen usw.

Die geringere Streuung der Einkommen und die günstigere Arbeitsmarktlage in Oberösterreich spiegeln sich auch in der Struktur der von Armut betroffenen Personen wider: In Oberösterreich sind nur 4,8% der Erwerbstätigen armutsgefährdet, in Österreich insgesamt 6,8%. Die Armutsbedrohung von arbeitslosen Personen ist generell hoch, mit 27% in Oberösterreich aber wesentlich niedriger als in Gesamtösterreich (40,6%). Auch die Armutsbedrohung von PensionistInnen (+3 Prozentpunkte) und von ArbeiterInnen (+4 Prozentpunkte) ist im Bund deutlich höher als in Oberösterreich.

Literaturhinweise

- Acemoglu, D., "Technical Change, Inequality, and the Labor Market", *Journal of Economic Literature*, 2002, XL(1), S. 7-72.
- Akerlof, G. A., Yellen, J. (Hrsg.), *Efficiency Wage Models of the Labour Market*, Cambridge University Press, Cambridge, 1986.
- Baumol, W. J., "Macroeconomics of unbalanced growth: the Anatomy of Urban Crisis", *American Economic Review*, 1967, 57, S. 416-26.
- Bernstein, J., Hartmann, H., "Defining and characterizing the low-wage labor market", in *The Low-Wage Labor Market: Challenges and Opportunities for Economic Self-Sufficiency*, The Urban Institute, Report for the U.S. Department of Health and Human Services, Washington, D.C., 1999, <http://aspe.hhs.gov/HSP/lwlm99/index.htm#contents>.
- Biffi, G., Leoni, Th., *Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich*, WIFO, Wien, 2006, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=26424.
- Blau, F. D., "The gender pay gap", in Persson, I., Jonung, C., (Hrsg.), *Women's work and wages*, Routledge, London, 1998.
- Böheim, R., Hofer, H., Zulehner, C., "Wage differences between Austrian men and women: semper idem?", *Empirica*, 2007, 34(3), S. 213-229.
- Breuss, F., "Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution", *WIFO Working Papers*, 2007, (296).
- Brown, C., Medoff, J., "The Employer Size-Wage Effect", *Journal of Political Economy*, 1989, 97, S. 1027-1059.
- Chaloupek, G., Russinger, R., Zuckerstätter, J., "Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich", *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2008, 34(1).
- Europäische Kommission, "European Innovation Scoreboard 2003: Regional Innovation Performances", Technical Paper, 2003, (3), http://trendchart.cordis.lu/scoreboards/scoreboard2003/pdf/eis_2003_tp3_regional_innovation.pdf.
- Europäische Kommission, *Employment in Europe 2004 – Recent Trends and Prospects*, Directorate-General for Employment and Social affairs Unit EMPL/A.1, Belgium, 2004, http://ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/eie/eie2004_forew_toc_sum_en.pdf.
- Fritz, O., et al., *Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich*, unveröffentlichte Studie des WIFO im Auftrag des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, Wien, September 2006.
- Fritz, O., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., Prean, N., Streicher, G., *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer Berufliche und sektorale Veränderungen 2006 bis 2012*, Studie des WIFO in Zusammenarbeit mit Joanneum Research GmbH im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien, 2007.
- Guger, A., "Umverteilung durch den Staat in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 1996, 69(10).
- Guger, A., "Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick", *WIFO-Monatsberichte*, 2003, 76(9), S. 693-698, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=24553&display_mode=2.
- Guger, A., Leoni, Th., *WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Teilstudie 15: Arbeitsmarktflexibilität und soziale Absicherung*, WIFO, Wien, 2006, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=27454&display_mode=2.
- Guger, A., Marterbauer, M., *Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich*, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien, 2004, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=25385&typeid=8&display_mode=2.

- Guger, A., Marterbauer, M., "Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – eine Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen", WIFO Working Papers, 2007, (307).
- Huber, P., Aktive Beschäftigung in Oberösterreich 2006, Studie des WIFO im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Wien, 2007.
- Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook. Spillovers and Cycles in the Global Economy, Washington, D.C., 2007, <http://imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/index.htm>.
- Kalina, T., Weinkopf, C., "Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs?", IAT Bericht, 06/2003, <http://www.iaq.uni-due.de/iat-report/2006/report2006-03.pdf>.
- Leoni, Th., "Die regionale Dimension der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Das Beispiel Oberösterreich", WIFO-Monatsberichte, 2006, 79(4), S. 315-328, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=26419&typeid=8&display_mode=2.
- Losa, F., Origoni, P., "Women's labour force participation choices in Switzerland", International Labour Review, 2005, 144(4), S. 473-94.
- Marlier, E., Ponthieux, S., "Niedriglöhne in den Ländern der EU", in Statistik kurzgefaßt, Thema 3, EUROSTAT, Luxemburg, 11, 2000, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1073,46587259&dad=portal&schema=PORTAL&pproductcode=CA-NK-00-011.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., "Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(2), S. 151-159, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=23507&display_mode=2.
- Ochsen, C., Welsch, H., "Technology, Trade and Income Distribution in West Germany: A Factor-Share Analysis, 1976-1994", Journal of Applied Economics, 2005, 8(2), S. 321-345.
- Oi, W. Y., Idson, T. L., "Firm size and wages", in Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.), Handbook of Labor Economics, Amsterdam, 1999, 3B, S. 2165-2214.
- Palme, G., "Struktur und Entwicklung österreichischer Wirtschaftsregionen", Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Wien, 1995, (137), S. 393-416.
- Palme, G., Huber, P., Köppl, A., Mayerhofer, P., Regionalwirtschaftliches Entwicklungsleitbild Oberösterreich, Studie des WIFO im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung, Wien, 1999, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=13559&typeid=8&display_mode=2.
- Pollan, W., "Lohndrift und Lohnunterschiede in der Industrie seit 1981", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(3), S. 179-187, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=19697&display_mode=2.
- Rosner, P., "Lohnbewegung und Bewegung der Lohnpolitik", in Karlhofer, F., Tálos, E., Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungsdynamik und Reformbedarf, Wien, 1999, <http://homepage.univie.ac.at/peter.rosner/publik.html>.
- Salverda, W., Bazen, S., Gregory, M., The European-American Employment Gap, Wage Inequality, Earnings Mobility and Skill: A Study for France, Germany, the Netherlands, the United Kingdom and the United States, European Low-Wage Employment Research Network (LoWER) Final Report, 2001, http://www.uva-aias.net/files/_lower/rep1234lit2.pdf.
- Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC, Wien, 2003, 2004, 2006, 2005, 2007, 2008.
- Wüger, M., Buchegger, R., "Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(9), S. 699-717, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=24554&display_mode=2.

Anhang

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich aus dem Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert), abzüglich der Vorleistungen. Nach dem ESVG 95 wird die BWS zu Herstellungspreisen ausgewiesen.

Die Nettowertschöpfung zu Marktpreisen ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung abzüglich der Abschreibungen. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten oder das Volkseinkommen ergibt sich aus der Nettowertschöpfung zu Marktpreisen zuzüglich der Subventionen und abzüglich der geleisteten Produktionssteuern.

Produktionswert (Herstellkosten, PW)
– Vorleistungen (ohne importierte VL)
– Importe
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
– unterstellte Bankgebühr
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Gütersteuern (Tind)
Gütersubventionen (Z)
Bruttoinlandsprodukt (BIP)
+ Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt
Bruttonationaleinkommen
– Abschreibungen
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)
– Produktion- und Importabgaben an die Staatskasse
Subventionen aus der Staatskasse
= Volkseinkommen

Übersicht A1: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Braunau

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	93,9	1.440	1.369	1.592	1.727	1.105	-24	1,9	1,9	
2000	95,3	1.663	1.603	1.793	2.042	1.252	-38	2,0	2,0	
2001	95,0	1.754	1.701	1.877	2.157	1.344	-62	1,9	1,9	
2002	95,5	1.804	1.748	1.934	2.209	1.379	-73	1,9	1,9	
2003	96,7	1.881	1.804	2.067	2.287	1.432	-84	1,9	1,8	
2004	96,9	1.910	1.830	2.088	2.324	1.453	-78	1,9	1,9	
2005	96,0	1.931	1.848	2.125	2.356	1.471	-80	2,0	1,9	
2006	94,8	1.967	1.881	2.184	2.393	1.478	-63	2,0	1,9	
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,4	2,7	2,0	2,8	2,1				
2000-2006		2,8	2,7	3,3	2,7	2,8				
1994-2006		2,6	2,7	2,7	2,8	2,5				
Beschäftigte ³⁾										
Jahr	Wohnort	Betriebs- standort	Arbeits- losenquote	Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %				
				Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		
1994	19,859	18,506	5,7	4,1	4,4	10,6	9,8			
2000	21,777	21,004	3,8	4,0	4,2					
2001	22,132	21,796	4,3	4,2	4,8					
2002	22,068	21,848	5,1	4,3	4,9					
2003	21,904	21,942	4,7	4,6	5,4					
2004	23,075	23,304	4,7	4,4	5,0					
2005	23,223	23,775	5,1	4,0	4,5					
2006	23,629	24,340	4,7	3,9	4,5					
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000	1,5	2,1								
2000-2006	1,4	2,5								
1994-2006	1,5	2,3								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A3: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Freistadt

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilsratio ²⁾		
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	99,0	1.518	1.487	1.565	1.817	1.067	283	18,7	2,0	2,0	
2000	99,4	1.733	1.714	1.755	2.110	1.183	351	20,2	2,2	2,2	
2001	98,9	1.827	1.807	1.853	2.203	1.268	331	18,1	2,1	2,2	
2002	99,4	1.877	1.869	1.887	2.272	1.271	329	17,5	2,1	2,2	
2003	99,7	1.940	1.902	2.000	2.360	1.304	342	17,6	2,1	2,2	
2004	99,9	1.970	1.927	2.030	2.388	1.309	358	18,2	2,2	2,2	
2005	100,0	2.012	1.972	2.067	2.477	1.332	401	19,9	2,2	2,2	
2006	100,0	2.073	2.030	2.127	2.557	1.351	389	18,8	2,2	2,2	
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		2,2	2,4	1,9	2,5	1,7					
2000-2006		3,0	2,9	3,3	3,3	2,2					
1994-2006		2,6	2,6	2,6	2,9	2,0					
Jahr											
		Beschäftigte ³⁾		Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %			
		Wohnort	Betriebs- standort			Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort		
1994		15.808	6.086	4,8	4,2	3,2	4,2	11,9	17,1		
2000		17.528	6.827	4,0	4,1	2,6	4,1				
2001		17.832	7.359	3,8	4,2	2,7	4,2				
2002		17.988	7.490	3,7	4,6	3,3	4,6				
2003		17.741	7.230	3,4	4,8	3,5	4,8				
2004		18.531	7.564	3,6	4,7	2,6	4,7				
2005		18.470	7.497	4,0	4,5	2,2	4,5				
2006		19.082	7.883	3,7	4,5	2,3	4,5				
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		1,7	1,9								
2000-2006		1,4	2,4								
1994-2006		1,6	2,2								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A4: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Gmunden

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Männer	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort	Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeitler	Angestellte	Männer				In €	In % vom Median
1994	97,9	1.501	1.389	1.697	1.810	1.120	60	4,0	2,1	2,0
2000	98,1	1.710	1.607	1.871	2.129	1.253	59	3,4	2,2	2,1
2001	98,6	1.822	1.731	1.975	2.240	1.328	30	1,6	2,1	2,0
2002	98,6	1.863	1.772	2.014	2.294	1.354	5	0,3	2,1	2,0
2003	98,4	1.913	1.800	2.099	2.350	1.396	4	0,2	2,1	2,0
2004	98,6	1.944	1.833	2.118	2.393	1.407	15	0,8	2,1	2,0
2005	98,5	1.981	1.870	2.163	2.452	1.425	17	0,9	2,1	2,1
2006	97,9	2.030	1.929	2.204	2.506	1.436	3	0,1	2,2	2,1
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,2	2,5	1,6	2,7	1,9				
2000-2006		2,9	3,1	2,8	2,8	2,3				
1994-2006		2,5	2,8	2,2	2,7	2,1				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote	Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %			
	Wohnort	Betriebs- standort	Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %	Wohnort	Betriebs- standort			Wohnort	Betriebs- standort	
1994	29.222	24.973	4,0	6,5	4,8	11,1	10,5			
2000	28.919	25.324	3,6	5,6	4,2					
2001	29.250	25.435	4,0	5,9	4,5					
2002	28.784	24.954	4,4	6,1	4,9					
2003	28.436	24.545	4,4	5,9	4,8					
2004	29.616	25.855	4,6	5,8	4,6					
2005	29.502	25.551	4,9	5,6	4,4					
2006	30.354	26.620	4,5	5,5	4,5					
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000			-0,2							
2000-2006			0,8							
1994-2006			0,3							

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A5: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Grieskirchen

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort	Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeitler	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median
1994	97,3	1.492	1.396	1.654	1.747	1.136	76	2,0	1,9
2000	98,6	1.720	1.621	1.857	2.055	1.253	106	2,1	2,0
2001	98,3	1.816	1.741	1.927	2.170	1.318	73	2,0	1,9
2002	98,8	1.867	1.797	1.977	2.219	1.351	60	2,0	1,8
2003	98,6	1.917	1.828	2.051	2.286	1.380	55	2,0	1,9
2004	98,6	1.943	1.851	2.094	2.315	1.399	43	2,0	1,9
2005	99,1	1.993	1.894	2.146	2.393	1.429	50	2,0	1,9
2006	98,8	2.049	1.943	2.212	2.466	1.444	41	2,1	2,0
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000		2,4	2,5	1,9	2,7	1,6			
2000-2006		3,0	3,1	3,0	3,1	2,4			
1994-2006		2,7	2,8	2,5	2,9	2,0			
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote	Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort	Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %	Wohnort	Betriebs- standort			Wohnort	Betriebs- standort
1994	17.279	11.702	4,1	4,9	3,8	10,6	10,6		
2000	18.332	12.616	3,8	4,6	3,2				
2001	18.790	12.840	3,5	5,0	3,5				
2002	18.656	13.111	3,8	5,2	3,5				
2003	18.272	13.288	3,8	5,2	3,5				
2004	18.816	13.766	4,0	5,0	3,4				
2005	18.865	13.668	4,2	4,8	3,4				
2006	19.203	14.245	3,8	4,8	3,5				
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000		1,0							
2000-2006		0,8							
1994-2006		0,9							

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A6: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Kirchdorf

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort	Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median
1994	97,4	1.493	1.417	1.683	1.778	1.133	51	1,9	1,9
2000	99,5	1.736	1.675	1.864	2.116	1.280	30	2,0	1,9
2001	99,8	1.843	1.792	1.958	2.220	1.360	5	1,9	1,8
2002	99,9	1.888	1.845	1.968	2.264	1.386	-7	1,9	1,8
2003	99,7	1.939	1.889	2.057	2.350	1.416	-2	2,0	1,8
2004	99,6	1.963	1.923	2.067	2.371	1.436	-15	2,0	1,8
2005	100,5	2.022	1.974	2.146	2.437	1.476	-11	2,0	1,8
2006	99,6	2.066	2.003	2.211	2.495	1.489	-32	2,0	1,9
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000		2,5	2,8	1,7	2,9	2,1			
2000-2006		2,9	3,0	2,9	2,8	2,5			
1994-2006		2,7	2,9	2,3	2,9	2,3			
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %	
	Wohnort	Betriebs- standort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort
1994	16.284	13.634	13.634	4,7	4,2	4,2	10,2	8,8	
2000	17.225	15.963	15.963	4,5	3,7	3,4			
2001	17.573	16.218	16.218	4,7	4,1	3,8			
2002	17.452	15.977	15.977	4,7	4,6	4,6			
2003	17.079	15.710	15.710	4,7	4,6	4,1			
2004	17.724	16.920	16.920	4,5	4,1	4,4			
2005	17.685	16.883	16.883	4,3	4,1	4,7			
2006	17.326	17.217	17.217	4,3	4,2	4,0			
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000	0,9	2,7	2,7						
2000-2006	0,1	1,3	1,3						
1994-2006	0,5	2,0	2,0						

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A7: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Linz-Stadt

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort In €	Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer			Wohnort	Betriebs- standort
1994	103,9	1.593	1.322	1.858	1.946	-91	2,2	2,1	
2000	101,7	1.773	1.471	2.041	2.139	-105	2,3	2,3	
2001	101,5	1.875	1.601	2.131	2.233	-99	2,2	2,2	
2002	101,0	1.907	1.633	2.169	2.273	-112	2,2	2,2	
2003	101,0	1.964	1.654	2.269	2.341	-113	2,2	2,2	
2004	100,6	1.983	1.667	2.292	2.352	-114	2,2	2,2	
2005	100,3	2.018	1.687	2.355	2.401	-120	2,2	2,3	
2006	99,7	2.067	1.723	2.421	2.454	-122	2,2	2,3	
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000		1,8	1,8	1,6	1,6				
2000-2006		2,6	2,7	2,9	2,3				
1994-2006		2,2	2,2	2,2	2,0				
Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %									
Jahr		Beschäftigte ³⁾		Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote ⁵⁾		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %	
		Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort
1994	68.292	153.673	153.673	10,0	9,7	10,0	9,7	10,7	9,8
2000	66.309	160.131	160.131	8,1	8,5	8,1	8,5		
2001	67.288	163.534	163.534	8,4	8,9	8,4	8,9		
2002	67.226	163.937	163.937	8,6	9,2	8,6	9,2		
2003	65.716	161.841	161.841	8,5	9,2	8,5	9,2		
2004	66.681	169.318	169.318	8,1	8,5	8,1	8,5		
2005	66.983	171.635	171.635	7,7	8,2	7,7	8,2		
2006	67.666	173.443	173.443	7,4	8,0	7,4	8,0		
Ø Veränderung (in %)									
1994-2000	-0,5								
2000-2006	0,3								
1994-2006	-0,1								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Ab 2004 bildet Linz-Stadt gemeinsam mit Urfahr-Umgebung einen Arbeitsmarktbezirk.

Übersicht A8: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Linz-Land

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort	Quartilratio ²⁾		
		Insgesamt	Arbeitler	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median	Wohnort
1994	104,9	1.609	1.433	1.842	1.977	1.199	49	3,1	2,2	2,0
2000	104,0	1.814	1.628	2.008	2.293	1.306	70	3,8	2,3	2,1
2001	103,7	1.915	1.748	2.092	2.387	1.402	40	2,1	2,2	2,0
2002	103,6	1.957	1.799	2.121	2.439	1.443	33	1,7	2,2	2,0
2003	103,6	2.015	1.819	2.235	2.513	1.474	75	3,7	2,2	2,0
2004	103,6	2.042	1.838	2.259	2.531	1.483	70	3,4	2,2	2,0
2005	103,7	2.085	1.870	2.321	2.603	1.516	66	3,2	2,3	2,0
2006	102,9	2.134	1.912	2.376	2.675	1.553	52	2,4	2,3	2,0
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,0	2,1	1,4	2,5	1,4				
2000-2006		2,7	2,7	2,8	2,6	2,9				
1994-2006		2,4	2,4	2,1	2,6	2,2				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote ⁵⁾		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	44.100	33.656		9,0	6,4			9,6	9,4	
2000	46.205	36.956		8,4	5,4					
2001	46.716	38.201		8,8	5,9					
2002	46.796	39.208		9,0	6,0					
2003	45.790	39.918		9,0	6,0					
2004	46.786	42.561	4,6	8,6	5,8					
2005	46.690	43.222	4,9	8,4	5,6					
2006	49.330	43.920	4,2	8,2	5,4					
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000										
2000-2006										
1994-2006										

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Ab 2004 entspricht Linz-Land dem Arbeitsmarktbezirk Traun, davor Zuordnung bei Linz.

Übersicht A9: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Perg

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	101,8	1.561	1.500	1.644	1.907	1.085	65	4,2	2,1	2,0
2000	100,3	1.749	1.708	1.806	2.173	1.204	48	2,8	2,2	2,1
2001	99,6	1.839	1.817	1.878	2.272	1.272	31	1,7	2,1	2,0
2002	100,1	1.890	1.865	1.926	2.331	1.308	39	2,1	2,1	2,0
2003	99,9	1.943	1.899	2.002	2.399	1.334	35	1,8	2,2	2,0
2004	99,7	1.966	1.914	2.044	2.430	1.339	32	1,6	2,2	2,0
2005	99,7	2.004	1.948	2.088	2.507	1.358	49	2,4	2,3	2,1
2006	98,6	2.046	1.988	2.126	2.574	1.395	49	2,4	2,2	2,1
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		1,9	2,2	1,6	2,2	1,7				
2000-2006		2,7	2,6	2,8	2,9	2,5				
1994-2006		2,3	2,4	2,2	2,5	2,1				
Jahr	Beschäftigte ³⁾		Arbeits- losenquote	Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Betriebs- standort	Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %			
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		
1994	17.491	11.344	5,3	5,6	4,6					
2000	19.428	12.640	3,7	5,1	4,2					
2001	20.039	12.438	3,6	5,3	4,3					
2002	20.310	12.485	4,1	5,8	4,7					
2003	20.154	12.617	3,7	5,7	4,6					
2004	20.829	13.545	3,5	5,6	4,7					
2005	20.806	13.333	3,9	5,5	4,6					
2006	17.859	13.362	3,8	5,3	4,5					
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000			1,8							
2000-2006			-1,4							
1994-2006			0,2							
							Jahr 2006	11,2	11,4	

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A 10: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Ried im Innkreis

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeitler	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	95,5	1.464	1.378	1.633	1.694	1.094	55	3,7	1,9	1,9
2000	96,6	1.686	1.606	1.823	2.001	1.236	65	3,8	2,0	2,0
2001	97,3	1.798	1.730	1.924	2.104	1.338	55	3,1	1,9	1,9
2002	97,4	1.839	1.765	1.972	2.163	1.363	52	2,8	1,9	1,9
2003	97,2	1.890	1.809	2.045	2.217	1.387	59	3,1	1,9	1,9
2004	97,0	1.911	1.835	2.072	2.248	1.397	30	1,6	1,9	1,9
2005	97,1	1.952	1.875	2.118	2.286	1.422	20	1,0	1,9	1,9
2006	97,4	2.020	1.937	2.186	2.353	1.458	23	1,1	1,9	1,9
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,4	2,6	1,9	2,8	2,1				
2000-2006		3,1	3,2	3,1	2,7	2,8				
1994-2006		2,7	2,9	2,5	2,8	2,4				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort	Insgesamt	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	15.542	13.767	29.309	4,8	4,5	4,1	4,8	10,0	10,0	
2000	16.470	15.261	31.731	4,4	3,8	3,7	4,4			
2001	16.776	15.900	32.676	4,6	4,0	4,2	4,6			
2002	16.632	15.910	32.542	4,6	4,3	5,2	4,6			
2003	16.169	15.559	31.728	4,9	4,3	5,1	4,9			
2004	17.342	17.413	34.755	4,6	4,2	4,6	4,6			
2005	17.011	17.722	34.733	4,4	4,1	5,1	4,4			
2006	18.208	18.412	36.620	4,2	4,0	4,6	4,2			
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000			1,0							
2000-2006			1,7							
1994-2006			1,3							

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A1: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Rohrbach

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	97,8	1.500	1.468	1.553	1.751	1.060	171	11,4	1,9	1,9
2000	98,9	1.725	1.709	1.752	2.047	1.173	199	11,5	2,1	2,1
2001	98,2	1.814	1.821	1.805	2.154	1.241	192	10,6	2,0	2,1
2002	98,9	1.868	1.875	1.860	2.227	1.259	206	11,0	2,0	2,1
2003	98,9	1.923	1.920	1.932	2.288	1.288	212	11,0	2,0	2,1
2004	98,8	1.947	1.951	1.937	2.324	1.306	199	10,2	2,1	2,2
2005	99,0	1.990	1.995	1.983	2.406	1.320	296	14,9	2,1	2,2
2006	97,9	2.031	2.034	2.028	2.478	1.339	291	14,3	2,1	2,2
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,4	2,6	2,0	2,6	1,7				
2000-2006		2,8	2,9	2,5	3,2	2,2				
1994-2006		2,6	2,8	2,3	2,9	2,0				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	14.591	7.566		3,4	2,7	5,4		11,9	16,3	
2000	15.869	8.281		3,3	2,0	3,6				
2001	16.216	8.446		3,4	2,0	3,9				
2002	16.347	8.256		3,8	2,3	3,9				
2003	16.373	8.345		3,6	2,3	3,2				
2004	17.137	8.885		3,7	2,3	3,0				
2005	16.985	8.253		3,6	2,5	3,7				
2006	17.504	8.599		3,4	2,2	3,5				
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000								Jahr 2006		
2000-2006										
1994-2006										

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A 12: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Schärding

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Männer	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	91,5	1.403	1.322	1.561	1.643	1.052		83	5,9	1,9	1,9
2000	93,4	1.630	1.555	1.764	1.924	1.177		101	6,2	2,0	2,0
2001	94,7	1.750	1.691	1.851	2.059	1.270		101	5,8	1,9	1,9
2002	95,6	1.805	1.752	1.913	2.111	1.298		97	5,4	1,9	1,9
2003	95,5	1.858	1.794	1.979	2.167	1.328		99	5,3	1,9	1,9
2004	95,5	1.883	1.834	1.978	2.207	1.338		85	4,5	1,9	1,9
2005	94,9	1.908	1.849	2.017	2.249	1.356		87	4,6	2,0	2,0
2006	95,1	1.973	1.926	2.059	2.340	1.392		52	2,6	2,0	1,9
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		2,5	2,7	2,1	2,7	1,9					
2000-2006		3,2	3,6	2,6	3,3	2,8					
1994-2006		2,9	3,2	2,3	3,0	2,4					
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %	
	Wohnort	Betriebs- standort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort
1994	13.652	8.597	8.597	3,6	3,4	3,6	3,4	3,6	3,6	10,8	11,1
2000	13.851	8.952	8.952	4,2	2,5	3,3	2,5	3,3	3,3		
2001	14.118	9.258	9.258	4,3	2,9	3,5	2,9	3,5	3,5		
2002	14.177	9.491	9.491	5,0	3,1	3,8	3,1	3,8	3,8		
2003	13.702	9.232	9.232	5,0	3,0	3,8	3,0	3,8	3,8		
2004	14.530	10.175	10.175	5,0	2,8	3,5	2,8	3,5	3,5		
2005	14.139	9.899	9.899	5,4	2,7	3,4	2,7	3,4	3,4		
2006	15.276	10.133	10.133	5,2	2,8	3,3	2,8	3,3	3,3		
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		0,2	0,7								
2000-2006		1,6	2,1								
1994-2006		0,9	1,4								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A 13: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Steyr-Stadt

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	103,3	1.584	1.454	1.763	1.958	1.187	-285	2,2	2,1	
2000	104,9	1.830	1.747	1.925	2.329	1.339	-318	2,3	2,3	
2001	106,9	1.974	1.918	2.026	2.469	1.423	-347	2,2	2,1	
2002	104,9	1.981	1.916	2.039	2.498	1.451	-419	2,2	2,1	
2003	104,7	2.036	1.952	2.141	2.577	1.487	-414	2,2	2,1	
2004	105,1	2.071	1.997	2.171	2.602	1.509	-436	2,2	2,2	
2005	105,8	2.128	2.067	2.214	2.665	1.540	-393	2,3	2,2	
2006	103,5	2.146	2.069	2.237	2.718	1.548	-441	2,3	2,3	
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,4	3,1	1,5	2,9	2,0				
2000-2006		2,7	2,9	2,5	2,6	2,5				
1994-2006		2,6	3,0	2,0	2,8	2,2				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote ⁵⁾		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁶⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	14.090	16.596		8,6	9,1	8,4		10,7	9,1	
2000	14.797	18.912		7,4	8,1	5,1				
2001	14.931	18.794		7,4	8,5	5,2				
2002	14.875	17.977		7,6	9,2	6,2				
2003	14.468	17.939		7,3	8,9	6,1				
2004	14.733	18.467		7,1	8,8	5,7				
2005	14.617	18.685		6,6	8,0	6,3				
2006	14.316	18.649		6,3	8,0	5,8				
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000										
2000-2006										
1994-2006										

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Steyr-Stadt bildet gemeinsam mit Steyr-Land einen Arbeitsmarktbezirk.

Übersicht A 14: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Steyr-Land

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	103,7	1.590	1.516	1.708	1.931	1.143	195	2,1	1,9	
2000	104,7	1.826	1.788	1.877	2.287	1.283	225	2,2	2,0	
2001	105,4	1.946	1.930	1.970	2.417	1.372	231	2,1	2,0	
2002	105,0	1.983	1.978	1.987	2.471	1.383	219	2,2	2,0	
2003	105,1	2.045	2.027	2.074	2.554	1.423	226	2,2	1,9	
2004	105,0	2.069	2.045	2.108	2.589	1.442	239	2,2	2,0	
2005	105,8	2.128	2.104	2.161	2.658	1.469	283	2,2	2,1	
2006	105,6	2.190	2.158	2.243	2.791	1.528	239	2,2	2,1	
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,3	2,8	1,6	2,9	1,9				
2000-2006		3,1	3,2	3,0	3,4	3,0				
1994-2006		2,7	3,0	2,3	3,1	2,5				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote ⁵⁾		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort
1994	13.913	8.045	6,1	3,2	8,4	6,1	6,1	9,9	12,0	
2000	15.089	8.498	5,8	3,1	5,1	5,8	5,8			
2001	15.297	8.633	6,1	3,3	5,2	6,1	6,1			
2002	15.483	8.749	6,4	3,3	6,2	6,4	6,4			
2003	15.243	8.128	6,4	3,2	6,1	6,4	6,4			
2004	16.139	9.171	6,2	2,8	5,7	6,2	6,2			
2005	16.164	8.894	6,0	2,9	6,3	6,0	6,0			
2006	15.674	9.049	6,2	3,0	5,8	6,2	6,2			
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		0,9								
2000-2006		1,1								
1994-2006		1,0								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Steyr-Stadt bildet gemeinsam mit Steyr-Land einen Arbeitsmarktbezirk.

Übersicht A 15: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Urfaahr-Umgebung

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer		In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	103,3	1.584	1.445	1.725	1.915	1.165	262	16,5	2,1	1,9
2000	103,6	1.807	1.662	1.937	2.240	1.265	259	14,3	2,3	2,1
2001	102,9	1.900	1.754	2.031	2.353	1.342	268	14,1	2,2	2,0
2002	103,3	1.952	1.810	2.072	2.417	1.370	271	13,9	2,2	2,0
2003	103,4	2.011	1.851	2.159	2.506	1.403	284	14,1	2,2	2,0
2004	103,7	2.043	1.885	2.183	2.534	1.415	291	14,2	2,3	2,0
2005	103,7	2.085	1.904	2.241	2.631	1.448	324	15,5	2,3	2,1
2006	102,6	2.128	1.959	2.276	2.686	1.465	328	15,4	2,3	2,1
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,2	2,4	1,9	2,6	1,4				
2000-2006		2,8	2,8	2,7	3,1	2,5				
1994-2006		2,5	2,6	2,3	2,9	1,9				
Jahr	Beschäftigte ³⁾		Arbeits- losenquote ⁴⁾	Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %				
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		
1994	19.654	7.656	-	8,1	2,9	10,4	14,9			
2000	22.165	8.869	-	7,5	2,6					
2001	22.119	9.176	-	8,0	2,6					
2002	21.557	9.552	-	8,6	2,7					
2003	21.353	9.472	-	8,7	2,8					
2004	22.048	10.007	4,2	8,4	2,8					
2005	22.244	9.836	4,4	8,3	2,5					
2006	21.213	10.128	3,7	7,7	2,2					
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,0								
2000-2006		-0,7								
1994-2006		0,6								

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Ab 2004 bildet Urfaahr-Umgebung gemeinsam mit Linz-Stadt einen Arbeitsmarktbezirk.

Übersicht A 16: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Vöcklabruck

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Männer	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	98,9	1.516	1.437	1.661	1.820	1.081	11	0,7	2,1	2,0	
2000	99,0	1.726	1.644	1.868	2.116	1.200	18	1,1	2,2	2,1	
2001	99,0	1.828	1.759	1.942	2.231	1.284	10	0,5	2,1	2,1	
2002	99,3	1.875	1.811	1.988	2.279	1.302	20	1,1	2,1	2,1	
2003	99,5	1.936	1.847	2.087	2.354	1.339	2	0,1	2,1	2,0	
2004	98,7	1.946	1.855	2.089	2.381	1.353	-5	-0,3	2,1	2,0	
2005	98,9	1.989	1.893	2.136	2.437	1.373	-19	-1,0	2,1	2,1	
2006	98,1	2.035	1.925	2.213	2.500	1.398	-25	-1,2	2,2	2,1	
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		2,2	2,3	2,0	2,5	1,8					
2000-2006		2,8	2,7	2,9	2,8	2,6					
1994-2006		2,5	2,5	2,4	2,7	2,2					
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Arbeits- losenquote		Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %			
	Wohnort	Betriebs- standort	Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort		
1994	36.420	32.460	3,9	5,4	4,8	11,0	10,0				
2000	36.971	32.436	3,9	4,9	4,5						
2001	37.222	32.607	4,1	5,2	4,9						
2002	36.954	32.529	5,1	5,3	4,9						
2003	36.199	31.363	4,9	5,4	5,1						
2004	37.742	32.849	4,5	5,2	4,9						
2005	37.849	32.812	4,6	4,9	4,6						
2006	39.132	33.808	4,4	4,9	4,6						
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		0,3									
2000-2006		1,0									
1994-2006		0,6									

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €.

Übersicht A 17: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Bezirk Wels-Stadt

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Männer	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort	Quartilsratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer				In €	In % vom Median
1994	99,4	1.524	1.313	1.792	1.838	1.219	10	2,1	2,0	
2000	98,8	1.724	1.529	1.983	2.055	1.364	-49	2,2	2,1	
2001	99,6	1.840	1.655	2.082	2.176	1.439	-36	2,0	2,0	
2002	98,8	1.866	1.680	2.118	2.204	1.473	-40	2,0	2,0	
2003	98,7	1.920	1.712	2.199	2.269	1.515	-32	2,0	2,0	
2004	99,1	1.953	1.738	2.268	2.286	1.541	-42	2,0	2,0	
2005	98,4	1.978	1.759	2.292	2.322	1.563	-31	2,0	2,1	
2006	97,2	2.015	1.820	2.333	2.373	1.579	-31	2,1	2,1	
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000		2,1	2,6	1,7	1,9	1,9				
2000-2006		2,6	2,9	2,7	2,4	2,5				
1994-2006		2,4	2,8	2,2	2,2	2,2				
Jahr	Beschäftigte ³⁾			Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Arbeits- losenquote ⁵⁾		Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %		
	Wohnort	Betriebs- standort	Insgesamt	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	Wohnort	Betriebs- standort	
1994	22.273	28.358	28.358	8,4	6,6	4,3	6,6	9,8	9,8	
2000	21.840	27.654	27.654	6,9	6,6	4,7	6,6			
2001	22.331	28.663	28.663	7,1	6,8	5,3	6,8			
2002	22.316	28.467	28.467	7,0	6,8	6,1	6,8			
2003	21.517	28.041	28.041	7,2	6,8	5,5	6,8			
2004	22.197	29.523	29.523	6,9	7,0	5,7	7,0			
2005	22.219	30.022	30.022	6,5	6,8	5,6	6,8			
2006	22.363	31.294	31.294	6,2	6,5	4,9	6,5			
Ø Veränderung (in %)										
1994-2000										
2000-2006										
1994-2006										

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Wels-Stadt bildet gemeinsam mit Wels-Land einen Arbeitsmarktbezirk.

Übersicht A 18: Kennzahlen zu Einkommenssituation und Beschäftigung im Wels-Land

Jahr	Index ÖÖ = 100	Medianes Monatsbruttoeinkommen ¹⁾ am Wohnort				Frauen	Männer	Differenz Median Wohnort – Betriebsstandort		Quartilratio ²⁾	
		Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	Männer			In €	In % vom Median	Wohnort	Betriebs- standort
1994	100,8	1.546	1.400	1.756	1.855	1.126	1.855	80	5,1	2,1	2,0
2000	100,7	1.756	1.620	1.933	2.180	1.280	2.180	44	2,5	2,2	2,1
2001	100,9	1.864	1.743	2.036	2.305	1.348	2.305	6	0,3	2,1	1,9
2002	101,4	1.915	1.776	2.087	2.365	1.376	2.365	2	0,1	2,1	2,0
2003	101,3	1.970	1.826	2.167	2.415	1.416	2.415	16	0,8	2,1	1,9
2004	101,2	1.995	1.829	2.205	2.455	1.425	2.455	54	2,7	2,1	2,0
2005	100,9	2.029	1.847	2.262	2.516	1.445	2.516	41	2,0	2,2	2,0
2006	100,4	2.083	1.905	2.302	2.594	1.475	2.594	73	3,5	2,2	2,0
Ø Veränderung (in %)											
1994-2000		2,1	2,5	1,6	2,7	2,2	2,2				
2000-2006		2,9	2,7	3,0	2,9	2,4	2,4				
1994-2006		2,5	2,6	2,3	2,8	2,3	2,3				

Jahr	Beschäftigte ³⁾		Arbeits- losenquote ⁴⁾	Anteil Beschäftigte über HBG ⁴⁾ in %		Betriebs- standort	Anteil Beschäftigte mit Niedrigeinkommen ⁵⁾ in %
	Wohnort	Betriebs- standort		Wohnort	Betriebs- standort		
1994	18.343	15.251	4,3	6,4	4,8		9,9
2000	18.975	17.758	4,7	6,5	4,5		9,6
2001	19.180	19.128	5,3	6,9	4,8		
2002	19.322	19.324	6,1	7,3	5,1		
2003	18.946	19.441	5,5	7,5	5,0		
2004	19.923	20.862	5,7	7,3	4,6		
2005	20.165	21.069	5,6	7,0	4,6		
2006	21.653	21.964	4,9	7,4	4,5		
Ø Veränderung (in %)							
1994-2000			0,6				
2000-2006			2,2				
1994-2006			1,4				

Q: Arbeiterkammer Oberösterreich, Hauptverband, Beitragsgrundlagenstatistik, Arbeitsmarktservice, WIFO. – ¹⁾ Inklusive Sonderzahlungen. – ²⁾ Relation des 3. Quartils zum 1. Quartil. – ³⁾ Arbeiter und Angestellte. – ⁴⁾ Höchstbeitragsgrundlage (ohne Sonderzahlungen). – ⁵⁾ Monatliches Bruttoeinkommen (ohne Sonderzahlungen) unter 727 €. – ⁶⁾ Wels-Land bildet gemeinsam mit Wels-Stadt einen Arbeitsmarktbezirk.